

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 50.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 6. bis 12. Dezember 1907.

Posen, den 17. Dezember 1907.

B e r i c h t**über den Verlauf der am 8. Dezember 1907
im Klose'schen Saale zu Dobornik
abgehaltenen Strazversammlung.**

Posen, den 10. Dezember 1907.

Um 1 $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags wurde die von etwa 200 Personen besuchte Versammlung von dem **Strazstarosten für den Kreis Dobornik**, Verwalter des Kolnik-Kaufhauses in Rogasen, **Meyja**, eröffnet, indem er ausführte, daß zum ersten Male unter seiner Leitung eine Strazversammlung abgehalten werde und daß der vom Strazverein aus Posen entsandte Delegierte, **Verleger des Gonic Wielkopolski, Milski**, schon aus seiner Tätigkeit in der Kassubei bekannt wäre. Er habe für die polnische Idee schon viel gekämpft und gelitten, weshalb er — Redner — sich für verpflichtet halte, ein Hoch auf ihn auszubringen.

In das Bureau wurden berufen:

Smorawski-Dobornik als Schriftführer, sowie
Wojciech Raczmarek-Golaszyn,
Piotrowski-Golaszyn,
Jozef Palacz-Lukowo,
Edmund Wierzbinski-Romanowko,
Boleslaus Sujak-Popowko,
Michael Bochinski-Slawinek,
Wladislaus Piz-Dobornik,
Stanislaus Frankowski-Dobornik,
Franz Garczewski-Dobornik und
Vincent Figas-Sycin als Beisitzer.

Hierauf erhebt der **Verleger Milski** aus Posen als Delegierter des Strazvereins das Wort, der sich in zweistündiger Rede zunächst über den seit 1000 Jahren zwischen den Slawen und Germanen bestehenden Kampf erging, dann auf die Verdienste Polens um das Christentum hinwies, ferner die Bismarck'sche Politik kritisierte, welche die Polen erst zum nationalen Leben erweckt hätte, und hinsichtlich der von den Polen zu erfüllenden Staatsbürgerpflichten ausführte, daß die Polen regelmäßig ihre Steuern zahlten, denn wer es nicht täte, der würde nicht das letzte Kopfstück behalten, und trotzdem sollten sich die Polen ihrer Nationalität und ihres Glaubens entäußern. Redner streifte im weiteren den Kulturkampf und erging sich über die Ansiedlungskommission und ihre Folgen, wobei er ausführte, daß die Ansiedlungskommission armselige Schlucker, **Kartoffelfresserow**, ins Land bringe (Bravorufe!), und aus Rußland kämen die besten Leute auch nicht, sondern die **Holota** (Lumpenvolk, Gesindel), die man dort nicht gebrauchen könne. (Gelächter! Zwischenrufe!)

Es gebe auch Ansiedler mit Kapital, aber der größte Teil verlange von der Regierung immer mehr Geld. Zum Enteignungsgesetz übergehend, verurteilte Redner die Turno'sche Broschüre, mit der sich die polnische Volksversammlung nicht einverstanden er-

klären könnte, und meinte, daß die Regierung mit dem Enteignungsgesetz noch mehr Fiasko machen werde, wie mit der Ansiedlungskommission. — Hätten die Polen die Deutschen provoziert? Die Deutschen wären zu den Polen gekommen und von ihnen gastfreundlich aufgenommen worden, jetzt gönnten aber die Deutschen den Polen nicht ein Stückchen Brot; das wäre Barbarei! In der in Bromberg abgehaltenen Hakatistenversammlung seien Lügen und Verdrehungen aufgetischt worden. Aber man könne sich ja das erklären: die Taler wanderten in ihre Taschen, das seien Talerpatrioten. Heute wäre einer von ihnen (den Hakatisten), der gar nichts gehabt hätte, Millionär, er habe aber auch Geld zu zwei Prozent bekommen, und jetzt wäre er ein großer Magnat. Andere bliesen in die hakatistische Trompete, weil sie Nutzen davon hätten. Das sei eine Verblendung. Jeder möchte von den Millionen etwas erhaschen, und deshalb seien sie alle Patrioten. Ob das aber für die Deutschen gut sei, das wäre eine andere Sache. Diese Politik müsse sich rächen. Das wären verdorbene Leute, sie zitterten vor Angst, daß die antipolnische Politik aufhören könnte, und es wären viele, die davon lebten. Wenn sich die Deutschen an der Stelle der Polen befänden, dann würden sie schon alle polnisch sein, denn sie sagten: Mein Vaterland ist da, wo es gut ist. (Bravorufe!) Die Polen aber gäben sogar im Ungemach ihre teuersten Schätze nicht auf.

Zum Verbot fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen übergehend, meinte Redner, daß die Polen sich zwar versammeln, aber nicht deutsch sprechen würden; **es werde sich aber immer noch ein Ausweg finden**. Über Fuß, den er einen weißen Raben nannte und dessen Broschüre er lobend erwähnte, seien — meinte Redner — die Hakatisten wie die Spürhunde hergefallen. Er habe sich verhasst gemacht, weil er zur Kategorie der ehrbaren Deutschen gehöre. Der freisinnige Abgeordnete Kindler habe im Reichstage gesagt, daß die größte hakatistische Musik die Streber, die Beamten machten. Denn man müsse wissen, daß die Regierung Ostmarkenzulage gebe, und es wäre ein Unterschied, ob ein Beamter 2—300 Mk. für nichts bekäme oder nicht. Ob das schlau wäre, das sei eine andere Sache. Dadurch bilde sich ein Schreiertum heraus. Er — Redner — habe in Posen einen Beamten, der die Ostmarkenzulage bekäme, in einem polnischen Geschäft getroffen und ihn gefragt, ob er denn bei Polen kaufen dürfe, worauf er ihm erwidert hätte, daß er es nur heimlich tue, denn wenn er gesehen würde, würde er die Ostmarkenzulage verlieren. Sie mögen ihnen die Ostmarkenzulage geben soviel sie wollen, aber es gebe auch solche (Beamten), die falschen Lärm machten, und das schade den Deutschen. Redner forderte im weiteren die Eltern auf, ihre Kinder zu Hause polnisch schreiben

und lesen zu lernen und sie mit der polnischen Literatur und Geschichte bekannt zu machen. Im Anschluß daran erging er sich über die Ziele und Bestrebungen des Strazvereins, dem beizutreten jeder Pole verpflichtet wäre. Alle für einen und einer für alle, schloß Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Hieran schloß sich eine 1/4 stündige Pause, in der Anmeldungen als Mitglieds-kandidaten entgegengenommen wurden. Es mögen sich vielleicht 20 Personen gemeldet haben. Während der Pause fand sich der Gutsbesitzer Muszinski aus Rudki ein.

Nach Wiedereröffnung der Versammlung forderte **Milski** die Anwesenden auf, eifrig für den Strazverein zu agitieren.

Sodann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit folgenden Worten:

Zum Aufkauf polnischen Grund und Bodens sind 300 000 000 Mark beschlossen worden. Hiervon gehen 100 Millionen Schulden der Ansiedelungs-Kommission ab, ferner 50 Millionen für die Verwaltung, sodaß noch 150 Millionen zum Aufkaufen des polnischen Grund und Bodens übrig bleiben. In Posen und in Westpreußen gibt es noch über 1000 polnische Güter, die mehr wert sind, wie je 1 Million Mark. Also für diese 150 Millionen können nur 150 polnische Güter gekauft werden, und es bleiben immer noch 850 Güter. Was haben sie (die Deutschen) uns damit getan? Gar nichts. Möge niemand in der Besorgnis nach Hause gehen, daß ihm etwas Böses geschehen könnte, im Gegenteil, nach 20 Jahren werden wir vielleicht wieder über andere Millionen sprechen. Wenn wir alle dem Strazverein angehören, dann kann uns nichts passieren!

Schluß der Versammlung um 3 1/2 Uhr nachmittags.

Die Ortspolizei war durch den Gendarmen Wenzel vertreten.

Wietusch,
Königlicher Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 284 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. Dezember 1907:

Für das polnische Theater in Posen

wurden gesammelt:

Mr. 2000 Bulg. 6% Pfandbriefe der Nationalbank,
Mr. 2000 Russ. 4 1/2% Anleihe v. J. 1905,
Fr. 1000 Bulg. 6% Hypothekenanleihe v. J. 1892.
Bäuerliche Bank. (Bank Włosciański).
Dr. Buzki.

Aus Nr. 283 des Kurjer Poznański (Posen)

Aus einer Korrespondenz aus Warschau.

.... Über den neuen Schulverein hat Posen bereits sehr umfangreiche Berichte gebracht, ich halte es darum nicht für nötig, bekannte Einzelheiten zu wiederholen. Übrigens werden die Posener Delegierten Fürst Czartoryski und Herr v. Koscielski bestimmt ihre Eindrücke mitteilen, die sie in den Beratungen, an denen sie teilnahmen, empfangen haben. Diese unschuldige Beteiligung der Posener hat den Schulverein 3000 Rbl. Strafe gekostet, die ihm für ihre Einladung der Landsleute vom Warthestrand auferlegt worden ist. Das ist eine

ziemlich ansehnliche Quote, und da nun jeder Groschen für unser Institut eine gewichtige Bedeutung hat, wäre es vielleicht gut, wenn die Posener das Geld aus Courtoisie dem Vorstände des Schulvereins zurückzahlten. Ich werfe den Gedanken auf; lege jedoch stark Nachdruck darauf, daß man, falls der Gedanke in die Tat umgesetzt werden soll, sich erst verständigen und davon überzeugen möchte, ob eine solche Courtoisie dem Vorstand erwünscht wäre. — — —

Aus Nr. 283 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Dezember 1907:

Kanzlerstatistik.

In seiner einleitenden Rede in Sachen des Enteignungsprojekt hat Fürst Bülow behauptet, von 1896—1906 hätten die Polen von den Deutschen 75437 ha Boden im Posenschen und Westpreußen erworben. Rechne man hierzu die polnischen Erwerbungen in Ostpreußen und Schlesien, so ergebe sich ein Zuwachs von 100 000 ha zu Gunsten der Polen. Die üppige Phantasie des Kanzlers läßt annehmen, daß unter solchen Umständen nach zehn Jahren jeder selbständige deutsche Grundbesitz verschwunden sein werde. Es wundert mich sehr, daß die deutschen Landwirte eine solche Behauptung approbiert und sich damit ein Armutszeugnis ausgestellt haben. Ich nahm an, daß sich wenigstens einer finden würde, der für die Ehre seiner Landsleute eintreten werde, — aber heut ist dem Kanzler alles erlaubt.

Da ich mich seit drei Monaten mit der Aufstellung einer Statistik der polnischen Güter beschäftige, war ich infolge der Behauptung des Kanzlers von den seitens der Polen eroberten 100 000 ha betroffen, und da die früher bezüglich der Bobbielskischen Statistik gemachte Erfahrung mich gegenüber allen ministeriellen Statistiken sehr kritisch stimmte, beschloß ich, der Sache auf den Grund zu gehen.

Ich stütze mich vor allem auf die Ausführungen des Professors Bernhard, der auf Grund der amtlichen Statistik die Ertragsenschaften und Verluste im Kampfe um den Boden berechnet hat. Leider konnte ich infolge des Mangels an Material ihre Genauigkeit nicht selbst prüfen, da wir hinsichtlich der Änderungen im Kleingrundbesitz genaue Angaben nicht haben. Andererseits scheue ich mich nicht zu erklären, daß die Zahlen des Professors Bernhard mir in manchem sehr übertrieben scheinen, wenn es sich um die polnischen Erwerbungen handelt. So weiß ich z. B. daß die amtliche Statistik alle Verkäufe eines deutschen oder jüdischen Spekulanten an einen Polen für einen deutschen Verlust anzieht, wenngleich dieser jenes Gut von einem Polen erworben hatte. Außerdem berücksichtigt die amtliche Statistik die aus Anlaß des Sichgermanisierens polnischer Besitzer (z. B. im Kreise Meseritz) erfolgten polnischen Verluste nicht. Abgesehen davon wollen wir zusehen, zu welchen Resultaten Professor Bernhard kommt:

Er teilt das ganze Territorium des wirtschaftlichen Kampfes in einige Bezirke:

Westpreußen:

- Bezirk, umfassend die Kreise Pr.-Stargard, Berent, Neustadt, Karthaus und Putzig. In diesen Kreisen sollen die Polen von 1896—1906 erobert haben 14 800 ha
- Bezirk, umfassend die Kreise Schwes, Tuchel, Konitz, Schlochau, Flatow und Deutsch-Krone. Die polnische Ertragsenschaft in dieser Zeit soll hier betragen.... 677 ha

- c) Bezirk, umfassend die Kreise Löbau, Strassburg, Briesen, Culm, Thorn, Graudenz, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg, Polnische Er rungenschaft 3 602 „

Hauptterrain des Kampfes:

- d) Bezirk, umfassend die Kreise Posen-Ost, Gnesen, Wittkowo, Strelno, Mogilno, Znin, Wongrowitz, Schubin und Schenksalza. Polnische Eroberung 10 580 „

Rest Posens:

- e) I. Bezirk, die Kreise Kosten, Schrimm, Schroda, Breschen, Gostyn, Koschmin, Jarotschin, Schmiegel, Posen-West, Pleschen und Grätz. Polnische Eroberung 6 833 „

- Ostrowo, Schildberg, Kempen und ein Teil von Krotoschin. Polnische Eroberung 1 463 „

- III. Bezirk. Rest der an Schlesien und Brandenburg grenzenden Kreise von Rawitsch bis Meseritz und Neutomischel. Polnische Er rungenschaft 5 247 „

- IV. Nordwestliche Ecke von Posen, umfassend die Kreise Samter, Dornik, Birnbaum, Czarnikau und Fiechne. Polnische Er rungenschaft 711 „

- V. Bezirk. Die Kreise Colmar, Wirzitz, Bromberg. Polnische Eroberung... 6 600 „

Die Gesamtsumme aller polnischen Eroberungen in Westpreußen Posen würde mithin betragen 60 513 ha

Es ist das eine amtliche, im preussischen Landwirtschaftsministerium zusammengestellte Statistik, die Professor Bernhard in manchen Einzelheiten corrigiert hat. Indes figurirt beim Fürsten Bülow die Summe von 75 437 ha. Man sieht daraus, daß entweder er selbst oder sein Berichterstatter ein sehr schlechter Rechenmeister sein muß. Ich bin neugierig, ob er geruhen wird, diesen Fehler zu berichtigen.

Aber untersuchen wir die Sache weiter.

Nachdem der Kanzler, unbekannt auf welche Weise, 75 437 ha zusammenbekommen hatte, wollte er eine runde Summe haben, und mit seinem natürlich nicht uns, sondern nur die Blockpartei, die Konservativen usw., einnehmenden Lächeln wandte er sich zu 100 000 um mit einer solchen Zahl der Kammer um so schlagender das polnische Schreckgespenst ausmalen zu können. Er überschreitet daher die Grenzen von Westpreußen und Posen und sucht eine Vervollständigung in Schlesien und Masuren — nun, — und er hat sie gefunden. Die aggressiven Polen erobern auch da schon Terrain, denn es haben sich einige Duzend Bauern in den Grenzflecken Schlesiens niedergelassen; die polnischen Bauern parzellieren sogar in der Mitte dieser Provinz deutsche Güter, Herr Wiedermann hat die Ossens' er Güter gekauft, und in Masuren hat der verstorbene Karas Wunder der Tapferkeit vollbracht. Das sind alles natürlich polnische Er rungenschaften an Deutschen, wenigleich zwar in den Kreisen Gr.-Wartenberg und Kreuzburg die bauerliche Bevölkerung polnisch ist und der Pole hier an den Polen verkauft hat, — aber der Posener — der ist ja ein anderer Pole. Zur Abrundung der 75 000 ha fanden sich mithin noch 25 000 ha, und das Schreckgespenst von 100 000 ha war fertig.

Indes weiß jeder Kenner der Verhältnisse bei uns, daß jene Eroberungen nur zufällige Käufe sind, die nur in kaum vier oder fünf Fällen sich im Erwerb von größeren Gütern kennzeichneten. Ich denke, daß ich ohne Übertreibung alle die Eroberungen auf höchstens

10 000 ha ansetzen kann. Rund gerechnet konnte man wenn man diese 10 000 zu jenen 60 000 in Großherzogtum und in Westpreußen „eroberten“ Hektare hinzuzählt, höchstens von 70 000 ha polnischer Eroberungen sprechen. Aber auch diese muß man mit größtem Vorbehalt annehmen. Immerhin 70 000 sind nicht 100 000. Nun, aber man kann sich irren. Wir vermuten, daß wie in diesem Falle dem Kanzler noch oft Irrtümer unterlaufen werden.

K. V. Z.

Indem wir obigen Artikel wiedergeben, bemerken wir, daß wir dem Autor die Verantwortung für die angeführten Zahlen überlassen.

Die Redaktion.

Aus Nr. 283 des Lech (Gnesen)

vom 11. Dezember 1907:

Das Königreich in Verteidigung des Großherzogtums Posen.

Zu der Sitzung des pharmazeutischen Vereins am 6. d. M. beschlossen die Versammelten, die Vereinsmitglieder zu verpflichten, mit Rücksicht auf das neue, gegen die Polen im Großherzogtum gerichtete Gesetz, welches den prinzipiellen Rechten der Gerechtigkeit und Freiheit Hohn spricht, dafür zu sorgen, daß die Einfuhr deutscher Waren möglichst eingeschränkt wird. Es wurde auch beschlossen, eine Kommission zu wählen, der folgende Aufgabe zufällt:

- a) chemische Fabriken außerhalb der Grenzen Deutschlands nachzuweisen, deren Produkte die deutschen Erzeugnisse ersetzen könnten;
- b) auf die Geschäfte, welche Materialien für Apotheken führen, dahin Einfluß auszuüben, daß sie die Lieferung von Arzneimitteln aus deutschen Fabriken verhindern;
- c) für einen verringerten Verbrauch von Mineralwässern und anderen deutschen Spezifikaten zu sorgen und diese durch Mineralwässer und Spezifikate anderen Ursprungs zu ersetzen.

Auch die am 6. d. M. versammelten Warschauer Meister aus Fabriken haben einstimmig den Beschluß gefaßt, über alle deutschen Waren den Boykott zu verhängen — als Antwort auf die Enteignungsvorlage.

Aus Nr. 277 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 4. Dezember 1907:

Zu der Lemberger Demonstration der Polen, begangen anläßlich des Enteignungsprojekts, bemerkt der Dziennik Berliński folgendes:

Wir freuen uns aufrichtig, daß unsere Brüder in Galizien unser Unrecht so warm mitempfinden, sie sollten jedoch Ausschreitungen der Art, wie das Verbreiten der Karikatur Kaiser Wilhelms, unterlassen, denn das kann uns zum Schaden gereichen.

Diese Tat der Lemberger Menge muß ganz entschieden verurteilt werden.

Aus Nr. 286 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 13. Dezember 1907:

Echo aus Lemberg.

Übel war es, daß nach Abhaltung der Demonstrationsversammlung gegen die antipolnischen Projekte seitens des Lemberger Bürgertums im Rathause und nach dem überaus würdigen Verlauf derselben die Straße

nicht das gebührende Maß zu halten gewußt hat, sondern daß sie dem entrüsteten Empfinden nachgab und das deutsche Konsulat hat lynchen wollen. Aber man kann diese leidenschaftliche Erregung der Masse rechtfertigen. Hat doch die Entrüstung auch Kreise ergriffen, welche dem polnischen Element in Galizien keineswegs freundlich gesinnt sind. Übrigens ist dem deutschen Konsul nichts geschehen; bis zum jetzigen Moment wissen die Lemberger sogar nicht, wo er wohnt. Die Versammlungen und Proteste von Leuten aller Stände und Berufe, aller gesellschaftlichen und politischen Schattierungen nicht allein in Lemberg und Krakau, sondern auch in den entferntesten Winkeln der Provinz, sind der beste Beweis dafür, wie sehr Ihr unserem Herzen nahe steht, Ihr edlen, ehrenwerten, aufs ungerechteste verfolgten Großpolen. Heuchlerisch und geradezu unverträglich mit der Wahrheit ist die Behauptung der preussischen Satapisten, als mischten sie sich prinzipiell nicht in die inneren Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Man höre eine vom Lemberger *Slowo Polskie* in Nr. 572 zitierte Äußerung eines der hervorragendsten Budapester Politiker: „Was geschieht bei uns in Siebenbürgen und in den Gegenden des Königreichs Ungarn, welche von übrigens ganz friedlichen Schwaben bewohnt werden? Wer mischt sich in unsere ungarischen Angelegenheiten und ruft staatsfeindliche Unruhen hervor? Gerade die Preußen, denen es in ihrem Lande zu eng ist und die darum ihre Streifzüge hier zu uns und zu Euch nach Galizien erstrecken. Und ungeachtet dessen halten sie uns umarmt, gesetzt vor, daß es sich nicht ziemt, den Preußen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen, denn das sei Einmischung in fremde Angelegenheiten und es könnte dem Dreibund schaden. Aber was hat Österreich-Ungarn von diesem Bündnis? Wenn jemand es ausgenützt hat, so waren es die Preußen, die während seines Bestehens zu Macht gelangt sind und gegenwärtig der gesamten zivilisatorischen Errungenschaft Europas straflos ins Gesicht speien können mit ihrer „kulturellen“ Enteignung.“ Ebenso drücken sich fast alle Ungarn und die gesamte ungarische Presse aus mit Ausnahme natürlich der Repräsentanten des Pesther Klob, welche nahe Verwandte der „Neuen Freien Presse“ und des „Berliner Tageblatt“ sind und bei der ungarischen nationalen öffentlichen Meinung nicht in Rechnung kommen. Wenigleich man vom allgemein slawischen Standpunkt aus den Ungarn gegenüber gewisse begründete Ansprüche haben kann, so führe ich diesen Meinungs Ausdruck als überaus bezeichnende Befundung an. Die Delegationen sind nicht viel — ungarischerseits werden sich nicht viel Stimmen vernehmen lassen, die mit dem sogenannten „Dreibund“ sympathisieren. Auf die öffentliche Meinung in Italien haben die Preußen ebenfalls nicht zu rechnen. Wer wird ihnen sodann die Freundeshand reichen, wenn „Algeciras“ sich nochmals wiederholen sollte?

Viel wird dem preussischen Handel und Gewerbe auch der systematische Boykott der preussischen Waren und Produkte schaden. Boykottigen haben sich bereits in Galizien und im Königreich Polen organisiert. Der Abbruch der Handelsbeziehungen zu den preussischen Firmen ist sogar schon in die Tat umgesetzt worden. Berücksichtigt man alle Fälle des bisherigen Ausschlusses preussischer Waren sowohl in Galizien als auch im Königreich Polen, so kann man sie schon nach Hunderten zählen, — bald werden sich tausende zeigen. Die polnischen Boykottigen beabsichtigen die anderen österreichischen Slawen und auch die Ungarn zu unterstützen; allen ist natürlich schon das gierige preussische Patronat zuwider. Einschlägige gegenseitige Verständigungen sind schon im Gange . . .

Aus Nr. 279 des Lech (Gnesen)
vom 6. Dezember 1907:

Unter der Spitzmarke „Mangel an politischem Gleichgewicht“ schreibt der Lech u. a. folgendes:

In den letzten Tagen waren einige Tatsachen zu verzeichnen, die vom Mangel an politischem Gleichgewicht unter unserer Gesamtheit zeugen. Es wird in dieser Beziehung gesündigt nach links und nach rechts. Auf der einen Seite haben wir den Abgeordneten von Dziembowski, der im Namen der im Entstehen begriffenen Versöhnungspartei erklärt, mit der Regierung Frieden zu schließen. Die Zeit, in der dies geschah, war dazu am allerwenigsten geeignet, denn jegliche Nachgiebigkeiten dem Feinde gegenüber während des Kampfes müssen als ein Zeichen der Schwäche oder Feigheit angesehen werden. Dieser Schritt des Abgeordneten von Dziembowski ist außerdem ein Beweis dafür, welche eine falsche Auffassung von der Germanisierungspolitik er und diejenigen haben, in deren Namen er gesprochen hat. Sie geben sich keine Rechenschaft darüber, daß das Enteignungsprojekt nur ein neues Glied in der Kette ist, durch die dem polnischen Element vollends der Garaus gemacht werden soll, daß der **Endzweck dieser antipolnischen Politik die Schaffung eines deutschen einheitlichen Nationalstaates ist.**

Aus Nr. 280 des Lech (Gnesen)
vom 7. Dezember 1907:

Zu der vom Abgeordneten von Dziembowski dem Dziemnił Poznański zugesandten Erklärung vom 4. d. M. bemerkt der Lech folgendes:

Die obige Erklärung macht einen sonderbaren Eindruck — im ersten Satz völliges Bestreiten, im zweiten wird zugegeben, daß irgend etwas gewesen sei, daß aber der Inhalt der Reden durch die deutschen Zeitungen (und durch den Kurjer? Red.) nicht genau wiedergegeben werde.

Es geht uns nicht um die Worte, sondern um den Inhalt der Erklärungen oder Reden des Herrn von Dziembowski. Übrigens wäre das nicht das erste freiwillige Auftreten, wir erinnern Herrn von Dziembowski nur an jenes Begräbnis des Verkäufers, bei dem Herr von Dziembowski im Namen der Fraktion sprach und im Namen der Fraktion einen Kranz niederlegte. Wir erinnern ihn an eine zweite Sache, wo er in einer gewissen Versammlung in Posen ebenfalls im Namen der Fraktion sprach. Solchen Phantasien des Herrn von Dziembowski muß endlich einmal ein Damm entgegen gesetzt werden, denn sie können der Gesamtheit mehr schaden als sein Rednertalent ihr nützen kann.

Aus Nr. 280 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 7. Dezember 1907:

Zu der in der Ostmarkenkommission von dem Abgeordneten von Dziembowski gegebenen Erklärung bemerkt die Gazeta Polska folgendes:

Wenn der Abgeordnete von Dziembowski seine persönlichen Überzeugungen mit den Überzeugungen der großen Mehrheit der Gesamtheit nicht in Übereinstimmung bringen kann, dann möge er sein Mandat niederlegen!

Der gestrige Dziemnił Rujawski schrieb: Wenn das wahr sein sollte, was der Kurjer mitteilt, dann raten wir Herrn von Dziembowski nicht, sich in der Wählerversammlung in Hohenfalza zu zeigen. (Dr. von Dziembowski ist Reichstagsabgeordneter für den dortigen Kreis.)

Auch wir teilen die Meinung des Dz. Kurj. Die Wähler unseres Landtagskreises haben Herrn Dr. von Dziembowski die Verteidigung unserer Rechte, sie haben ihm die Ehre des Volkes anvertraut, die er über alles hoch halten sollte; unser Abgeordneter aber hat daran vergessen, er hat selbst die Ehre des Volkes erniedrigt und sie der Verachtung der Feinde preisgegeben und bettelt nun bei ihnen um Erbarmen, um den versöhnungs-freundlichen Phantasien des Herrn von Turno und seiner Genossen zu huldigen. Möge er vor diesen Bericht erstatten über seine Tätigkeit als Abgeordneter; zu uns braucht er sich nicht mehr zu bemühen.

Aus Nr. 281 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. Dezember 1907:

Betrifft die „Ablehnung“ des Abgeordneten v. Dziembowski.

Seitdem die beiden neuen antipolnischen Projekte aufgetaucht sind, die in dem Arsenal der verschiedenen Waffenarten, welche zum Brechen des polnischen Elements dienen, das schwerste Kaliber bilden, seit diesem Moment warnen wir beständig von Nervosität und Gereiztheit, und wir empfehlen kühle Ruhe und männliches Gleichgewicht des Geistes. Diese Ruhe und dieses Gleichgewicht heischt der gegenwärtige Moment umsomehr, als in Berlin die letzten Chancen des Enteignungs-gesetzes abgewogen werden. Daß die Regierung alles daransetzen wird, damit diese Chancen sich entschieden zu ihren Gunsten neigen, ist selbstverständlich. **Handelt es sich doch hier nicht nur um Sein oder Nichtsein des Deutschthums in den Ostmarken, sondern — was in solchen Fällen vielleicht wichtiger ist — um das Sein oder Nichtsein der gegenwärtigen Regierung.** So teilen auch die Berliner Morgenblätter mit, die preussische Regierung habe Verhandlungen zwischen den Parteien des Landtages angeknüpft, um die Grundlage zu einer Verständigung in Sachen des Enteignungsgesetzes zu schaffen. Man nehme allgemein an, daß die Verständigung zustande kommen werde.

Natürlich wäre die Meinung absolut irrig, unser Verhalten könnte auf irgendwelche Weise einen positiven Einfluß auf den Standpunkt der Konservativen ausüben. Das polnische Interesse und die polnische Meinung befinden sich bei den Beratungen und Verhandlungen der Parteien der Landtagsmehrheit ganz außer dem Bereich des Denkens und der politischen Taktik dieser Parteien. Aber unsere Nervosität und Gereiztheit könnte unter bestimmten Verhältnissen einen negativen Einfluß ausüben, nämlich Öl ins Feuer gießen. Darum bedauern wir die gestern in einigen hiesigen Zeitungen enthaltene Dziembowski'sche „Ablehnung.“ Man kann sich diese „Ablehnung“ nicht anders erklären, als mit der hohen Nervosität und Gereiztheit des Abg. v. D. Nach dem nämlich, was vorgefallen ist, hat der Abg. v. D. allen Anlaß, die öffentliche Meinung nicht herauszufordern.

Feststehende Tatsache ist, daß der Abgeordnete von Dziembowski nicht nur ohne Wissen, sondern geradezu gegen den Willen der polnischen Fraktion gehandelt hat. Darum ist die Presse auch mit Recht mit der bloßen telegraphischen Dziembowski'schen Ablehnung nicht zufrieden, die er unserm Blatte gesandt hat, sondern sie hat gleich uns eine genaue Berichtigung verlangt. Statt dessen hat die öffentliche Meinung wiederum eine fahle Ablehnung oder Aufklärung gesehen, worin zwar alles bestritten, aber nichts aufgeklärt wird außer dem, daß der Abg. von Dziembowski keine Zeit habe zu einer fruchtlosen Polemik pro foro interno.

Wir meinen nicht, daß in Sachen der persönlichen Erklärung des Abg. v. D. Eile erwünscht oder nötig gewesen sei, aber wir machen, damit die Situation keine unerwünschten Zweifel übrig lasse, den Abg. v. Dziembowski darauf aufmerksam, daß für die ernste öffentliche Meinung seine gestrige leere Ablehnung keinen Wert hat.

Wenn der Abg. v. D. „seine Worte nicht genau angeben kann“, aber zugleich mit solcher Entschiedenheit behauptet, „die aus den deutschen Blättern geschöpften Informationen seien bezüglich Inhalt und Form unwahr oder wenigstens ungenau“, dann heben wir hervor, daß doch ein amtliches Stenogramm besteht, auf Grund dessen die polnische Fraktion in kurzem leicht wird feststellen können, was der Abg. v. D. gesagt und was er angeblich nicht gesagt hat.

Die deutschen Korrespondenzbureaus haben absolut übereinstimmende Berichte versandt und übereinstimmend auch die Worte des Abg. v. D. eine „Erklärung“ genannt. Infolge des Ganges der Umstände war unser Korrespondent und Informator gerade in dieser Kommissions-sitzung nicht anwesend.

Wir wiederholen nochmals, daß Eile in der Erledigung dieser Sache nicht angezeigt ist. Möge sich zuerst die Enteignungssache in Berlin entscheiden. Sollte die demokratische öffentliche Meinung schon vorher beginnen, aus der versöhnlichen Erklärung des Abg. v. D. praktische Schlüsse zu ziehen, so könnten Politiker — allerdings kurzfristige — im Falle der Annahme des Projekts zwar der Linken den Vorwurf machen, sie habe mittelbar zu diesem Beschluß beigetragen, wenn gleich an sich natürlich für alle Folgen der versöhnlichen Erklärung einzig der Abg. v. D. verantwortlich ist.

Was lange währt, wird endlich gut! Möge die Linke Ruhe und Gleichmut bewahren! Es wird der Augenblick kommen, wo das Verhältnis des Abg. v. D. und seiner Erklärung zur polnischen Fraktion sich offiziell aufklären wird. Dann wird es Zeit sein, praktische Schlüsse zu ziehen. Warten wir fürs Erste das Ergebnis der Verhandlungen der Regierung mit den Regierungsparteien und das Ende der Kommissionsberatungen ab. Darum legen wir, was uns betrifft, die Akten der Versöhnungserklärung des Abg. v. D. fürs Erste fort, — wir wiederholen: wir legen sie fort, — aber wir schließen sie nicht.

Aus Nr. 281 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Dezember 1907:

Aus parlamentarischen Kreisen.

Man schreibt uns aus Berlin:

Einen überaus unangenehmen Eindruck hat die vom Kurjer Poznański gegen den Abgeordneten v. Dziembowski gerichtete Aktion gemacht. Mit Verwunderung heben wir die Tatsache hervor, daß der Kurjer trotz des telegraphischen Dementis, daß eine Erklärung nicht abgegeben worden sei, seine auf die Informationen deutscher Blätter gestützte Behauptung aufrecht erhalten hat. Wer die Verhältnisse und die parlamentarischen Formen kennt, der konnte aus den Berichten der Zeitungen erkennen, daß es sich um keine Erklärung gehandelt hat, sondern um eine gewöhnliche Rede des Abgeordneten in der Kommission. Bei der Generaldiskussion wurde die Lage der polnischen Bevölkerung ausführlich besprochen, man kennzeichnete deren feindliche Stellung gegenüber dem Staate und hob hervor, daß Herr v. Turno einmütig verurteilt worden sei.

Angeflacht dieser Äußerungen stellte Herr v. Dziembowski in einer langen Rede, welche die Versammelten mit Ruhe und Ernst anhörten, die Lage der polnischen

Bevölkerung im Lande, sowie die herrschenden Strömungen in absolut objektiver und ruhiger Weise dar. Die polnische Bevölkerung wolle vor allem Ruhe, sie denke nicht daran, sich vom Staate loszureißen. Sie stehe auf dem Standpunkt der staatlichen Zugehörigkeit, erfülle die staatsbürgerlichen Pflichten, und einzig die Ausnahmegeetze und die Anwendung der allgemeinen Vorschriften reize unser Volk bis aufs Äußerste. Die staatliche Zugehörigkeit habe die polnische Fraktion stets betont, es betone sie der diesjährige Bericht der Reichstagsfraktion sehr nachdrücklich und klar. Die Opposition gegen die Broschüre des Herrn v. Turno beziehe sich auf einzelne Wendungen, namentlich habe man dafür gehalten, daß sie in einem ungeeigneten Momente erschienen sei; sie hätte eine andere Tragweite gehabt, wäre sie vor einem Jahre erschienen. Redner gedachte des wirtschaftlichen Boykotts, gab zu, daß ein Boykott polnischerseits bestehe, hundertmal stärker sei aber der von der Regierung und der Ansiedlungskommission unterstützte Boykott deutscherseits. Der Boykott datiere seit dem Jahre 1886. Wenn die Enteignung das friedliche Element der Großgrundbesitzer beseitigen werde, welches naturgemäß einen konservativen Faktor bilde, dann bleibe grundsätzlich der polnische Arbeiter übrig ohne die Möglichkeit, sich auf heimischem Boden anzusiedeln. Selbst wenn es — was unmöglich sei — der Regierung gelänge, dies heut polnische Element zu germanisieren, so würde sich dann die rotweiße Gefahr einzig in eine rote umwandeln. Die Ablehnung des Gesetzes werde die Grundlage des Friedens bilden, den die polnische und die deutsche Bevölkerung im Osten wünschten. Schon heute bestehe ein ansehnlicher Teil gemäßigter Leute, welche eine nachdrückliche Hervorkehrung der staatlichen Zugehörigkeit wünschten, um auf dieser Grundlage das Fundament für friedliche Verhältnisse im Osten der Monarchie und für eine allmähliche Beseitigung der Hauptursache der Unzufriedenheit und der Empörung der Gemüter zu schaffen. Diese Ursache seien die Ausnahmegeetze und die Verhältnisse unserer Existenz. Die Annahme des Gesetzes werde eine solche Erbitterung und Empörung der Gemüter, eine Verschärfung des Boykotts, der sich auf die Sphäre unserer Landarbeiter ausbreiten werde, hervorrufen, daß Redner nicht wisse, ob es dann möglich sein werde, an die Einführung des Friedens im Osten zu denken.

Das war mehr oder weniger der Inhalt der Rede unseres Abgeordneten, die in der Kommission einen ernsten und günstigen Eindruck gemacht hat. Von angesehenen und kompetenten deutscher Seite her hat man uns versichert, daß diese Rede gewiß zur Stärkung und Erleichterung des Standpunktes der Abgeordneten beitragen werde, welche Gegner des Gesetzes seien.

Die Situation in Berlin ist sehr ernst. Die Regierung hat im Landtage keine gesicherte Mehrheit. Der Minister v. Rheinbaben strengt alle Kräfte an, er setzt die Saiten des nationalen Chauvinismus in Bewegung, um die Konservativen zur Umkehr zu bewegen. Scheinbar geringfügige Umstände können die Entscheidung beeinflussen.

Schon heut haben die konservativen Abgeordneten eine Übersetzung der Artikel des Kurjer und der ihm verwandten Presse in Händen. Werden diese Blätter begreifen, welchen Dienst sie ungeachtet ihres bestimmt besten Willens und Willens der preussischen Regierung leisten, die in der schweren Situation, in der sie sich befindet, gern zu allen Mitteln greift, um den Konservativen die Notwendigkeit der Annahme des Gesetzes darzutun.

3.

Aus Nr. 282 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. Dezember 1907:

Wir erhalten folgendes Schreiben:

„Erkläre mir, Graf Drindur, diesen Zwiepsalt der Natur.“ Dieser berühmte Vers des vergessenen deutschen Tragikers drängt sich einem unwillkürlich auf, wenn man in Nr. 218 des Kurjer den Artikel unter der Spitzmarke „Aus Anlaß des Dementis des Abgeordneten von Dziembowski“ liest.

Es wird da eingangs erklärt, „wir empfehlen kaltblütige Ruhe und mannhaftes Gleichgewicht des Verstandes“. Und das erklärt der Kurjer, der gerade in dieser Angelegenheit die „kaltblütige Ruhe“ und das „mannhafte Gleichgewicht“ vollständig vergessen hat. Denn das ist weder ein Beweis von Ruhe noch Gleichgewicht, in Folge der Reportermitteilung über die Kommission Alarm zu schlagen, ohne die ausführlichen und genauen Berichte abzuwarten. Das ist weder Ruhe noch Gleichgewicht, wenn man die erste beste ungenaue Zeitungsnotiz für bare Münze nimmt; Gleichgewicht kann man aber auch nicht die Forderung nennen, daß die Taktik in der Kommission identisch sein müßte mit der Taktik im Plenum oder in der Fraktion. Weder Ruhe noch Gleichgewicht beweist auch nicht im geringsten die Behauptung, daß die Entrüstungsartikel des Kurjer in den Händen der preussischen Minister kein Material zur Beseitigung der Opposition der Konservativen, oder oder für die letzteren wenigstens ein Vorwand zur eventuellen Änderung der Front werden könnten.

Der Kurjer wirft dem Abgeordneten von Dziembowski vor, daß er El ins Feuer gieße, und er selbst hat es zu gießen angefangen; er behauptet, daß höchstens ein kurzschichtiger Politiker meinen könnte, daß „sein Verhalten in irgend einer positiven Weise auf den Standpunkt der Konservativen einwirken könnte“, und er warnt vor einem solchen Ergebnis den Abgeordneten von Dziembowski, dessen „Ruhe und mannhaftes Gleichgewicht“ die Konservativen für wahr höher schätzen, als die polnische Volksgesamtheit die gleichen Vorzüge beim Kurjer. Der Kurjer erwartet schließlich die „Stenogramme“ aus der Kommission, und man muß ihn erst belehren, daß es keine gibt und keine geben wird, daß es nur eine Ausarbeitung eines von der Kommission gewählten Berichterstatters geben wird, die jedes Kommissionsmitglied durchsehen und korrigieren kann. Was soll man hier mehr bewundern: Den Mangel an Ruhe — oder das Übermaß der Naivität? Der Kurjer hat durch sein Auftreten keine politische Reise bewiesen. Nicht vom Parteistandpunkt, sondern vom echt polnischen Standpunkt muß man die Schärfe seines Auftretens bedauern, das vom „national-demokratischen“ Standpunkt nicht berechtigt ist und vom Gesichtspunkt des „kaltblütigen Ruhe und mannhaften Gleichgewicht“ verkündenden Grundsatzes von einer sonderbaren, nur durch die Leidenschaft erklärlichen Verwirrung der Begriffe zeugt.

Wie soll man schließlich mit der „kaltblütigen Ruhe und dem mannhaften Gleichgewicht“ das in Einklang bringen, daß der Kurjer die Wahrhaftigkeit eines Abgeordneten verdächtigt, indem er seine Behauptungen „nichtsagend“ nennt und damit das Ansehen der Fraktion in der Volksgesamtheit untergräbt? Wie soll endlich der Abgeordnete die Richtigkeit seiner Worte beweisen? Wir wollen hier lieber Naivität als bösen Willen annehmen.

Ich schließe, indem ich den Wunsch ausspreche, der Kurjer möge die „kaltblütige Ruhe und das mannhafte Gleichgewicht“ nicht verlieren beim Anblick des „Posener Tageblatts“, das sich ihm als Sekundanten

aufwirft und mit dem Degen zu Hilfe eilt, wie Mesphisto: Herr Doktor — ich pariere!

In den Bundesgenossen wirst Du den Wert der Sache erkennen.

Ein Demokrat.

Aus Nr. 282 des Lech (Gnesen)

vom 10. Dezember 1907:

Wem verdanken wir den § 7 des Vereinsgesetzes?

Bekanntlich enthält der § 7 des neuen Vereinsgesetzes eine sogenannte Sprachenklausel, d. h. Vorschriften betreffend das Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen. Nach der liberalen Breisgauer Ztg. (in Baden) fehlte anfangs dieser Paragraph. Erst die Großindustriellen Westfalens und des Rheinlandes wandten sich an den Minister von Rheinbaben, der durch Familienbande und gemeinsame Interessen mit diesen Kreisen verbunden ist, und forderten das bedingungslose Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache in den öffentlichen Versammlungen. Von Rheinbaben gelang es, gleich in der ersten Sitzung der preußischen Minister diesen Paragraphen einzuschalten, was bald darauf die Rheinisch-Westfälische Ztg. berichtete.

Danach ist dieser Angriff auf die Freiheit unserer Versammlungen von denjenigen ausgegangen, für deren Wohlstand der polnische Arbeiter tätig ist. Für seine schwere Arbeit, für seinen Schweiß und seine Gesundheit verschleißt man ihm jetzt den Mund.

Andererseits erfahren wir, daß die Veranlassung zu jenem Gesetze nicht, wie die Regierung behauptete, der Mangel an entsprechenden Polizeiaufsichtsbeamten war, sondern lediglich die Bestrebung dieser westfälischen Krösusse, um dem polnischen Arbeiter den Zusammenschluß unmöglich zu machen und ihm auf diese Weise den Kampf gegen die Ausbeutung durch die Arbeitgeber und die Verbesserung ihrer Lage zu erschweren.

Je länger der Arbeiter unaufgeklärt bleibt, desto leichter kann man ihn ausbeuten. Das haben jene westfälischen Industriellen recht gut begriffen und sich bei der Regierung um die Einschaltung jenes Paragraphen bemüht.

Wie beim Ansiedelungsgesetz, so hat auch hier wieder vor allem die Tasche der preußischen Patrioten eine Rolle gespielt, und die Regierung ist immer bereit, die Taschen jener Leute unter dem Deckmantel der polnischen Gefahr mit Talern zu füllen.

Aus Nr. 281 des Lech (Gnesen)

vom 8. Dezember 1907:

Das ist ja ein guter Hirt!

Die bürgerliche Arbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Seelenhirten, — so verkündeten unsere Geistlichen in dem sozialen Kursen in Posen. Leider denken nicht alle Geistliche so. Kardinal Kopp z. B. macht es verschiedenen polnischen Geistlichen unmöglich, ihre bürgerlichen Pflichten zu erfüllen.

Wir haben drei polnische Geistliche aus Oberschlesien als Abgeordnete. Gerade jetzt sind sie im Parlamente notwendig, wo es sich um wichtige Angelegenheiten handelt. Wäre der Bischof um das Wohl seiner Schäflein bedacht, dann würde er diese Geistlichen sogar auf ihre Kaplanehre verpflichten, in Berlin das katholische Volk vor den Anschlägen der protestantischen Regierung zu wahren.

Die Politik seiner Eminenz ist aber eine andere. Der Kardinal Kopp macht es den Geistlichen, die unsere Abgeordneten sind, unmöglich, sich in Berlin aufzuhalten. Er weigert sich, ihnen einen Kaplan zu ihrer Vertretung zu stellen; ebenso gibt er den in Breslau nicht geweihten Geistlichen keine Erlaubnis, die Messe zu lesen und die heiligen Sakramente in den Kirchspielen jener Abgeordneten zu erteilen, obwohl er denselben ungeweihten Kaplänen gestattet, in den Kirchspielen der deutschen Geistlichen zu fungieren. Augenscheinlich erhalten unsere Abgeordnete aus dem geistlichen Stande durch den Einfluß des Kardinals keine Vertretung, obwohl es an Vertretern, z. B. Jesuiten aus Österreich-Schlesien, nicht mangelt. Jetzt jedoch das Argste! Unlängst geruhte unser Erzbischof eine Verordnung herauszugeben, nach welcher es keinem Propste erlaubt ist, ohne Genehmigung des Dekans das Kirchspiel über 24 Stunden hinaus zu verlassen. Es ist ganz klar, daß es dem Kardinal vor allem Dingen darum zu tun ist, daß diese unsere Geistlichen sich nicht an den Beratungen im Parlamente beteiligen, wo solche wichtigen Angelegenheiten sich abwickeln werden. Verträgt sich denn solch ein Verhalten mit den Regeln der Ethik, welche gewissenhafte Erfüllung der übernommenen Pflichten fordern? Und wenn nicht, wie sind solche Machinationen des Kardinals, welche die Erfüllung dieser Pflichten vereiteln, zu bezeichnen?

Glaubt der Kardinal, daß er die Liebe und Anhänglichkeit des polnischen Volkes dadurch verwirkt, wenn er dessen berufenen Verteidigern den voll Klagen und Leid übergehenden Mund mit Gewalt knebelt?

Aus Nr. 284 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 11. Dezember 1907:

In Sachen der Übergriffe von Behörden gegen Eisenbahnbeamte und -Arbeiter

bittet die polnische Landtagsfraktion um schleunige Einsendung glaubwürdigen Materials an das Informationsbureau des Polnischen Zentral-Wahlkomitees unter der Adresse Thaddäus Jaworski-Posen.

Aus Nr. 282 des Lech (Gnesen)

vom 10. Dezember 1907:

Herr Lawrenz aus Zernik verkauft seine 160 Morgen große Wirtschaft an einen Deutschen. Wir können es kaum glauben, daß in den heutigen Zeiten, wo man uns aus unserem Lande vertreiben und mit Gewalt den Mund knebeln will, sich ein Pole finden könnte, der durch den Verkauf des väterlichen Bodens an einen Fremden sich solcher Schande aussetzen sollte. Möge sich Herr Lawrenz die Sache wohl überlegen, ehe er sich zu der Tat entschließt — denn wir würden uns gar nicht wundern, wenn ihm alsdann der erste beste Mensch ins Gesicht spuckte.

Ein Veräußerer verdient ja so etwas.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 142 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 28. November 1907:

Eine wichtige Angelegenheit.

Man schreibt uns:

Schon verschiedene Male hat die Gazeta Gdańska auf die schreckliche Verdeutschung unserer kasjubischen Städte Puck, Neustadt, Skarszewo und gewissermaßen

auch Berent hingewiesen. Alle diese Alarmnachrichten sind bisher von Seiten der polnischen Volksgesamtheit ohne Echo geblieben, und doch ist es die höchste Zeit darüber nachzudenken, wie diesem Übel abzuhelpen ist, — es ist Zeit, von den Worten zur Tat überzugehen.

Der Niedergang des Polentums in diesen Städten ist hauptsächlich dem Mangel polnischer, zur sozialen Arbeit williger Intelligenz, aber vor allen Dingen der Gleichgültigkeit verschiedener dortigen Herren Propste für unsere Sache zuzuschreiben.

Ich meine deshalb, daß sich die ganze polnische Volksgesamtheit mit dieser Sache befassen müßte, wenn sich die Städte nicht ganz verdeutschten sollen. Vielleicht ließe sich in der Weise etwas tun, daß z. B. in jenen Städten eine intelligente Person untergebracht wird, vielleicht aus der Mitte des Strazvereins, aber noch besser wäre es, einen **unabhängigen Geistlichen** dort unterzubringen, der der Hüter und Beschützer unserer Angelegenheiten wäre,

Wir haben heutzutage viele Geistliche, die von der Regierung niemals eine Propstei erhalten werden und von der bischöflichen Behörde auch nicht, denn 1. ist die bischöfliche Behörde heute der Regierung gegenüber machtlos. Wie es die Regierung befiehlt, so geschieht es. Sobald die Regierung protestiert, muß der Bischof die einem Polen gegebene Präsentation zurückziehen, und wenn 2. die Regierung auch schließlich nichts in den Weg legen sollte, so kann ein Pole doch lange warten, ehe er eine Propstei erhält. Wir haben Geistliche, die über 10 Jahre in der Diözese arbeiten und keine Aussichten haben ihr Nomadenleben, in der Diözese zu beenden, während der deutsche Pfarrer Berent in Alt-Schottland sogar aus Berlin vom Bischof eine Propstei erhalten hat, und der deutsche Pfarrer Rhode in Matern hat schon nach vierjähriger Priesterschaft eine Propstei erhalten.

Jeder Priester verpflichtet sich vor der Weihe, 10 Jahre in der Diözese zu arbeiten, nachher ist er frei und kann gehen, wohin er will. Ich nehme daher an, daß sich unter den Priestern, die länger als 10 Jahre im Amte sind und keine Aussichten auf eine Propstei haben, die aber den größten Teil ihres Lebens nicht durch Herumwandern in der Diözese verbringen wollen, solche befinden, die sich gern in diesen Städten niederlassen möchten, um **Mittelpunkt des polnischen Lebens zu werden.**

Es handelt sich nur um den Unterhalt. Es werden sich vielleicht solche finden, die von Hause aus vermögend, keine Unterstützung gebrauchen werden. Andere wieder können sich erhalten durch Übernahme von Ämtern in polnischen Instituten, z. B. in Banken, die zum Teil in diesen Städten schon existieren und schließlich auch gegründet werden können. Im schlimmsten Falle würde aber die Gesamtheit, sei es nun durch den „Strazverein“ oder durch unmittelbare Spenden, bei ihrer Opferwilligkeit dafür sorgen, daß jene Geistlichen eine Existenz hätten. Es muß durchaus etwas gemacht werden, denn wenn diese Städte einmal verloren sind, dann werden sie für immer verloren sein. Ich stelle daher mein Projekt zur öffentlichen Diskussion. Wer etwas besseres weiß, der möge sein Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Stach Jarzeski.

Aus Nr. 143 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 30. November 1907:

Zum Enteignungsprojekt

schreibt die Gazeta Gdańska u. a.:

Weil wir nun die preußische Politik kennen, werden wir uns danach richten. Wir sind sogar auf weitere

Schläge vorbereitet, aber unseren polnischen Wachposten werden wir nicht verlassen; denn so wie die Hölle unserer wartet, wenn wir uns unseres katholischen Glaubens entäußern sollten, so würden wir bei Gott und den Menschen kein Erbarmen finden, wenn wir jetzt feige würden, wo es uns immer schlimmer geht. Die polnische Nation hat es verstanden, in allen Kämpfen in der Verteidigung Gottes und des Landes unterzugehen, **aber sie hat nicht verstanden, sich zu ergeben.**

Und jetzt sollten wir uns ergeben? Wahrhaftig, wir wären keine bessere Zukunft wert, wenn wir das täten. Wenn die Urteile der Vorsehung bestimmt haben, daß wir — unter den Preußen — untergehen sollen, na dann gehen wir unter; aber mögen die Nachkommen von uns sagen: das sind diejenigen, die untergegangen sind, doch Ehre ihnen, denn sie sind in Ehren untergegangen.

Aus Nr. 144 des Pielgrzym (Pielgrim)
vom 30. November 1907:

„Schande unseren Feinden“

überschreibt der Pielgrzym einen Artikel, der sich mit dem Enteignungsprojekt befaßt und mit folgenden Worten schließt:

Wenn dieses barbarische Gesetz wirklich zustande kommen sollte, dann werden wir über neue Verteidigungsmittel nachdenken — wir werden uns dann noch mehr wie bisher zusammenschließen — wir werden dann noch ausdauernder und mit noch größerer Anstrengung für unser gemeinsames Wohl arbeiten — und dann werden wir, auch wenn die ganze Hölle unsere Feinde in ihren gottlosen Bestrebungen helfen sollte — nicht untergehen!

Nur Mut — nur Ausdauer! Die Gerechtigkeit ist auf unserer Seite, deshalb muß auch früher oder später die Gerechtigkeit siegen! Schande unseren Feinden!

Aus Nr. 144 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 30. November 1907:

Löbau, den 26. November 1907.

In Nr. 142 der Gazeta Grudziądzka hat der Korrespondent aus Löbau diejenigen Katholiken aufgezählt, die bei den letzten Stadtverordnetenwahlen nicht gestimmt haben. Der geehrte Korrespondent hat aber eine Sache zu erwähnen vergessen, die es vielmehr verdient, bekannt gemacht zu werden. Der hiesige katholische Pfarrer am Gymnasium hat nämlich für einen Lutheraner gegen einen katholischen Kandidaten gestimmt, obwohl es sich hierbei unsererseits um jede Stimme gehandelt hat. Wir können es wirklich nicht begreifen, wie ein katholischer Pfarrer etwas derartiges tun konnte.

Unser ehrwürdiger Propst fordert uns im Namen der Glaubens zu den Wahlen auf, und hier tritt ein katholischer Geistlicher gegen den Kandidaten unseres Glaubens auf. Und das nicht nur einmal. Schon im vorigen Jahre hat er es getan. Ich wollte schon damals an die Zeitungen schreiben, aber ich dachte, daß er sich vielleicht von seinen lutherischen Freunden hat überreden lassen, und daß ihm unser Herr Propst, der sich mit den Wahlen immer sehr eifrig befaßt, die Sache erklären und alles in Ordnung sein wird. Indessen hat er es dieses Mal wieder getan. Manch Armster, der von Andersgläubigen abhängig ist, stand im Wahllokale in banger Sorge um sein Brot, daß er der Wahlen wegen hätte verlieren können, und trotzdem

hat er so gewählt, wie es ihm sein Gewissen geheißen hat. Und ein katholischer Geistlicher muß, wie ich gehört habe, den gehörigen Unterhalt bis zum Tode erhalten. Dafür sorgt der Bischof. Also um das Brot kann es sich nicht handeln. Worum handelt es sich denn?

Man müßte wirklich unseren Herrn Bischof fragen, ob die Priesterseminare dazu da sind, um in ihnen Geistliche zu erziehen und zu weihen, die in dieser Weise gegen die Katholiken auftreten. Wenn in diesen Zeiten der allgemeinen Erbitterung die Geistlichen uns noch mit einem derartigen Beispiele vorangehen werden, dann wird es meiner Meinung nach für unseren Glauben schlecht bestellt sein.

Vielleicht wird unser ehrwürdiger Herr Propst in der nächsten Versammlung unseres Volksvereins über diese Angelegenheit sprechen und uns belehren, weshalb mir des Glaubens wegen für einen Katholiken stimmen sollten, wenn auch zu unserem Schaden. Nur ein katholischer Geistlicher braucht es nicht.

Ein Handwerker für viele.

Aus Nr. 144 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 3. Dezember 1907:

Groß-Trombki.

Der Herr Propst Herbst hat hier einen sogenannten „Arbeiterverein“ für Deutsche gegründet. Man muß sich darüber freuen, daß die Priester außerhalb der Kirche für ihre Parochianen so eifrig arbeiten, doch es wäre zu wünschen, daß sich der Herr Propst auch um einen polnischen Verein bemühte, denn die Parochie ist fast durch und durch polnisch. Am meisten wäre hier ein Volksverein (Towarzystwo ludowe) am Platze. Mögen sich die Parochianen um die Gründung eines solchen Vereins bemühen, und wir sind davon überzeugt, daß er gute Erfolge haben wird. Wir sehnen uns nach einem polnischen Mittelpunkt, wie der Hühnergeier nach Wasser, doch ist bisher niemand hier, der sich unserer in wirklich väterlicher Weise annähme.

Aus Nr. 277 der Bjirschewyja Wjedomostji
(St. Petersburg)
vom 22. November (5. Dezember) 1907:

Nach dem Gouvernement **Woroneß** sind diejenigen Landleute zurückgekehrt, die in **Deutschland** zur Arbeit waren. Alle sind mit der Reise sehr zufrieden, deren Resultat eine Ersparnis von 100—150 Rubel für jeden einzelnen war.

Nr. 280 vom 25. November (8. Dezember) 1907:

Das Marineministerium hat beschlossen, 5 **neue Kanonenboote** zum Schutze der Ufer und des Fischereigebietes am Kaspischen Meere zu bauen. Mit dem Bau der Kanonenboote ist die Baltische Schiffbauanstalt beauftragt worden.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 60 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 11. Dezember 1907:

Bojkott deutscher Waren und deutscher Großgrundbesitzer.

Die unerhört fränkenden Ausnahmegesetze, welche die Preußen gegen uns durchzuführen beabsichtigen, haben unsere Landsleute in Galizien und im Königreich

Polen zu energischen Schritten gegen die Deutschen veranlaßt.

Die polnische Fraktion in Wien hat zuerst eine anti-preussische politische Bewegung, die für Deutschland weittragende Bedeutung hat, in Angriff genommen. Aber unsere Landsleute begnügen sich damit nicht, sondern sie fangen an, noch andere Verteidigungsmittel — namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete — ausfindig zu machen. Man hat begonnen, den Boykott der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu organisieren, und dieser Boykott nimmt immer greifbarere Gestalten an.

Mit der Organisierung des Boykotts deutscher Waren in größerem Maßstabe wurde im Königreich Polen der Anfang gemacht. Vorgeföhrt fand in Warschau eine Mitgliederversammlung des Techniker-Verbandes unter Leitung des Ingenieurs Kasimir Obrembowicz statt, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt hat. In der Versammlung wurden Telegramme verlesen, die der Verbandsausschuß den polnischen Fraktionen in Berlin und Wien übersandte.

Alsdann ergriff im Namen der zur Organisierung der Boykottaktion berufenen Kommission Herr Adamiecki das Wort und verlas einen Kommissionsbericht, der in einem endgültigen Antrag die Bildung einer „Liga zur Verteidigung von Landeserzeugnissen“ (Liga obrony wytworzcöw krajowej) vorschlägt.

Die Sitzungen der „Liga“ und ihre Legalisierung soll eine aus 34 Mitgliedern zusammengesetzte Kommission in die Hand nehmen. In diese Kommission sollen als Mitglieder die Vertreter folgender Vereine und Verbände eintreten: Des Techniker-Verbandes, des landwirtschaftlichen Zentralvereins, der landwirtschaftlichen Kooperation, des Gartenvereins, des Zirkels der Industriellen, der Sektion für Handwerk und Chemie, der kaufmännischen Vereinigung der Stadt Warschau, des Hilfsvereins der Gehilfen in Handel und Industrie für die Stadt Warschau, des nämlichen Vereins mosaischen Bekenntnisses, der Vereine der Zuckerbäcker, Brenner, Pharmazeuten und des Ärztevereins. Sobald sich diese Kommission konstituiert haben wird, wird die Boykottangelegenheit den Weg einer planmäßigen und organisierten Aktion betreten. Da man aber die Begeisterung für die Sache, die leider bei uns so schnell zu erlöschen pflegt, nicht abschwächen will, wurde vorläufig beschlossen, sofort eine geeignete Einwirkung auf die beteiligten Kreise zu beginnen.

U. a. soll an alle Berufsvereinigungen und Verbände des Landes ein Aufruf erlassen werden, der nach Kräften und Möglichkeit zum Beginn des Boykotts auffordern wird. Ferner wurde beschlossen, die Verläge des Przegönd Techniczny (Technische Rundschau) sowie anderer beruflichen und gewöhnlichen Blätter im Königreich Polen mit dem Ersuchen anzugehen, Bekanntmachungen deutscher Firmen nicht aufzunehmen. Der Verbandsausschuß aber soll den wichtigeren Blättern den Beschluß der Versammlung übersenden.

Von anderer Seite wurde der Gedanke angeregt, daß als Erwiderung auf die neuen gegen unsere Rechte gerichteten Anschläge ein Boykott **der deutschen Großgrundbesitzer** organisiert werden müsse. **Es soll eine Aktion unternommen werden, um die Saisonarbeiter aus dem Königreich und aus Galizien davon abzuhalten, in Deutschland Arbeit zu suchen; statt dessen muß für diese Arbeiter eine andere Arbeitsquelle ausfindig gemacht werden.**

Eine solche Verteidigungsaktion unserer Landsleute im Königreich verdient Anerkennung. Trotz des ganzen Glends, in welches das Land durch die Tätigkeit der revolutionären Guerillakämpfe und der Banditenplünderungen gestürzt worden ist, trotzdem das Land der tatkräftigen Arbeit aller guten Vaterlandsöhne

bedarf — und niemand hat zuviel von dieser Arbeit —, organisieren unsere Brüder im Königreich unsere Verteidigung, denn sie empfinden, daß das Unrecht, welches man uns zufügen will, auch ihr Unrecht ist, denn sie haben erkannt, daß die gegen uns gerichteten Schläge — Schläge sind, die unser nationales Ganze treffen.

In Anbetracht dessen, daß die Preußen nicht nur die neuen polenfeindlichen Gesetze durchzuführen suchen, sondern auch noch andere Mittel zur Ausrottung der Polen erfinden werden, müssen unsere Landsleute in Galizien und im Königreich darauf bedacht sein, daß diese in Angriff genommene Bewegung kein Strohfeuer wäre, sondern sich zu einer dauernden, wohl durchdachten und zielbewußten Aktion ausbilde.

Wenn sich nämlich die polnischen Politiker in Wien bis jetzt, ohne auf alle nebensächlichen Rücksichten zu sehen, nur von der Rücksicht auf die nationalen Interessen hätten leiten lassen und nach dem Beispiel der Tschechen energisch vorgegangen wären, wenn unsere Volksgesamtheit im Königreich und in Galizien die begonnenen Verteidigungsaktionen mit Ausdauer und planmäßig durchgeführt hätte, so hätten sich die Preußen vielleicht nicht dazu entschlossen, ihre neuen brutalen Gesetze vorzulegen.

Die Deutschen schätzen diese neue Verteidigungsaktion unserer Landsleute im Königreich und in Galizien gering.

Das Organ der westfälischen Kapitalisten tröstet sich damit, daß die Polen die billige deutsche Ware nicht entbehren können und daß sich alle Anstrengungen in der Richtung der Boykottierung deutscher Waren an der „polnischen wirtschaftlichen Ohnmacht“ zerschlagen werden.

Auch den beabsichtigten Boykott der deutschen Großgrundbesitzer fürchten die Deutschen nicht, und als eine für sie günstige Erscheinung betrachten sie die Rückwanderung Tausender polnischer Arbeiter aus Amerika. Die kapitalistischen Blätter freuen sich unendlich, daß die Rückwanderung der polnischen Arbeiter aus Amerika die den Boykott deutscher Grundbesitzer planende Aktion vereiteln wird. Die polenfreierischen Blätter suchen die Junker zu beruhigen, soweit diese tatsächlich einen Boykott fürchten, und sie bemühen sich, sie zu überzeugen, daß angesichts der Tatsache des wirtschaftlichen Elends des polnischen Volkes die Boykottaktion im Königreich und in Galizien keine Bedeutung habe.

In Anbetracht dessen müssen unsere Landsleute im Königreich und in Galizien umso mehr dafür sorgen, daß diese neue Aktion eine wirklich dauernde Aktion wäre.

Aus Nr. 149 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 12. Dezember 1907:

Pfarrer Skowronski hat sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Warum? Schon seit einer gewissen Zeit ging das unbestimmte Gerücht, daß Seine Eminenz Kardinal Kopp eine Verfügung erlassen hat, auf Grund deren kein Pfarrer ohne Benachrichtigung des Erzpriesters seine Pfarodie länger als 24 Stunden verlassen darf. Zugleich wurde gesagt, daß unsere geistlichen Abgeordneten keine Kapläne aus der Diözese als Vertreter erhalten könnten, und daß Geistlichen außerhalb der Diözese verboten werde, in ihren Pfarodien zu antieren. Die Gerüchte erwiesen sich in der Hauptsache als wahr.

Inzwischen erhalten wir von dem Abgeordneten Pfarrer Skowronski nachstehendes Schreiben:

Geehrte Wähler
des Wahlkreises Pleß-Rybnik!

Wehmütigen Herzens sehe ich mich genötigt, mein Abgeordnetenmandat niederzulegen. Ich bin ohne Kaplan und habe keine Hoffnung, daß es mir gelingen könnte, während meiner Abwesenheit in der Pfarodie für die Seelsorge einen Vertreter zu erbitten, denn alle eifrigen Bemühungen in dieser Beziehung haben nur zu traurigen und niederdrückenden Erfahrungen geführt. Für einen Abgeordneten des polnischen Volks giebt es keinen Vertreter. Was kann aber den geehrten Wählern, wie auch mir an einem Mandat gelegen sein, das ich auszuüben nicht imstande bin. Wählet euch also einen Polen zum Abgeordneten, der weniger als ich durch merkwürdige Verhältnisse geknebelt ist! Zürnt mir nicht, anders handeln kann ich nicht! Dort in Berlin schmiedet man Ausnahmegesetze gegen uns — und ich, euer Abgeordneter, muß zu Hause sitzen. Das ist eine geradezu unerträgliche Lage. Ich danke euch für das mir bei den Wahlen geschenkte Vertrauen und drücke mein tiefes Bedauern aus, daß ich nicht so, wie es mein heißer Wunsch war, durch tatkräftige Verteidigung unserer idealen und materiellen Güter im Reichstage mich dieses eures Vertrauens würdig erweisen konnte. Nach Niederlegung des Mandats werde ich jedoch nicht aufhören, das polnische Volk zu verteidigen. Gott sei mit euch und mit unserer heiligen Sache!

Ellguth bei Zülz, den 9. Dezember 1907.

Pfarrer Skowronski.

Wir sind überzeugt, daß nicht nur die Wähler, sondern die ganze polnische Bevölkerung diese Erklärung des geehrten und geliebten Abgeordneten, Geistlichen Skowronski mit unendlichem Schmerz entgegennehmen werden.

Zugleich sind wir aber überzeugt, daß sich dem Munde jedes, der die unerträglichen Verhältnisse erwägt, unter denen wir leben, ein Schrei der Entrüstung entreißen wird. Die Folgen werden ungemein traurig sein.

Da wir die Erklärung des Herrn Pfarrers Skowronski Dienstag abend erhielten, ist es nicht mehr Zeit, sich über diesen schmerzlichen Vorfall in dieser Nummer ausführlicher auszulassen. Wir sprechen aber die tiefe Überzeugung aus, daß das polnische Volk überall, namentlich aber im Wahlkreise Pleß-Rybnik der Stimme seines bisherigen Abgeordneten folgen und wiederum einen Polen zum Abgeordneten wählen wird.

Wähler! Bürger! Auf zur Agitation!

Aus Nr. 143 der Gazeta Katolicka (Königshütte)
vom 30. November 1907:

Im Gornoslonszaf,

Donnerstag-Nummer 272 vom 26. d. M. befindet sich ein „Zur Abwehr der polnischen Geistlichen“ überschriebener Artikel (siehe Gesamtüberblick Seite 1051 ff.), der unterzeichnet ist: Ein polnischer Geistlicher. Jener polnische Geistliche spricht seine Befriedigung aus über die in Kattowitz vom dem Pfarrer Skowronski gegen den Geistlichen Adamczyk gehaltene Rede. Er sagt dort auch, das Zentrum sei ebenso nationalgesinnt, wie die polnische Fraktion. Weiter weist der polnische Geistliche hin auf den Verband der Posener Deutsch-katholiken, die sich mit den Lutheranern gegen die katholischen Polen verbänden, auf die kapitalistischen Übergriffe der Oberschl. Zeitung in Beuthen, auf das Verhalten der katholischen Studenten in Tübingen und auf die Studenten in Bonn, die gegen den eigenen Bischof vorgingen. Im weiteren Verlauf seines Artikels er-

hebt der polnische Geistliche ähnliche gegen das Zentrum gerichtete Vorwürfe und macht daraus dem Herrn Pfarrer Adamczyk Vorwürfe.

Darauf erhielten wir folgende Erklärung:

Auf den Artikel des polnischen Geistlichen im Gornoslazak antworte ich:

1. Das Zentrum ist nicht nationalgesinnt im Sinne dieses Artikels. Es kommt nicht darauf an, ob dieser oder jener Zentrumsmann eine entgegengesetzte Ansicht ausgesprochen hat, sondern darauf, welchen Standpunkt das Zentrum als solches noch seinen Satzungen zu der Nationalität einnimmt. Ich erinnere hier an die im preussischen Landtag den 13. Januar 1902 gesprochenen Worte des Abgeordneten Frizen:

„Die Polen sind Untertanen des preussischen Staats und zwar mit voller Gleichberechtigung. Es kommen ihnen im preussischen Staate die gleichen Rechte zu, wie den Deutschen, und die Behörden haben die Pflicht, sie ebenso gerecht zu behandeln, wie die Deutschen; die Polen haben das Recht, ihre nationalen Gebräuche, namentlich ihre Muttersprache zu pflegen, die ihnen zu entreißen niemand das Recht hat. Es würde gegen das göttliche und natürliche Recht verstoßen, wenn man den Polen die Nationalität entreißen wollte.

Zugleich verurteile ich das rücksichtslose Verhalten einiger deutschen Bünde, und namentlich den Bund der Hefatisten.“

Dieser prinzipielle Standpunkt des Zentrums hat bis zum heutigen Tage keine Änderung erfahren.

(Das Volk gehörte lange Zeit dem Zentrum an, und niemand sprach ihm dieses Recht ab.)

In dem seitens der Liberalen erhobenen Vorwurf „antinational“ lag stets etwas Beleidigendes für die Zentrumsmitglieder, die sich den wahren Patriotismus von niemandem absprechen lassen. Ist es denn schon etwas Schlimmes, wenn sie sich gegen beleidigende Vorwürfe wenden?

2. Der polnische Geistliche verweist mich auf die Deutschkatholiken im Posenischen. Weil also die Deutschkatholiken im Posenischen im öffentlichen Leben gegen die katholische Sache sündigen, haben auch wir polnischen Katholiken das Recht, uns ebenso zu verhalten? Helfen also auch wir polnischen Katholiken einem Rzesnikel den Zentrumsabgeordneten besiegen, enthalten also auch wir uns der Landtagswahlen, damit ein Junghar, Volk in den Landtag hineinziehen kann, tragen also auch wir Polen zum Siege eines Sozialdemokraten über einen katholischen Abgeordneten bei, treten also auch wir Polen gegen unseren eigenen Bischof auf usw., denn das alles tun die sogenannten „Nationalkatholiken.“

Das ist eine Logik!

Indes was ist es denn, Herr Konfrater, was diese Deutschkatholiken im Posenischen zu einem so nicht katholischen Verhalten im öffentlichen Leben treibt? — Das ist die Überschätzung der Nationalität! Haben Sie meine Rede gelesen? Oder widert Sie das „Schmierblatt des Zentrums“ an, wie der Katolik in seiner bekannten „noblesse“ unsere Gazeta Katolicka nennt!? Dort steht geschrieben: Das Politisieren auf rein nationaler Grundlage verläßt die wahrhaft katholischen Gefühle.“

Die Liebe zur Muttersprache und Nationalität ist eine große Tugend, welche von Dichtern mit Recht besungen wird, aber sie wird uns solange eine Tugend bleiben, als sie sich von den Grundsätzen der katholischen Kirche leiten läßt.

3. Ich war nicht Mitglied einer „Deutsch-katholischen Verbindung“, sondern nur einer deutschen „katholischen Verbindung.“ Ist das ein und dasselbe? Es ist bezeichnend, daß sich die nationaldeutschen Katholiken gern „Deutsch-katholisch“, die Nationalpolen aber „pol-

nisch-katholisch“ nennen. Ich lese in nationalen Blättern: „Organ für das polnisch-katholische Volk“ (Glos Slonski: das „Beiblatt“ des Pfarrers Skowronski), „polnisch-katholischer“ Gruß, sogar „polnisch-katholischer“ Geistliche.

Ich bekenne offen, daß ich sowohl den deutschen, als auch den polnischen Katholizismus hasse.

4. „Wenn er (Pfarrer Adamczyk) schon einmal den „nationalen Schmutz“ fegen will, so hat er ihn in genügender Menge vor der eigenen Zentrumsstür.

Mit Verlaub gehören jene Deutschkatholiken Nationalen im Posenischen dem Zentrum an? Sicherlich nicht ein einziger!

Den „hafatistischen Übergriffen“ der Oberschl. Zeitung, die ich nicht in Abrede stelle, sind wir schon oft scharf entgegengetreten.

Was hat das Zentrum mit den Studenten zutun? Die Hauptsache ist: Ich sprach polnisch in einer polnischen Versammlung „vor der eigenen Tür“ über Dinge, die das katholische polnische Volk betreffen. In einer deutschen Versammlung hätte ich von „deutschem Schmutz“ gesprochen.

5. Was die „Politik der Junker“ betrifft, so habe nicht ich sie der polnischen Fraktion vorgeworfen, sondern der Abgeordnete von Dziembowski selbst. Ich bitte also, sich an ihn zu wenden.

Ich habe wörtlich gesagt: „Ich leugne nicht, daß sich die Abgeordneten des neuen Kurzes nicht nur um die nationalen Interessen, sondern auch um Erwerbsinteressen kümmern.“

Daß Euer Hochwürden mir den vom Glos Slonski und später vom Pfarrer Skowronski gegen mich erhobenen Vorwurf von neuem wiederholen, ist ein Beweis dafür, daß Sie meine Rede nicht aufmerksam gelesen haben.

Überhaupt ist es bei dieser ganzen Angelegenheit eine traurige Erscheinung, daß fast alle polnischen nationalen Blätter die tendenziöse Wiedergabe meiner Rede durch den Glos Slonski mehr oder weniger wörtlich abgedruckt haben, und daß alle meine Kritiker ihr Urteil auf diese falsche Wiedergabe stützen. Ist denn das recht? Widerstreitet dies nicht schon sogar der literarischen Gerechtigkeit?

Da läßt sich die „lügenhafte“ Gazeta Katolicka (wie sie der Katolik nennt) von einer anderen Gerechtigkeit gegenüber ihren politischen Gegnern, wie z. B. dem Herrn Pfarrer Skowronski leiten, dessen Rede sie in einer genauen, ausführlichen, objektiven Inhaltsangabe wiedergab.

6. Trotzdem bemerke ich mit Freuden, daß der Ton des ganzen Artikels ruhig ist. Es beleidigt mich persönlich nicht. Wenn sich jemand in einer Polemik gegen eine ausdrücklich genannte Person wendet, so verlangt die literarische Höflichkeit, sich nicht hinter einem Strauch zu verstecken und von dort aus seine Schüsse zu entfeinden.

Geistlicher Adamczyk.

Aus Nr. 283 des Gornoslazak (Rattowitz)
vom 10. Dezember 1907:

Das letzte Wort!

Vom hochwürdigen Herrn Pfarrer Skowronski aus Ellguth erhalten wir folgendes Schreiben:

Der hochwürdige Herr Kuratus Adamczyk behauptet in seiner in der Schles. Volksztg. veröffentlichten Erklärung vom 25. November 1. daß ich ihn in unerhörter Weise persönlich angegriffen und 2. einen Verleumder genannt hätte.

Die polnischen Blätter, wie die Nowiny Raciborskie des Glos Slonski, des Dziennik Slonski und

die Gazeta Dpolska haben diese falsche Behauptung des Geistlichen Adamczyk entschieden bestritten. Trotzdem bleibt der Geistliche Ad. in einem Glos Slonski überschriebenen Artikel in der Gazeta Katolicka vom 5. Dezember (Nr. 145) hartnäckig bei dieser Behauptung, daß der beleidigende Ausdruck „Verleumdung“ wirklich gefallen sei, und er beruft sich auf die Schles. Volksztg. und den Kurjer Poznanski. Die Katolicka aber schreibt in der gleichen Nummer ihrerseits, Pfarrer Skowronski habe von der Rede des Geistlichen Skowronski gesagt: „Wieviele Worte, soviel Lügen.“

In anbetracht dessen sehe ich mich gezwungen, folgendes zu erklären:

1. Ich habe nicht die Ehre, den Geistlichen Ad. und seine Verhältnisse persönlich zu kennen. Daher ließ ich mich nicht über seine Person, sondern über seine Gleiwitzer Rede ausführlich aus. Zwar schrieb der Glos Slonski in seiner Nr. 268 vom 20. November in seinem Bericht über meine Rede: „Denn man muß in Betracht ziehen, daß der Geistliche Ad. polnischer Abstammung ist, daher muß das Herz eines rechten Polen um so mehr weinen, wenn man solche von dieser Seite gegen das Polentum gerichtete Angriffe hört. Obwohl polnischer Abstammung, trat er (Geistl. Ad.) das Polentum förmlich mit Füßen,“ — aber ich muß, da ich zugebe, daß dies ein persönlicher Angriff wäre, bekennen, daß ich dieses nicht gesagt habe, und ich rufe als Zeugen die Hunderte von versammelten Teilnehmern an. Dies waren kritische Bemerkungen des Gl. El., ebenso die mir in den Mund gelegten Worte: „Auch ich gehöre als Abgeordneter der polnischen Fraktion an, denn ich bin doch Pole, denn ich liebe meine Sprache, meine Nationalität, ich liebe das Polentum, die geschichtliche Vergangenheit Polens und alles, was mit diesem Polentum Zusammenhang und Fühlung hat.“ Obgleich ich dieses Sinnes wirklich bin, so habe ich dies doch nicht gesagt. Der Glos Slonski hat den subjektiven Eindruck meiner Rede in der Eile mit meinen Worten zu einem einzigen Ganzen vereinigt.

2. In anbetracht der hartnäckigen Behauptung des Geistlichen Ad., daß ich ihn einen Verleumder genannt hätte, mache ich nachstehende Erklärung von Augenzeugen bekannt:

„Hiermit bestätigen wir Ihnen, Herrn Pfarrer, daß Sie in der Versammlung zu Kattowitz am 17. November den Herrn Pfarrer Adamczyk einen Verleumder nicht genannt haben, diesen oder einen ähnlichen Ausdruck haben wir nicht gehört, und wir hätten ihn hören müssen, denn wir befanden uns in der unmittelbaren Umgebung des Herrn Pfarrers und verfolgten mit gespannter Aufmerksamkeit seine Rede. Die abweichenden Zeitungsberichte entsprechen nicht der Wahrheit.“

Kattowitz, den 1. Dezember 1907.

Dr. Siegmund Seyda, Rechtsanwalt; Dombek, Redakteur; Nowicki, Redakteur; Dreyza, Bankvorsteher; Cyrill Ratajski, Rechtsanwalt aus Ratibor.

Wenn der Kurjer Poznanski in dem Artikel, der sich mit meiner Person befaßt, von einer „Verleumdung“ des Geistlichen Ad. schreibt, so ist das seine Sache, mir kann der Geistliche Ad. daraus keinen Vorwurf machen. Ich erkläre öffentlich, daß ich nicht die Absicht hatte, den Geistlichen Ad. einen Verleumder zu nennen; wenn mir aber bewiesen würde, daß ich in meiner Rede tatsächlich so entgleist wäre, so würde ich ohne Bedenken den Geistlichen Ad. um Verzeihung bitten, daß ich in der Erregung oder Entrüstung so weit gegangen sei. Berechtigte Gründe zur Entrüstung bot mir aber seine ganze Rede und insbesondere der Abschnitt von den „Novizen aus der polnischen Fraktion“, unter deren Leitung sich das ober-schlesische Volk nach

der Befürchtung des Geistlichen Ad. im Laufe der Zeit mit den Sozialdemokraten vereinigen soll. Das ist ein geradezu beleidigender Vorwurf, denn zu jenen „Novizen“ gehört neben den Geistlichen Janowski und Brandys auch meine Wenigkeit. Gegen unbillige Vorwürfe haben aber auch wir empfindliche Nerven, obgleich wir Anhänger der nationalen Bewegung sind, welche die Zentrumsleute als einen Umsturz „non plus ultra“ bekämpfen.

Was aber die Behauptung der Gazeta Katolicka betrifft, daß ich von der Rede des Geistlichen Ad. wörtlich gesagt haben soll: „Wieviele Worte, soviel Lügen“, so muß ich wiederum erklären, daß dies nicht der Wahrheit entspricht. In dem Manuskript meiner Rede heißt es ausdrücklich: „Wieviele Worte, soviel falsche Darstellungen.“ Der Berichterstatter des Kurjer Poznanski ist Rechtsanwalt, er schrieb seinen Bericht über meine Rede zwei Schritte von mir entfernt und übersandte ihn sofort dem Kurjer Poznanski, denn dieser brachte den Inhalt meiner Rede schon in der Nummer vom 19. November. In diesem Bericht aber steht es ausdrücklich: „Wieviele Worte, sovielen falsche Darstellungen der Sache waren in der Rede des Geistlichen Adamczyk enthalten.“ Der Berichterstatter wußte überhaupt nichts von der Existenz eines Manuskripts meiner Rede. Da nun der Bericht mit dem Manuskript übereinstimmt, so erhellt daraus, daß ich das gesagt habe, was in meinem Manuskript stand. Wenn der meine Rede niederschreibende Berichterstatter der Schles. Volkszeitung oder der Gazeta Katolicka in der Eile „falsche Darstellungen“ mit „Lügen“ übersetzt hat, so ist dies nicht meine, sondern des Berichterstatters Schuld. Nach dem ober-schlesischen Dialekt bedeutet das Wort „falsch“ soviel als „nicht der tatsächlichen Wahrheit entsprechend“. Man sagt: „er hat mich falsch verstanden“, ein falscher Afford usw. Man kann daher etwas „falsch“ darstellen und man braucht dabei keineswegs bewußt und absichtlich lügen. Daher habe ich auch, gleich am Anfang meiner Rede, von dem Geistlichen Ad. sprechend, nur behauptet, daß er unter der Losung „Der Wahrheit die Ehre“ die Wahrheit sagen will, obgleich er sie weder hinsichtlich des Zentrums noch hinsichtlich der polnischen Fraktion kennt. Es ist sonderbar, daß sich der Geistliche Ad. fortwährend beklagt, er sei auf Grund falscher Berichte über seine Rede falsch verstanden worden, während er sich selbst an eben solche Berichte über meine Rede klammert und sich erdreistet, von mir zu sagen: „Ein solcher Mensch.“ Mit diesem Wort drückt der Deutsche seine größte Verachtung aus, und eine solche Beleidigung seines Konfraters kommt jeglicher angeblich von mir ihm zugefügten Kränkung gleich und übertrifft sie sogar. Übrigens erkläre ich, daß ich mich mit der Rede des Geistlichen Ad. nicht befaßt hätte, wenn er sie als Privatmann in irgend einer privaten Versammlung, z. B. in seinem Arbeiterverein des Berliner Verbandes gehalten hätte.

Da er sie aber auf dem Zentrums-Parteitag gehalten hat, der seit langer Zeit sorgfältig vorbereitet und bekannt gemacht worden war, wurde seine Rede zu einer Enuntiation der ganzen schlesischen Partei, und sie mußte von unserer Seite eine entschiedene Antwort hervorrufen. Die Tragweite seiner Gleiwitzer Rede beruht also nicht auf ihrem inneren Wert, sondern einzig auf dem vergoldeten Rahmen, in welchen sie der „Parteitag“ des Zentrums in Gleiwitz gefaßt hat. Daher sind wir bei der Bekämpfung seiner Ausführungen keineswegs, wie sich der Geistliche Ad. ausdrückt, in die Rolle des „Don Quijote“ verfallen, es mußte denn sein, daß der Geistliche Ad. die schlesische Zentrumspartei für eine „Windmühle“ hält.

Ich teile vollständig die Ansicht des Geistlichen Ad. am Schluß seiner letzten Erklärung in der Gazeta Katolicka, daß eine Wandlung zum Bessern eintreten wird, wenn man aufhören wird, in unwürdiger Weise die Gegner zu bekämpfen. Möge das schlesische Zentrum aufhören, uns Anhänger der nationalen Bewegung „Radikale, Antikatholiken, Revolutionäre, Sozialdemokraten, Antimonarchisten“ und wer weiß noch welche „Anti—“ zu schmähen. — Möge es uns, die wir aus Überzeugung „wahre Freunde des polnischen Volks“ sein wollen, in heiliger Ruhe lassen, und es wird von unserer Seite Ruhe haben. Möge es dessen eingedenk sein, daß auch wir Ehrgefühl haben und daß wir uns nicht als Auswurf der Gesellschaft behandeln lassen werden. Wir sind da! — Erklärt euch mit dieser Tatsache einverstanden!

Ellguth bei Zülz, den 5. Dezember 1908.

Pfarrer Skowronski.

Aus Nr. 61 des Kurjer Slaski (Kattowitz)
vom 12. Dezember 1907:

Herr Pfarrer Kapiza.

veröffentlichte in den Katolik-Blättern ein Versöhnungsschreiben, welches die Polen und schlesischen Zentrumsleute zum Frieden und zur Versöhnung auffordert. Sein Schreiben hat Herr Pfarrer Kapiza unter dem Eindruck des in Oberschlesien tobenden Kampfes zwischen Zentrum und Polen verfaßt, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die preussische Regierung dem Landtage ein Gesetz vorgelegt hat, das, wenn es Gesetz würde, der katholischen Kirche ungeheuren Schaden zufügen würde. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß Herrn Pfarrer Kapiza, der sich offen zur polnischen Partei bekennt, der das Volk, aus dem er hervorgegangen, unablässig liebt, die besten Absichten seine Worte diktiert haben.

Trotzdem kann man nicht allen seinen Anschauungen beipflichten.

Wir können nicht der Ansicht zustimmen, daß sich auf beiden Seiten die Kämpfenden unschuldig fühlen und daß dieses persönliche Gefühl daher kommt, daß wirklich die eine und die andere Seite Recht und gute und redliche Absichten und Beweggründe hat.

Das polnische Volk in Oberschlesien hat das natürliche und durch die Verfassung gewährleistete Recht, daß es seine politischen Interessen selbst vertreten kann. Eben dieses Recht sprechen die Zentrumsleute dem polnischen Volke ab. Redner und Abgeordnete des Zentrums haben in öffentlichen in den ober-schlesischen Städten veranstalteten Versammlungen feierlich erklärt, daß die Zentrumsleute eine national-deutsche Partei ist. Als solche kann sie das polnische Volk und dessen Interessen freilich nicht verteidigen. Die schlesischen Zentrumsleute treiben im Lande und in den gesetzgebenden Körperschaften die Politik einer offenen Germanisation, Tausende von Zentrumsleuten gehören kassatischen Vereinen an, wenn sie, wie bekannt ist, die Germanisierung der polnischen Landesteile und Ausrottung der Polen zum Zweck haben. Die schlesischen Zentrumsabgeordneten verteidigten in den gesetzgebenden Körperschaften die nationalen Rechte und wirtschaftlichen Interessen des polnischen Volkes nicht gebührend. In anbetracht dessen handelte das polnische Volk ganz recht und berechtigter Weise, wenn es sich der unnatürlichen, es schädigenden Vormundschaft entzog, und wenn es seine Sache in die eigene Hand nahm. Das polnische Volk hatte dazu ein natürliches und von der Verfassung gewährleistetes Recht, und es hatte dazu auch alle Gründe, die aus dem Verschulden seiner un-

berufenen politischen Beschützer entsprungen. Das polnische Volk läßt sich daher durch heftigen Angriff der Zentrumsleute nicht überzeugen, weil auf seiner Seite die Billigkeit und das Recht ist. Man kann indes keineswegs sagen, daß auch auf Seiten der schlesischen Zentrumsleute, die dem polnischen Volke seine politischen Rechte absprechen, die es offen und hinterlistig verdeutlichen, im Verein mit seinen heftigsten Feinden bekämpfen, — daß auch auf Seiten dieser Zentrumsleute das Recht, gute und ordentliche Absichten vorhanden sind. Diese Leute können auch nicht das Gefühl haben, daß sie unschuldig sind, und wenn sie es haben, so ist es das Gefühl des Gewissens, das durch den nationalen und Parteihatz verzerrt ist; und ein solches Gefühl läßt sich nicht rechtfertigen. Daraus folgt auch, daß die Mahnungen des Pfarrers Kapiza zur Eintracht und gemeinsamer Arbeit mit dem Zentrum erfolglos bleiben werden. Die Polen können ihren Rechten nicht entsagen, und die Zentrumsleute werden, soweit wir sie kennen, von ihren Zielen, die politische Macht über das polnische Volk an sich zu reißen und es zu germanisieren, nicht ablassen.

Diese Sachlage sollte auch der Geistliche Adamczyk kennen, er mußte auch wissen, daß die schlesische Zentrumsleute gegen die Polen nicht redlich war, daß die polnische Fraktion die einzige parlamentarische Fraktion ist, in welche die Polen Abgeordnete wählen können und sollen. Der Geistliche Adamczyk mußte das wissen, zumal er, wie Herr Pfarrer Kapiza schreibt, als Student für einen Nationalpolen galt. Und wenn er, gleichgültig, ob gegen dieses Bewußtsein oder unbewußt, die polnische Partei angriff und der polnischen Fraktion geradezu den Verrat nationaler Interessen vorwarf, so verdiente er mit vollem Recht den Tadel, den ihm der Abgeordnete Pfarrer Skowronski in der Versammlung zu Kattowitz erteilte. Wir sehen in der Rede des Abgeordneten Pfarrers Skowronski keine Abschnitte, die wir bedauern müßten.

Pfarrer Kapiza denkt allzu optimistisch über die angebliche Gewogenheit und Aufrichtigkeit der Zentrumsgeistlichen gegen das polnische Volk, jedenfalls macht er die Ausnahme seltener, als sie in Wirklichkeit ist. Offenbar kennt Pfarrer Kapiza die Tätigkeit mancher Zentrumsgeistlichen nicht genau. Trotz der entschiedenen Verneinung des Pfarrers Kapiza, daß die Zentrumsgeistlichen den Vorwurf feindlicher und übelwollender Gesinnung gegen das polnische Volk verdienen, behaupten wir, daß zahlreiche Zentrumsgeistliche gegen das polnische Volk wirklich feindlich gesinnt sind, insofern als dieses Volk nach politischer Selbstständigkeit trachtet. Wir sind von dem Programm der schlesischen Zentrumsleute keineswegs entzückt, denn dieses Programm ist völlig tot, soweit es sich um die Verteidigung des polnischen Volks und um die Respektierung seiner Rechte handelt.

Unbegreiflich ist uns die Behauptung des Pfarrers Kapiza, daß sich in der polnischen Partei irgend welche Radikale befinden, und daß manche polnischen Politiker ihre Lage heute noch nicht kennen, was sich natürlich auf jene Radikalen beziehen soll. Wir sehen in der polnischen Partei Oberschlesiens keine Radikalen. Wir sind neugierig, wen Herr Pfarrer Kapiza als radikal ansieht. Etwa diejenigen, die nüchtern auf die Lage blicken, die sich darüber klar sind, daß die Erhaltung der polnischen Nationalität nicht in der Hilfe Fremder, sondern in der gestärkten und unverwundlichen Kraft des Volkes zu erblicken ist.

Wir zweifeln nicht, daß Pfarrer Kapiza sein Schreiben in der besten Absicht und Überzeugung geschrieben hat. Wir erklären dies deshalb, damit man uns nicht bezichtigt, wir hätten diese Worte aus Beweggründen persönlicher Abneigung geschrieben.

Aus Nr. 285 des Górnolazak (Kattowitz)
vom 12. Dezember 1907:

Machen wir den Anfang!

Von dem hochwürdigen Herrn Pfarrer Kapiza aus Tichau erhalten wir folgendes Schreiben:

Mein Schreiben „Machen wir ein Ende“ hat die Schlesische Volkszeitung übersezt und wörtlich veröffentlicht. Ich nahm an, daß dies das „Ende“ sein wird. Ich habe mich indes getäuscht. Denn in der nächsten Nummer veröffentlichte die Schlesische Volkszeitung zwei Artikel aus polnischen Blättern, die gegen zwei höchste Würdenträger der Kirche gerichtet sind, und sie fordert mich öffentlich auf, das Wort zu ergreifen.

Heut habe ich keinen Grund zum Schweigen. Es fällt mir von vornherein auf, warum sich die Schlesische Volkszeitung mit jenen Artikeln an mich wendet? Sie verdächtigt mich doch nicht etwa der Autorschaft jener Artikel?

Meine Ansicht über solche Artikel geht, meine ich, deutlich aus dem veröffentlichten Schreiben „Machen wir ein Ende“ hervor. Darin habe ich öffentlich erklärt, daß ich mit den Angriffen gegen den Geistlichen Adamczyk nicht einverstanden bin, um so weniger kann ich also die gegen einen Bischof oder sogar gegen den heiligen Vater gerichteten Angriffe billigen. Um aber in dieser Hinsicht keinen Zweifel zu lassen, erkläre ich hiermit, daß ich alle aggressiven persönlichen Artikel tief bedauere, Artikel, die die Ehre und das Ansehen der Geistlichen und vor allem des Bischofs untergraben können — frühere und zukünftige Artikel — ohne Rücksicht darauf, ob sie der Polak oder die Schlesische Volkszeitung oder irgend eine andere polnische oder deutsche Zeitung veröffentlicht.

Zugleich bemerke ich aber, daß ich viel mehr als diese Artikel die Verhältnisse bedauere, deren Folge solche Artikel sind, und die die natürliche Quelle des sogenannten Radikalismus sind.

Der polnische Radikalismus — ist ein Radikalismus der Verzweiflung; der deutsche Radikalismus — ist ein Radikalismus der Verwegenheit.

Was folgt aus jenem Radikalismus auf polnischer Seite, der vorwiegend in verschiedenen Artikeln in die Erscheinung tritt? Für die Schles. Volkszeitung folgt daraus — wie mir scheint — die Unmöglichkeit einer Verständigung der Zentrumsparthei mit der polnischen Partei. Für mich aber folgt daraus gerade das Bedürfnis und die Notwendigkeit des Friedens. — Diese Auffassung ist der fundamentale Unterschied zwischen mir und der Schles. Volksztg.

Wir werden keinen Frieden stiften! Wird in einem solchen Falle der Radikalismus verschwinden? Werden die Zeitungen verstummen? Werden die Artikel milder werden? Werden sich die Geistlichen des Vertrauens und der Achtung erfreuen? — Das Gegenteil wird der Fall sein.

Wir werden Frieden stiften! Wird in diesem Falle alles, was wir in Übereinstimmung mit der Schles. Volksztg. bedauern, verschwinden? Es wird nicht alles verschwinden, sondern ich glaube fest daran, daß sich die heutige Spannung mildern wird, ich glaube daran, daß sich ernste Blätter von anderen Rücksichten werden leiten lassen, ich glaube aufs festeste daran, daß sich das Verhältnis der Geistlichen zum Volke bedeutend bessern wird.

Dieser Friede aber — ist kein Friede mit dem Radikalismus, mit seinen Tendenzen, Mitteln, ist kein Friede des Feuers mit dem Wasser — nein — das ist eine Verständigung von Leuten guten Willens — und solche fehlen auf beiden Seiten nicht, — eine Ver-

ständigung auf rechtlichem Boden und unter ehrlichen Bedingungen.

Hier handelt es sich um die Zukunft unseres Volks — machen wir also den Anfang.

Tichau, den 8. Dezember 1907.

Pfarrer Kapiza.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 281 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Dezember 1907:

Traurige Mitteilungen erhalten wir aus Greißwald über unsere Akademiker. Manche von ihnen vergessen sich bis zu dem Grade, daß man beschloßen hat, sie öffentlich zu brandmarken, wenn sie sich von dem bösen Wege nicht abwenden. In dieser Angelegenheit erhielten wir eine ausführliche Zuschrift, die wir fürs Erste nicht aufnehmen werden; wir warnen aber diejenigen, welche es angeht.

Aus Nr. 49 der Gazeta Górnicza (Bochum)
vom 7. Dezember 1907:

Unter der Spitzmarke „Ein neues Ausnahmegesetz gegen die Polen“ schreibt die Gazeta Górnicza folgendes:

Schwere Zeiten kommen für das polnische Volk des preussischen Anteils. Der deutsche Reichstag wird über ein neues Vereins- und Versammlungsgesetz beraten, auf Grund dessen es den Polen nicht gestattet sein soll, in Versammlungen in der Muttersprache zu verhandeln. Dem Abgeordnetenhaus dagegen hat die Regierung ein Enteignungsgesetz vorgelegt, um das „bedrohte“ Deutschtum im Osten zu retten. Die Regierung hat sich mit ihrer antipolnischen Politik so weit vergaloppiert, daß sie jetzt nicht weiß, wie sie aus der Verlegenheit herauskommen soll. Weil sie auf Kosten der Bürger viele Millionen für die Germanisierung der polnischen Landesteile verschwendete — zum Glück ohne den geringsten Vorteil —, hat sie nunmehr zu einem verzweifeltsten Mittel gegriffen, zu dem für gewöhnlich der politische Bankerott seine Zuflucht zu nehmen pflegt: sie beabsichtigt, ein neues Ausnahmegesetz gegen die Polen zu schmieden. Bei diesem „kulturellen“ Werke ist ihr das kapitalistisch junkerhafte preussische Abgeordnetenhaus behilflich, von dem man sagen kann, daß mit Hilfe der Gewalt und Ausnahme-gesetze jeder Esel regieren kann.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 549 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 28. November 1907:

Aufforderung.

Wir stehen vor einem schrecklichen, in der Weltgeschichte unerhörten, grausamen Attentate auf die natürlichen Rechte unserer Nation im preussischen Anteil. Nur deshalb, weil wir schwächer sind, greifen uns mit der Blutgier wilder Tiere die Vertreter der preussischen Regierung an.

Es ist unerhört, daß ein Staatsmann, der Reichskanzler eines mächtigen europäischen Staates den Mut hatte, von der parlamentarischen Rednerbühne herab die erhabensten Ideale der Menschheit mit den Füßen zu treten, die Lösungen zu vernichten, für welche so

viel Blut vergossen wurde und welche die Verfassung aller Nationen und Länder als heilig und unantastbar erklärte.

Nicht das Recht der polnischen Nation allein, sondern das Recht der ganzen Menschheit, das Recht auf das Leben eines jeden Menschen ist vom Fürsten v. Bülow und der preussischen Regierung mit Füßen getreten worden.

Fürst v. Bülow hat der ganzen Zivilisation, der ganzen Menschheit, die ein Recht haben, für ihr Eigentum einzutreten, für das Recht, das sie sich erkauft haben, indem sie ganze Ströme von Blut vergossen, eine Beleidigung ins Gesicht geworfen. Ein nach Millionen zählendes Volk soll aus seinem uralten Sitz verdrängt werden, ihm soll die Möglichkeit zum Leben und der Gebrauch der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen genommen werden.

Die Deutschen müßten sich der Gegenwart schämen, gerade sie, denen die Vergangenheit andere Überlieferungen hinterlassen, sie, die für die Freiheit auch so viele Opfer gebracht haben. Ob die zivilisierte Welt für ihr geistiges Eigentum, nach welchem die Banditenhand an der Spree langte, eintreten wird — das müssen wir abwarten. Wir aber, die wir direkt bedroht sind, müssen einen Ausdruck für unsere Meinung finden. Wir müssen auf den Raub reagieren, wir müssen uns verteidigen. So schlimm ist es noch nicht, wir sind noch nicht aller Mittel der Selbsthilfe bar.

Und sollten wir uns in Leinwandfittel kleiden: wir dürfen keine preussischen Erzeugnisse beziehen! Zu soviel Energie, zu soviel politischem Verstande müssen wir uns aufraffen.

Die polnischen Kaufleute müssen in dem Falle Hand in Hand mit der ganzen Nation gehen. Mögen sie beizeiten Mittel und Wege ausfindig machen, das ist ihre Pflicht.

Ferner, alle polnischen Vertretungen, von der polnischen Fraktion an bis zu der kleinsten Gemeindevertretung — alle in polnischer Hand befindlichen Anstalten, Korporationen und Vereine müssen laute Stimmen des Protestes gegen das Verbrechen erheben, welches an unserer Nation begangen werden soll.

Wir müssen endlich einmal bei richtigem Namen das Verhalten einer Nation nennen, die Polen wie eine giftige Schlange großgezogen hat. Soviel vorläufig. Dies wird für uns eine der dringlichsten und wichtigsten Angelegenheiten sein, mit der wir und alle Kreise der polnischen Bevölkerung sich befassen werden.

Wir müssen uns hier zu einer solidaren Aktion aufraffen, ohne Rücksicht auf politische Fraktionen und Parteien, ohne Rücksicht auf Stände und Klassen.

Die Nation soll handeln; es geht um Polen....

Aus Nr. 559 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 30. November 1907:

Zum Boykott preussischer Waren.

Wir brachten gestern eine Aufforderung der *Rowa Reforma* zur Boykottierung der preussischen Waren. Derartige, von Blättern und in Volksversammlungen verkündete Aufforderungen wiederholen sich bei uns nach jeder brutalen Handlung des „befreundeten“ Nachbarn gegen unsere Brüder. Da diese Handlungen sich so oft wiederholen, denn sie bilden eine ununterbrochene Kette, so wiederholt sich auch fortwährend die Losung: fort mit der preussischen Ware! Dies geschieht so oft, daß es schließlich auf uns und auf die, für die es eine Warnung sein soll, zu wirken aufhört.

Und doch wissen wir recht wohl, daß diese Losung kein leerer Ton sein sollte, daß ein derartiger Boykott

eines der kräftigsten Mittel unseres Kampfes mit dem kreuzritterlichen Hochmut und der kreuzritterlichen Begehrlichkeit sein müßte. Die preussische Regierung kämpft gegen uns in erster Linie mit Geld, bewilligt Millionen zum Ankauf polnischen Grundes und Bodens und zur Förderung des Deutschtums in der Provinz Posen. Diese Geldmittel liefert ihr die preussische Gesellschaft. Diese muß also an dem Geldbeutel gefaßt werden. Wenn der preussische Bürger sehen wird, daß ihm der Kampf mit uns die Taschen leer macht, wird er aufhören, der Regierung gegenüber so freigebig zu sein und bei der Bewilligung neuer Steuern gegen das Polentum schwankend werden.

Die Tätigkeit muß aber im großen Maßstabe betrieben und konsequent durchgeführt werden. Nicht nur Galizien, sondern auch das Königreich muß sich daran beteiligen.

Eine nicht organisierte Aktion kann jedoch keine planmäßige und konsequente, sie kann nur eine augenblickliche Regung ohne ernstere Folgen sein. Wir müssen uns darüber klar werden, daß sie nicht so leicht durchführbar ist. In erster Linie hängt sie von den Kaufleuten ab.

Für die Kaufleute aber ist das nicht so leicht, mit den preussischen Firmen zu brechen. Dies könnte für manchen der Ruin sein. Der Kaufmann bezieht seine Ware von dort, wo er die besten Bedingungen hinsichtlich des Preises und des Kredits hat. Unsere Kaufmannschaft lebt meist von Kredit, sie ist durch ihn mit den Lieferanten verbunden. Wenn also von ihr gefordert wird, daß sie mit den preussischen Firmen bricht, so muß ihr bei der Erkämpfung anderer Kreditverhältnisse geholfen werden, sie muß vor der Rache preussischer Gläubiger geschützt werden. Jeder Kaufmann geht seine gebahnten Wege und ändert sie ungern, betritt ungern neue, unsichere Bahnen. Auch hier müssen wir ihm helfen, müssen ihm andere, gleich gute oder bessere Quellen weisen, als er bisher hatte. Der Boykott preussischer Erzeugnisse kann sich deshalb nicht darauf beschränken, eine Losung zu erlassen, er kann auch nicht mit der Ausübung eines Druckes der öffentlichen Meinung auf die Kaufleute enden. Er muß zusammen mit ihnen erfochten werden.

Die bürgerlichen Faktoren müßten vor allen Dingen sich mit den Interessenten ins Einvernehmen setzen, also mit den industriellen Handelskammern, mit den kaufmännischen und industriellen Vereinen, sowie mit allen Vereinen, die mit diesen Kreisen in engerer Verbindung stehen.

Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Kaufmannschaft auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen wird, wir können jedoch nicht von ihr verlangen, daß sie Opfer bringt. Sie ist zu schwach und zu belastet, als daß sie sie bringen könnte, wir würden übrigens der Sache nicht nützen, wenn wir, um unsere Rechte und unsere Existenz kämpfend, uns selbst ruinierten, um den Feind zu schwächen. Einen derartigen Kampf würden wir nicht lange aushalten, denn der Feind ist stärker.

Wir müssen uns auch darüber Rechenschaft ablegen, daß wir durch unsere eigenen Erzeugnisse nicht die preussischen ersetzen können. Wenn wir mit den Preußen abbrechen, müssen wir uns nach anderen entsprechenden Lieferanten umsehen; finden wir sie nicht unter uns zuzugenden Bedingungen in Österreich, müssen wir sie anderswo suchen. Am nächsten liegt uns das Königreich Polen, wo die Industrie in vollster Entwicklung ist und wir vieles von dem, was wir aus Preußen beziehen, vorteilhaft erhalten können. Ferner haben wir das benachbarte Ungarn, dann Frankreich und England.

Wir können jedoch von einem Kaufmann nicht verlangen, daß er sich selbst diese neuen Wege suche. Wir müssen ihm dabei behilflich sein.

Wenn also die Lösung: „kaufen wir nicht von den Preußen“ von Erfolg gekrönt sein soll, so muß sie in eine planmäßige und organisierte Aktion gefaßt sein, die in erster Linie die interessierten Kreise, die Kaufleute und Industriellen, in sich schließt, die aus Preußen teils fertige Erzeugnisse, teils Halbfabrikate beziehen. Eine gleiche Aktion muß im Königreich durchgeführt werden.

Wir können von vornherein sicher sein, daß die Tätigkeit nach dieser Richtung hin auf Unterstützung der österreichischen Industriekreise rechnen darf, denen doch die Beseitigung des preußischen Wettbewerbes auf galizischem Boden oder dem des Königreichs nicht gleichgültig sein kann.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sich hier im Lande Leute und Anstalten finden werden, welche die Aktion nach dieser Richtung hin unternehmen und mit Erfolg durchführen werden.

Aus Nr. 335 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 4. Dezember 1907:

Der Boykott der deutschen Waren.

Die Boykottbewegung gegen die deutschen Waren hat auch unter den Bauern begonnen. Die landwirtschaftlichen Vereine im Königreich Polen haben bereits begonnen, an die landwirtschaftlichen Syndikate ihre Beschlüsse zu senden, die dahin lauten, landwirtschaftliche Waren, Maschinen, landwirtschaftliche Geräte und schließlich künstliche Dünger nicht mehr bei deutschen Fabrikanten zu kaufen. Gleiche Beschlüsse werden in Kürze die landwirtschaftlichen Bezirksvereine fassen.

Manche hiesige Besitzer von Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten, die diese Wendung der Sache vorausgesehen haben, haben sich bereits nach England begeben, um dort behufs Ankauf von Maschinen engere Verbindungen anzuknüpfen. Den Anfang in dieser Richtung hat die Firma Grodzki gemacht.

Auch die Warschauer landwirtschaftliche Korporation, die ihre Direktoren behufs Ankauf von Maschinen ins Ausland delegiert hat, hat empfohlen, in Deutschland nur jene Waren zu kaufen, die man in anderen Staaten nicht bekommen kann.

Die Dampf- und Mähmaschinen kauft die Korporation in England und Amerika. Jene Maschinen, die man bisher in Deutschland gekauft hatte, will die Korporation von den Tschechen kaufen. Zu diesem Zwecke sind mit einigen tschechischen Fabrikanten bereits Verträge abgeschlossen worden. Man muß besonders hervorheben, daß zur Zusammenkunft der Direktoren der landwirtschaftlichen Syndikate auch die Vertreter deutscher und tschechischer Firmen in Warschau erschienen waren.

Bei der gemeinsamen Besprechung hielt der tschechische Fabrikant von Sämaschinen, Pracer, eine begeisterte Lobrede auf die polnische Kultur und besonders auf die Polska Macierz Szkolna, für die er eine bedeutende Summe spendete. Seinem Beispiele folgten auch die deutschen Fabrikanten und spendeten ebenfalls Gaben.

Aus Nr. 551 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 29. November 1907:

Auf um Hilfe.

(Eine Stimme aus der Provinz Posen).

Posen, den 27. November.

Im Bewußtsein der preußischen Staatsgewalt, alle Grundsätze des Rechts mit den Füßen tretend, hat am 26. d. Mts. der Reichskanzler Fürst v. Bülow an die versammelten Abgeordneten des preußischen

Landtages im Namen der Regierung eine Ansprache gehalten, in der er dem Landtage die Genehmigung der schändlichsten Rechtswidrigkeit den Polen gegenüber, des Enteignungsgesetzes, empfahl, welches für die Ausfuhr-Kommission ein Mittel zur Fortführung des Germanisierungswerkes sein soll. 350 Millionen sollen ihr, natürlich nur vorläufig, zur Verwirklichung ihrer Bestrebungen dienen. Das Haus hat in seiner Mehrheit die Ausführungen des Reichskanzlers fast mit allgemeinem Beifall aufgenommen, wodurch das Los des neuen Gesetzes beinahe entschieden ist. Wir Polen im preußischen Anteil sind dieser Gewalttat gegenüber machtlos. Wenn überhaupt etwas hier ausschlaggebend und das Haus der Junker von der Genehmigung dieses Gesetzes abhalten könnte, so können dies nur das Königreich und Galizien bewirken.

Auf welche Weise?

Die ganze deutsche Landwirtschaft östlich von der Elbe nämlich wird heute von dem auswärtigen, vorwiegend aus Galizien und dem Königreich sich rekrutierenden Saisonarbeiter erhalten. Entziehen wir den preußischen Agrariern nur während einer Saison diesen Arbeiter und dies wird dem vollständigen finanziellen Ruin der preußischen Junker gleichkommen. Soweit werden sie es niemals kommen lassen, selbst nicht auf Kosten der Verwerfung der Regierungsvorlage. Während also unsere Abgeordneten in Berlin einen schweren Kampf mit der Mehrheit des Landtages führen werden, mögen ihnen alle Patrioten aus dem Königreich und aus Galizien zu Hilfe eilen und energisch für die Durchführung des Massenboykotts der preußischen Agrarier seitens des polnischen Saisonarbeiters Sorge tragen.

Das ist leicht zu sagen, schwieriger aber läßt sich die Sache in der Praxis durchführen. In dieser Hinsicht will ich folgende Fingerzeige geben:

1. Ich erlaube alle auswärtigen Blätter, meinen Hilferuf in ihren Spalten zu wiederholen.
2. Dem Volke ist mit Hilfe von Aufrufen und Massenversammlungen die Wichtigkeit des Boykotts der preußischen Agrarier klarzulegen.
3. Die ganze Auswanderungsbewegung müßten Nationalkomitees, in der Provinz Kreis- oder Gouvernementskomitees in die Hand nehmen, die sich einem Zentralkomitee unterstellen müssen.
4. Soweit tunlich, muß der Arbeiter in diesem Jahre zu Hause behalten und ihm von den Arbeitgeber ein höherer Verdienst gewährt werden, — da sich dies aber nicht ganz durchführen läßt, so muß die Auswanderungsbewegung nach solchen Gegenden gelenkt werden, deren Einwohner uns wohlwollender als die preußischen Junker gesinnt sind, insbesondere nach Dänemark, Hannover, Mecklenburg, Thüringen, Bayern, Westfalen und der Rheinprovinz.

5. Vor allen Dingen müssen natürlich die polnischen Landwirte und die gerechten Deutschen, aber nur diejenigen berücksichtigt werden, die unter ihrem Ehrenwort erklären, daß sie sich mit den Rechtswidrigkeiten der Regierung nicht einverstanden erklären. Wir werden sehen, was dann die Regierungsmamelucken, die so bereit sind, das polnische Element zu erdrücken und zu vernichten, anfangen werden. Seien wir nur in dieser Sache solidarisch und schlagen wir beizeiten an der „Taten Stahl“ an, denn die preußische Regierung spaltet sich sehr mit der Durchführung des Enteignungsgesetzes.

Zu Hilfe, Landsleute! Folget der aus dem Lande der Gewalttat und der Rechtswidrigkeit kommenden Stimme, der ihr entgegenarbeiten könnt.

Ein Pole aus der Provinz Posen.

Aus Nr. 335 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 4. Dezember 1907:

Ein Italiener über die Angelegenheit im Posenschen.

Der bekannte Posener Schriftsteller Fr. Morawski hat in dem letzten Hefte des Przegłond powojenny eine interessante Erzählung des Großindustriellen Amadeo L. veröffentlicht, der mit großer Begeisterung für die preussische Kultur und Politik nach Posen gekommen war, die Provinz Posen nach einigen Wochen mit **Verachtung für die Preußen und mit dem Glauben an den polnischen Sieg verlassen hat.**

Besonders interessant sind die Absätze über die Ansiedelungskommission, über das Steigen der Bodenpreise und über die eventuellen Folgen des Enteignungsgesetzes. Auf Grund der eingezogenen Informationen und der eigenen Erfahrungen kam der Italiener schließlich zu der Schlussfolgerung, daß die falsche Politik der Deutschen sie noch weiter auf den abschüssigen Weg führen würde. Die Enteignung des polnischen Adels würde zwischen der Regierung und der Volksgemeinschaft einen unüberbrückbaren Abgrund öffnen. Die nationale Sache würde ein sozialistisches Gepräge bekommen und sie würde in doppelter Beziehung bedrohlich werden.

Die polnische Bevölkerung würde aus politischen Gründen die Sozialisten unterstützen und sie dadurch ungeheuer kräftigen. Hierdurch würde die Lage der höheren deutschen Volksschichten geradezu unerträglich werden.

Man wird damit beginnen, die Bauern zu enteignen, was jedoch nicht gelingen wird. Dieser und jener wird mit der Axt in der Hand vor der Schwelle seines Hauses stehen. Nach einigen derartigen Versuchen wird sich die Regierung damit begnügen, Geldstrafen zu verhängen und die widerspenstigen Gemeinden zu verfolgen. Es werden Schulstreiks und landwirtschaftliche Streiks ausbrechen, denen Strafen, Gefängnis und erbitterte Verhältnisse folgen werden. Die Preußen werden sich in ihrem Lande ein zweites Irland schaffen, das aber größer und gefährlicher als jenes sein wird. Und inzwischen wird sich Europa die schwache Seite Preußens immer genauer ansehen. Diese letztere wird in den internationalen Kombinationen eine um so größere Rolle spielen, je bedeutender ihr Einfluß auf die innern Verhältnisse Deutschlands ist. Alle unzufriedenen Elemente im Reiche werden dreist werden, wenn sie die Sorgen sehen, mit denen die preussische Regierung auf dem östlichen Flügel zu kämpfen hat. Es werden auch die andern gleichfalls fremden Lande von neuem aufflammen. In der unbefiegbaren germanischen Festung werden sich Risse und Sprünge zeigen. Der Separatismus der Süddeutschen wird sich in den Herzen der Bayern und Württemberger wieder zu verbreiten beginnen. Die preussische Widerstandskraft wird geringer werden, und grade diese Widerstandskraft ist Preußen durchaus notwendig, da es ein Staat ist, dessen Ansehen in der Welt nur darauf beruht, daß ihn heute alle fürchten. Schlecht wird es ihm gehen, wenn die Furcht geringer werden wird.

Und als der Italiener, den seine Geschäfte nach Rußland riefen, Posen verließ, rief er aus dem Eisenbahnwagen seinen zur Verabschiedung erschienenen polnischen Bekannten die charakteristischen Worte zu:

„Kerxes geißelte das Meer, und das Meer ließ sich geißeln. Heute gibt es keinen Kerxes, und der Hellepont ist der Hellepont.“

Lector.

Aus Nr. 336 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 5. Dezember 1907:

Der Boykott der deutschen Waren.

Von Herrn A. Wodniakowski erhalten wir nachstehenden Brief:

„Ich bitte Sie ergebenst um gütigen Abdruck meiner Antwort, die ich auf einer Postkarte einer Berliner Firma erteilt habe, damit sie zur Kenntnis aller polnischen Kaufleute im Lande kommt, die wahrscheinlich Offerten unserer an der Spree wohnenden Feinde erhalten haben oder solche noch immer erhalten.“

Ich bitte alle polnischen Zeitungen um Abdruck des nachstehenden Briefes:

„Auf Ihre mir gemachte Offerte, ein Adreßbuch der Berliner Exportfirmen zu kaufen, teile ich Ihnen mit, daß ich von dieser Offerte keinen Gebrauch machen werde, weil sowohl ich, als auch alle polnischen Kaufleute in Warschau und im Königreiche in Zukunft keine Waren aus Preußen und besonders aus Berlin beziehen werden. Der Grund unseres Verhaltens ist das skandalöse antipolnische Enteignungsgesetz, das dem preussischen Abgeordnetenhaus zur Beratung zugegangen ist. Mit einer derart unzivilisierten Nation wollen wir in Zukunft keine Beziehungen haben.“

A. Wodniakowski.

Aus Nr. 278 des Czas (Kraukau)
vom 3. Dezember 1907:

Demonstrationen.

Die preussischen Gesetzesvorlagen haben in der ganzen polnischen Gesellschaft Proteste hervorgerufen. Die Verletzung der Zivilisation durch die Enteignungsgesetze und die Vereinsgesetzworlage ist eine so große, daß sie sogar andere Nationen mitempfunden haben und gegen die Rechtswidrigkeit und das Unrecht aufgetreten sind. Die weiteren Tatsachen werden zeigen, welche Bedeutung die Debatten in dem österreichischen Reichsrat haben werden; bei dem jetzigen Stande der Dinge stellen sie sich als eine Negung des Widerstandes und des Protestes gegen den der Zivilisation schandbringenden Kampf mit unserer Nation dar.

Die zivilisierte Welt hat denn auch die Beratungen in dem österreichischen Parlamente nicht anders aufgefaßt und wird auch jede ernste Rundgebung unserer Gefühle und jede ernste Beschwerde über die gegen uns gerichtete Verfügung nicht anders verstehen. Später erst, nach den Tatsachen, wird man beurteilen können, ob der von der Wiener Kammer gewählte Weg vom Standpunkte der praktischen Politik aus ein geeigneter war; wie immer das Urteil auch lauten möge, Ansehen und Kraft kann man ihm nicht absprechen.

Von den Lemberger Demonstrationen können wir das nicht behaupten. Mit dem Augenblick, wo sich die Sache auf der Straße abspielte, entschlüppte sie gleichzeitig den Händen der leitenden Faktoren und beschritt eine Bahn, auf der die Folgen nicht vorauszusehen sind. Es läßt sich heute auch nicht mehr feststellen, wer der Urheber der sonntäglichen Straßenkrawalle in der Nähe der Konsulats und vor dem Hotel Georges war. Wir wollen gern glauben, daß die Straßenzugend die sich anbietende Gelegenheit benutzt hat, wie sie von jeder anderen Gelegenheit Gebrauch gemacht hätte, um ihren Trieben freien Lauf zu lassen. Hierin steckt aber eben das Übel. Die Leute, welche die Massen zu Worte kommen lassen, sind nicht im-

stände, sie zu beherrschen, wodurch sie die Sache, der sie nur gut dienen wollen, der Gefahr aussetzen.

Das Zetergeschrei gegen das preußische Konsulat ist überdies ein Bruch der internationalen Gebräuche, und somit ein Bruch der Rechte, welche von der Zivilisation diktiert werden. Wie können wir uns da auf die Gebote der Zivilisation berufen, wenn wir sie selbst anderswo nicht beachten?

Die Lemberger Straßenausbreitungen müssen denn auch ein tiefes Bedauern hervorrufen. An sich selbst tadelnswert, können sie der Sache nur schaden. Die Warnungstimmen, gerichtet gegen die Leute, welche in unvorsichtiger Weise unsere teuersten Sachen in die Volksversammlungen hineintragen, die sie nicht beherrschen können und nicht zu leiten verstehen, dürften nicht ohne Folgen bleiben. Die Schwäche der demokratischen Redensart tritt hier grell in die Erscheinung; wir sagen: der Redensart, denn diesem Appell an die Massen entspricht nicht die wirkliche Macht. Die Volksmenge lenkt die „Anführer“ und nicht die Anführer lenken die Volksmenge.

Aus Nr. 565 des *Stowo Polskie* (Lemberg)
vom 4. Dezember 1907:

Gegen die preußischen Gewalttaten.

Der Stanislawer Kreisausschuß hat an die polnische Fraktion in Wien das nachstehende Telegramm gesandt:

„Die himmelschreiende kreuzritterliche Gesetzesvorlage, betreffs der Enteignung und Entnationalisierung unserer großpolnischen Brüder, hat in den Herzen der Einwohner unseres Kreises die größte Entrüstung und das tiefste Beileid hervorgerufen. Das Kreisausschußkomitee, diese Gefühle zum Ausdruck bringend, übersendet zu Händen der polnischen Fraktion einen feierlichen Protest gegen das gegen unsere Nation beabsichtigte Unrecht und drückt gleichzeitig der polnischen Fraktion für deren tapfere Stellungnahme seine herzlichste Anerkennung aus, mit der dringenden Aufforderung zur Fortführung des Kampfes, der früher oder später mit unserem Siege enden muß, denn die Gerechtigkeit muß in einer zivilisierten Gesellschaft siegen.“

Ein ähnliches Telegramm wurde auch an die polnische Fraktion in Berlin abgesandt.

Die am 2. Dezember d. J. unter dem Voritze des Dr. Grabowski in Jaroslaw tagende Stadtverordnetenversammlung hat bei der Nachricht von der beabsichtigten Enteignung der polnischen Gesellschaft seitens der preußischen Regierung einmütig den nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem von der ganzen Vertretung der polnischen Nation in dem österreichischen Abgeordnetenhaus erhobenen Proteste gegen die barbarischen, der Menschheit hohnsprechenden, im preußischen Landtage eingebrachten Gesetzesvorlagen an, die da bezwecken, unserer Nation die teuersten Güter, nämlich den Grund und Boden sowie die Muttersprache im öffentlichen Leben zu entreißen. Die Stadtverordnetenversammlung solidarisiert sich mit dem Bruchteil der polnischen Nation im preußischen Anteil in ihrer Arbeit und ihrem Kampfe um die Erhaltung der nationalen Existenz. Sie erteilt dem Stadtpräsidenten die Vollmacht, den polnischen Fraktionen in Wien und in Berlin diesen Beschluß mitzuteilen und schließt die weiteren Beratungen, um dadurch ihr Beileid zum Ausdruck zu bringen.“

Aus Nr. 565 des *Stowo Polskie* (Lemberg)
vom 4. Dezember 1907:

Gegen die preußischen Gewalttaten.

Aus Jaslo wird uns geschrieben: Am 1. Dezember hat eine von der industriellen Hilfsliga einberufene Versammlung stattgefunden. In dem überfüllten Sokolskaale hielt Oljzewski einen Vortrag über den Stand der Landesindustrie. Nach dem Vortrage fand eine lebhafteste Besprechung statt, worauf die Versammelten, zwecks Reorganisation des bereits in Jaslo bestehenden industriellen Hilfsvereins, ein vorläufiges Komitee wählten.

Auf Antrag des Versammlungsvorsitzenden Dr. Baranowski wurde durch Zuruf folgender Beschluß gefaßt:

„Die in der Industrieversammlung in Jaslo erschienenen Bürger der Stadt Jaslo drücken, indem sie sich mit dem Proteste gegen die seitens der preußischen Regierung eingebrachten antipolnischen Gesetze solidarisch erklären, ihren im preußischen Anteil wohnenden Brüdern ihr herzlichstes Beileid, überdies den Bedrückern ihre Entrüstung und Verachtung aus. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Förderung der Landesproduktion und die Bekämpfung der fremden Industrie, insbesondere der preußischen, eine Bürger- und Nationalpflicht sei.“ —

Aus Nr. 569 des *Dziennik Polski* (Lemberg)
vom 5. Dezember 1907:

Der Dreibund

Ist der Pfahl im Fleische der österreichischen Monarchie, der sie wirtschaftlich ruiniert, indem er sie zu übermäßigen Rüstungen, nicht im eigenen Interesse, sondern in dem des Nachbarn zwingt, der, wie dies Bismarcks auf Gegenseitigkeit beruhende Bündnis mit Rußland bewies, eine durch und durch selbstsüchtige, in hohem Maße den Interessen Österreich-Ungarns widersprechende Politik betreibt. Dank dem Dreibund gewannen die Deutschen in ihrem „Drange nach Osten“ eine friedliche und wirtschaftliche Unterlage; sie machen sich die Balkanstaaten, vor allem die Türkei und Klein-Asien, unterwürfig, indem sie aus diesen Gebieten das Kapital und aus Österreich-Ungarn Industrie und Handel verdrängen. In letzter Zeit nahm der Drang der Deutschen nach dem Osten einen geradezu erschreckenden Umfang an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Deutschen in dem wirtschaftlichen Streite zwischen Serbien und Österreich-Ungarn eine mehr denn scheinheilige Rolle spielten und ihr Appetit auf die Beherrschung des Adriatischen Meeres durch das geschwächte oder vernichtete Österreich ist eine bekannte und besprochene Sache. Ferner steht es fest, daß die deutschen Intrigen bis nach Ungarn hineingreifen und daß sie dort einen fruchtbaren Boden fanden, um so fruchtbarer, als sie sich in der gegen die Nationalitäten gerichteten Politik auf eine und dieselbe Ethik stützen.

So wirkt also sowohl im Bereiche der äußeren, als auch der inneren Politik der preußische Einfluß schädlich und zersetzend und es ist für die Monarchie selbst erforderlich, daß sie sich von diesen Einflüssen befreie und sich im Geiste eigener Begriffe und Bedürfnisse entwickle. Wir wollen nicht leugnen, daß es eine Zeit gegeben hat, in der der Dreibund für Österreich-Ungarn nötig und sogar für Europa gut gewesen ist; so lange das absolutistisch regierte Rußland ein Schrecken für Europa war, so lange konnte man das Bündnis verstehen.

Heute jedoch kann Rußland für längere Zeit Österreich-Ungarn nicht gefährlich werden, der russisch-

österreichische Vertrag in den Balkanfragen erwies sich als praktisch und lebensfähig. Es liegt auch nicht im Interesse Rußlands, in den Balkanstaaten Unruhen hervorzurufen, der politische Horizont ist von dieser Seite ganz klar. Angesichts dessen ist jetzt der günstigste Augenblick, um mit der auf den Dreibund gestützten Politik abzurechnen und sich dem Bündnisse der Westmächte anzuschließen, die Österreich-Ungarn mit offenen Armen aufnehmen werden. Also nicht nur unser selbstsüchtiges Interesse, sondern auch die Rücksicht auf die Staatsstellung Österreich-Ungarns läßt uns mit ganzer Energie den Dreibund bekämpfen und ein Losreißen der Monarchie von den Berliner Einflüssen verlangen. In diesem Bestreben werden wir die vollste Unterstützung nicht nur unter unseren Stammesgenossen, sondern auch unter den Vertretern der romanischen Rasse finden. Die vorgestrige Konferenz der slavisch-romanischen Abgeordneten ist eine bedeutungsvolle und äußerst erfreuliche Tatsache. Sie ist eine vernünftig aufgefaßte Erscheinung nicht nur der slawischen Solidarität, sondern auch derjenigen der Zivilisation gegen die deutsche Barbarei der Neuzeit. Es ist dies der erste Schritt auf dem großen, Epoche machenden Weg. Bei dem Werke der inneren Neugestaltung Österreichs spielte die polnische Vertretung die erste Rolle; die Polen übten einen mächtigen, sogar einen entscheidenden Einfluß auf die finanzielle Wiedergeburt Österreichs; heute öffnet sich den Polen ein neues Feld der Umgestaltung der äußeren Politik der Monarchie und ihrer Befreiung von der demütigenden Abhängigkeit von Berlin. Von der polnischen Vertretung hängt es zum großen Teil ab, ob es geschehen wird!

Aus Nr. 333 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 2. Dezember 1907:

Vorwärts zum preussischen Konsulat.

Die Proteste, die die Polenfraktion in Wien erhoben hat, die Proteste, die die Stadtverordneten der Städte Lemberg und Krakau erhoben haben, die Proteste, die sicher auch die Stadtverordneten aller andern Städte und alle autonomen Institutionen gegen die barbarische Vergewaltigung im Posenschen erheben werden — sind sicher der Ausdruck der Meinung der ganzen polnischen Volksgesamtheit, aber sie haben noch nicht die ganze berechnete Entrüstung zum Ausdruck gebracht. Für sie gibt es keine Worte, die kräftig genug wären. Die Jüngeren und Älteren haben sich also von ihrer Entrüstung fortreißen lassen.

Am 29. November wurde am Abend in der Straße des 29. November zum Andenken an den historischen Jahrestag eine feierliche Versammlung abgehalten. Es versammelte sich eine große Menschenmenge. Nach der Feier machte sich die Jugend bemerkbar und zog singend vor das Rathaus, wo einige begeisterte Ansprachen gehalten und auf den Stadtrat, wegen dessen Verhaltens gegenüber der neuen kreuzzitterlichen Gewalttat, Hochrufe ausgebracht wurden. Dann schrie jemand: „Zum preussischen Konsulat!“ Die schon entflammte und erhitzte Jugend setzte sich in Bewegung. Das preussische Konsulat befindet sich in der stillen Mochnackistraße, die sich von der Universität nach der Zitadelle hinzieht und hauptsächlich mit Villen bebaut ist. Nach den denkwürdigen Demonstrationen vor dem deutschen Konsulat, die vor zwei Jahren stattfanden, ist es dorthin verlegt worden. Es hat sich mitten in Gärten, hinter hohen Mauern, die es von der Straße abschließen, versteckt. Der dem Konsulat zueilenden Jugend vertrat indessen die Polizei den Weg. Die Jugend gehorchte nicht der Aufforderung der Polizei zum Auseinander-

gehen und es kam schließlich zum Zusammenstoß, bei dem ein Akademiker durch den Säbelstich eines Polizisten an der Hand verletzt wurde. **Schade um jeden Tropfen polnischen Blutes, der unnötig vergossen ist.** Solche Demonstrationen können dadurch entschuldigt werden, daß sie der Ausbruch des Temperaments sind, unnötig sind sie aber auf jeden Fall.

Der gestrige Tropfen Blut hat indessen die Aufregung der Gemüter nicht besänftigt. Das Gegenteil war der Fall. Heute gegen 8 Uhr abends versammelte sich wiederum die Jugend, hauptsächlich junge Gymnasiasten, und zog wieder zum deutschen Konsulat. An der Biegung der Mochnackistraße wurden aber Stimmen laut, daß der deutsche Konsul im Hotel George wohne. Die Jugend zog also dorthin und schrie einige Male: „Schande den Preußen“. Beim Weiterziehen sang sie den Dombrowskimarsh. Bevor die Polizei, die das Konsulat umgab, sich orientiert hatte und herbeigeeilt war, war die Jugend schon wieder weit fort. Es ist so auch besser gewesen. Ähnliche Demonstrationen sind morgen, übermorgen und später zu erwarten.

Morgen nachmittag findet im Rathaus eine öffentliche Versammlung statt, in der die preussischen Gewalttaten behandelt werden sollen. Nach dieser Versammlung werden sicher wieder Demonstrationen versucht werden.

Der überlegende Teil der Volksgesamtheit denkt inzwischen an eine **systematische, planmäßige Aktion gegen das Preussentum durch Boykottieren der preussischen Industrie, durch Verjagen von polnischen Landarbeitern usw.** Ich werde mich glücklich fühlen, wenn ich an dieser Stelle von der Organisation einer solchen Aktion und deren Einimpfung werde Mitteilung machen können. Mwicz.

Aus Nr. 333 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 2. Dezember 1907:

Preßstimmen über das preussische Enteignungsprojekt.

(Bericht des polnischen Preßbureaus in Paris.)

Die ausländische Presse hat gegenüber dem preussischen Enteignungsprojekt eine ganz klare, unzweideutige Haltung eingenommen. Sie ist über alle Argumente der langen Rede des Reichskanzlers Bülow zur Tagesordnung übergegangen und hat sofort den wahren Charakter der Sache erkannt. In juristischer Beziehung ist das Projekt verfassungswidrig, im Hinblick auf die Zivilisation ist es barbarisch, in ethischer Beziehung ist es unmoralisch.

Nachstehend die hauptsächlichsten Stimmen der französischen Presse:

Das Echo de Paris (27. 11. 07) betont in seinen Ausführungen über die Landtagsitzung und die Rede Bülows die Weltbedeutung der neuen Phase des polnisch-preussischen Kampfes. Es sagt: „Der Kampf ist begonnen es kann sein, daß als Folge desselben Ereignisse eintreten, die ganz Europa und das Schicksal desselben betreffen.“

Le Siècle (27. 11. 07) greift hauptsächlich die Barbarei der preussischen Politik und die in der Rede Bülows ausgedrückten Grundsätze an: „Es wäre kein Wunder wenn der persische Schah, der türkische Sultan, oder ein afrikanischer Sultan solche Grundsätze aussprechen würden, das hat aber der erste preussische Minister gesagt, der Kanzler des deutschen Kaiserreichs, der Berater Wilhelms II., der davon überzeugt ist, daß ihm die göttliche Mission zuteil geworden ist, die Nationen auf den leichten und geraden Weg der Zivilisation zu führen.“

Das „Journal des Débats“ (28. XI.), eine wegen ihres sehr besonnenen Charakters bekannte Zeitung, schreibt (Artikel des Herrn M. Muzet):

„Der Reichskanzler Bülow hat sich auf Bismarck und Friedrich den Großen berufen; es ist dies eine alte Garde, zu der die preussischen Gesetzgeber ständig ihre Zuflucht nehmen, sobald sie eine schlechte Tat begehen wollen. Was schließlich Friedrich II. anbetrifft, so war dieser gekrönte Philosoph manchmal ein toleranter und menschlicher Herrscher, manchmal aber auch ein zynischer Räuber. Als er Schlesiens raubte, sagte er: „Nehmen wir es auf jeden Fall und dann werden sich schon Gelehrte finden, die uns Dokumente im Überflusse beschaffen werden, um unser Recht auf die Besetzung desselben nachweisen zu können.“ Hat gestern Fürst Bülow nicht gerade einem solchen Friedrich II. unbewußt geadelt?

Die sich aus der Geschichte ergebenden Lektionen sind manchmal schrecklich. Besonders fürchterlich ist die Lehre, die sich aus der innern Entwicklung Deutschlands ergibt. Einst glaubten viele Leute — und die Deutschen glauben immer noch — an die zivilisierende Rolle dieses Landes, oder wenigstens an den großen Anteil desselben beim Fortschritt der Freiheit und des Geistes der Toleranz. Frau von Staël, Ernst Renan und viele andere haben lange Zeit mehr oder weniger fest an diese Mission Deutschlands geglaubt.

Wer aber könnte sich heute gegenüber dem traurigen Anblick, den dieses Land mit einer Art boshafteu Vergnügens der ganzen Welt bietet, in dieser Beziehung noch der geringsten Täuschung hingeben? Die gestrige Rede Bülows kam durchaus nicht unerwartet, sie ist nur ein in der logischen Entwicklung sehr natürliches Moment.“ — Dieser Artikel trägt die Überschrift: „Das Ausnahmegezet gegen die Polen in Preußen.“

„Le Temps“, das Organ des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, hat in diesem Falle von seiner gewöhnlichen Zurückhaltung und Diplomatie Abstand genommen und hat in einem Leitartikel „Deutschland und Polen“ die Ausführungen und das Projekt des Reichskanzlers sehr entschieden angegriffen. Der Artikel beginnt mit folgenden Worten:

„Fürst Bülow hat gestern dem Landtage ein neues Gesetz vorgelegt, das die Germanisierung Polens herbeiführen soll. Wenn man Polen hätte germanisieren können, dann wäre es schon längst germanisiert worden. Dies aber konnte man nicht, weil in einer patriotischen Nation die moralische Kraft stets über die materielle Kraft den Sieg davonträgt.

Der Kaiserott der Ansiedlungskommission hat den Reichskanzler zur Einbringung eines neuen Projekts veranlaßt, das in politischer und juristischer Hinsicht ein wahres Monstrum ist. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich die Mitglieder des Abgeordnetenhauses über den nicht normalen und ungerechten Charakter der neuen Forderungen klar geworden sind. Der Reichskanzler hat sich der dort eingerissenen Methode angepaßt, die Fortschritte der Germanisation gerade dann zu rühmen, wenn man durch das Fordern neuer Waffen zugibt, daß die Erfolge mäßige oder gar nicht vorhanden sind. Wie viele für die preussische Politik erfreuliche Neuigkeiten hat Fürst Bülow aufgezählt!

Und es ist wirklich erstaunlich, daß man Ausnahmegezetze verlangt, trotzdem alles so gut geht. Wir beabsichtigen durchaus nicht, auf alle Widersprüche in der Beweisführung des Reichskanzlers einzugehen. Seine Worte (daß man nur manche Güter mit Hilfe einer Kommission, die das Land kennt, enteignen würde), beantworteten die polnischen Abgeordneten mit Gelächter; sie erhoben dann auch zugleich lauten Protest. Sowohl das Gelächter, als auch die Proteste sind gerechtfertigt. Die Schlussforderung des Reichskanzlers beweist

schließlich, daß man sich sehr irren würde, wenn man seinem Versprechen, sich zu mäßigen, irgend welche Bedeutung beilegen würde. Er sagte nämlich, die Geschichte verdamme die Anschauung, daß der Weg des Wohlwollens und der Ausöhnung der richtigste zur Beruhigung Polens wäre. Es ist dies eine Politik, die nicht einmal der Erfolg entschuldigt. Die Regierung, die sich auf eine derartige Politik stützt, setzt sich der Gefahr aus, daß sie immer mehr in Mißkredit gerät, oder, wie der Berliner sagt, sich immer mehr blamiert. Und welche Ergebnisse wird sie haben? — Das wird uns die Zukunft lehren.

Außerdem erinnern Le Temps und Journal des Débats gleichzeitig an die Schulfrage und zwar an der Hand einer Broschüre, die von dem Pariser Bureau des Nationalrates herausgegeben ist. Sie schreiben:

„Gewiß wird auch die schändliche Verfolgung der Schulkinder fort dauern, die das französische Publikum aus der Broschüre kennen gelernt hat, die auf Veranlassung der pädagogischen Vereine in Warschau und Lemberg herausgegeben ist. Die Broschüre enthält Beweismaterial, das eine Diskussion völlig ausschließt.

Von den belgischen Zeitungen liegt uns die Ansicht einer Zeitung aus Brüssel vor:

„Etoile Belge“ (26. Nov.) schreibt noch vor der Versammlung des Landtages:

„Das, was die preussische Regierung vorzulegen beabsichtigt, ist ein schweres Ausnahmegezet, es ist auch eine Vergewaltigung der Verpflichtungen, die man einstmals den Polen gegenüber übernommen hat, zugleich ist es eine Vergewaltigung des Besitzrechts, dieses Hauptgrundgesetzes unserer gegenwärtigen sozialen Ordnung.“

Das „Journal de Genève“ das bekanntlich in der europäischen Presse eine hervorragende Stellung einnimmt, veröffentlicht in Nr. 326 (28. Nov.) einen Leitartikel „Die Enteignung der Polen“. In diesem Artikel heißt es:

„Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, von den Polen, die verkaufen wollen, Land zu kaufen, sondern geradezu um eine Enteignung nach den vom Staate bestimmten Grundsätzen. Man wird den Polen sagen: „Hinaus mit euch, dieses Haus, das von eurer Familie Jahrhunderte hindurch bewohnt worden ist, dieses Feld, das eure Vorfahren urbar gemacht haben, gehört euch nicht mehr; hier ist Geld, aber nun macht auch, daß ihr hinauskommt!“

Und dann wird man an den Herd, den die polnische Familie verlassen mußte, die Familie deutscher Ansiedler setzen.

Das Vorgehen der preussischen Regierung ist eigenmächtig und tyrannisch.

Man vergewaltigt nicht die Sprache einer Nation, die die Seele und die Gedanken derselben zum Ausdruck bringt, man vertreibt nicht die Leute, nicht einmal gegen eine Entschädigung an Geld, von Hof und Haus. Hier kann von Staatsraison und staatlichem Interesse keine Rede sein. Es hat sich in der Geschichte noch kein Fall ereignet, der die große Wahrheit, die einst von dem Genfer Jakob Necker ausgesprochen wurde, Lügen gestraft hätte: die Gerechtigkeit widerspricht niemals den Interessen des Staates und das System des Staates widerspricht niemals der Gerechtigkeit.

Aus Nr. 334 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 3. Dezember 1907:

Depeſchen an Dr. Kramarz.

An Dr. Kramarz in Wien ſind folgende Tele-
gramme geſandt worden:

Den Ausdruck höchſter Achtung überſenden
dem Initiator des Protesſtes gegen die preußiſchen
Gewalttaten

die Beamten der Warſchauer Diskontobank.

Der Vorſtand des Arbeitervereins „Dziwno“
in Warſchau ſendet im Namen von 3000 Mit-
gliedern Ausdrücke der Hochachtung für das Aus-
ſprechen des Protesſtes gegen die unſerer Nation
angetanen Gewalttaten.

Euch und allen Vertretern der verbrüder-
ten Nationen danken wir für das Mitgefühl und für
die Protesſte, die ihr zur Verteidigung der vom
Hakatismus in barbariſcher Weiſe gequälten Land-
leute erhoben habt, auſs herzlichſte.

Der Warſchauer Radfahrerverein.

Dem würdigen Verteidiger der bedrückten
brüderlichen Nation drücken ihre ehrliche Hoch-
achtung aus

die ehemaligen Schüler
der Handelſchule L. Kronenbergs.

Dem Initiator des Protesſtes gegen die preußi-
ſchen Gewalttaten: Na zdar!

Die Arbeiter der Güterſtation der
Warſchau-Wiener-Bahn.
(100 Unterſchriften.)

Aus Nr. 336 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 5. Dezember 1907
(Abendausgabe):

Telegramme an Dr. Kramarz.

Dem edlen Verdammer des preußiſchen Hakatismus
und allen Mitbrüdern ſendet Ausdrücke der Hoch-
achtung und Dankbarkeit

Der Verein der Angeſtellten in Warſchau.

Die Redaktion des Goniec Polski in Lublin hat
nachſtehendes Telegramm in tſchechiſcher Sprache geſandt:

„Die Redaktion des Goniec ſendet Ihnen aus
der uralten polniſchen Hauptſtadt Lublin Worte der
Achtung und herzlichſter Dankbarkeit für Ihren edlen
und energiſchen Protesſt gegen die neuprojektierten anti-
polniſchen Geſetze. Möchten doch die tſchechiſchen Ab-
geordneten möglichſt häufig in Eintracht mit den pol-
niſchen Abgeordneten zuſammengehen. Es leben die
Tſchechen! Wladislaus Stodolnicki.

Hohe Anerkennung drücken wir Ihnen und allen
jenen aus, die laut das laſterhafte Verhalten der
Preußen gegenüber unſern Brüdern verdammt haben.

Die Beamten des Kreditvereins in Warſchau.

Nehmen Sie unſern Dank für ihr edles Auftreten
im Wiener Reichsrate zum Schutze der Brudernation,
die auf eine in der Geſchichte unerhörte Art von der
preußiſchen Regierung bedrückt wird, entgegen.

Die Beamten
der Warſchauer Feuerverſicherungsgeſellſchaft.

Aus Nr. 335 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 4. Dezember 1907:

An Dr. Kramarz.

An Dr. Kramarz in Wien ſind folgende Tele-
gramme aus Warſchau geſandt worden:

„Dem edlen Urheber des Protesſtes gegen
die neuen Anſchläge des preußiſchen Hakatismus,
der die Schmach zweier Jahrhunderte iſt, ruſen
„Heil“ zu

Der Vorſtand und die Beamten
der Aktiengeſellſchaft Haberbuch u. Schiele
in Warſchau.

Die Angeſtellten der Kaſſe der Warſchauer
Induſtriellen ſandten nachſtehendes Telegramm in
tſchechiſcher Sprache:

Heil dir, du edler Sohn der brüderlichen
Nation und edler Menſch dafür, daß du als
Erſter den Gedanken gehabt haſt, gegen die
preußiſche Vergewaltigung der Polen zu proteſtieren.

Die Beamten
der Kaſſe der Warſchauer Induſtriellen.

Der Verein der polniſchen Kaufleute in
Warſchau überſendet dem wackeren Verteidiger
der Gefränkten Worte der Hochachtung und des
Dankes.

Der Vorſitzende.
Kiltnowicz.

Aus Nr. 334 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 3. Dezember 1907:

Weitere Protesſte und Demonſtrationen gegen die preußiſche Barbarei.

L e m b e r g, den 1. Dezember 1907.

Die Protesſte gegen den neuen preußiſchen An-
ſchlag auf das polniſche Eigentum mehrten ſich. Wie
uns telegraphiſch gemeldet wird, finden heute in einer
ſehr großen Anzahl von galiziſchen Städten und Städt-
chen Verſammlungen ſtatt, in denen Reſolutionen gegen
die preußiſche Barbarei gefaßt werden. Ebenſolche
Reſolutionen werden von den Stadträten und Gemeinde-
vorſtänden in beſonders hierzu einberufenen Sitzungen
gefaßt werden.

In Lemberg fand heute eine außerordentliche Ver-
ſammlung des Vereins polniſcher Journaliſten ſtatt,
in der nachſtehende Reſolution ohne Diskuſſion ange-
nommen wurde:

„Die außerordentliche Generalverſammlung des
Vereins polniſcher Journaliſten ſchließt ſich als Ver-
treterin des polniſchen Journaliſtentums im Lande,
dem Protesſt der ganzen polniſchen Volksgemeinſchaft
gegen den neuen Anſchlag der preußiſchen Regierung
auf die angeſtammten Menſchenrechte und die ewigen
Rechte der polniſchen Nation an. Sie drückt den pol-
niſchen Abgeordneten im Wiener Reichsrate ihre An-
erkennung für ihr mutiges und würdevolles Erfüllen
der nationalen Pflicht aus und dankt den Abgeordneten

der andern Nationalitäten, die zusammen mit unseren Abgeordneten die Stimme des Protestes gegen die Politik der Gewalttaten und Ungesetzlichkeiten erhoben haben, auf das allerherzlichste. Der in ihren heiligsten Rechten bedrohten polnischen Volksgesamtheit im preussischen Anteil übersendet sie durch Vermittelung der polnischen Fraktion den Ausdruck der Hochachtung für ihre bisherige wackere und unermüdliche Verteidigung der nationalen Existenz; sie ermuntert sie aufs dringendste, in diesem schweren Kampfe auszuharren, mit dem Glauben an den unfehlbaren Sieg der Gerechtigkeit über die brutale Übermacht.

Dann wurde beschlossen, über diese Sache ein Memorial auszuarbeiten und dieses der Weltpresse zur Benutzung zu überweisen.

Am Nachmittag fand heute in Lemberg eine öffentliche Versammlung im Rathhause statt, die infolge der neuen preussischen Gewalttat einberufen worden war. Diesmal waren alle Stände und Berufszweige der Volksgesamtheit vertreten, es waren ergaute, ernste Männer erschienen, es waren Jünglinge gekommen, es waren auch Damen anwesend. Der große Sitzungsaal im Rathause, in welchem sich die „Polonia“ von Stenka befindet, konnte nicht einmal einen Teil der Erschienenen fassen. Es wurde also flugs eine zweite Versammlung im kleinen Saale und eine dritte unter freiem Himmel auf dem Rathaushofe arrangiert. Trotzdem waren noch alle Vorhallen, Korridore, Treppenhäuser des ungeheuren dreistöckigen Gebäudes dicht mit Menschen gefüllt. Die Hauptversammlung im großen Rathausaale eröffnete ein Führer der Lemberger Bürgererschaft und dann hielt der Vize-Präsident der Stadt Dr. Rutowski das Referat. Es wurden noch einige hitzige, begeisterte Ansprachen gehalten, diktiert von der Entrüstung und der Verzweiflung. Die gleichen Reden wurden im kleinen Saale und im Rathaushofe gehalten, vielleicht noch hitziger, weil die Redner sich auf sie nicht vorbereitet hatten. Auf dem Rathaushofe brachte ein junger Sozialist, der der polnischen Nation die Erlösung durch die deutschen Sozialisten versprach, einen Miston in die Versammlung. Schließlich wurden in allen drei Versammlungen gleichlautende Resolutionen gefaßt, in denen die abscheulichen preussischen Absichten verdammt und den Polen im Posenischen Worte des Trostes gesandt wurden. **Gleichzeitig wurde die polnische Fraktion in Wien aufgefordert, gegen den Dreibund aufs schärfste zu opponieren.**

Nach der Versammlung bildeten die Jüngeren und Hitzigeren, ohne irgend eine Losung und ohne irgend welche Aufforderung erhalten zu haben, gleichsam als ob sich dies von selbst verstanden hätte, einen Zug und marschierten nach dem deutschen Konsulat. Der Tag war trübe und kalt, ein scharfer Wind fegte den Schnee durch die Straßen, aber diese 3000 Leute marschierten dennoch, Nationallieder singend, entblößten Hauptes weiter. Welche Ansicht man auch über die Zweckmäßigkeit einer solchen Demonstration haben kann, der Anblick war jedenfalls rührend.

Und wieder vertrat, ebenso wie es gestern der Fall gewesen war, die Polizei den Marschierenden den Weg. Sie war heute in solchen Massen konfigiert, daß fast die ganze Stadt von Polizisten entblößt war. Heute war aber der Andrang der Heranmarschierenden ein kräftiger und die Polizei wurde in die Mochnacki-Straße hineingedrängt. An der engsten Stelle der Straße sammelte sich die Polizei wieder und ließ den Zug nicht weiter vor. Es kam hierbei wie gewöhnlich zu einem halbständigen Wortgefechte zwischen dem Haufen und der Polizei. Hierbei bekamen die Verbündeten des deutschen Kaiserreichs und des Königreichs Preußen Epitheta zu hören, die nicht einmal die Helden des Homer gebraucht haben.

Unter den Klängen eines Nationalliedes begann man dann auseinanderzugehen.

Neue Versammlungen und neue Demonstrationen sind angekündigt.

Wlwiez.

Aus Nr. 334 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 3. Dezember 1907:

Bojkott der deutschen Waren.

Unabhängig von der Aktion, die den Zweck hat, eine Liga zur Unterstützung der heimischen Industrie zu bilden, worüber wir unlängst berichtet haben, haben unsere Kaufleute und Industriellen jetzt von selbst die deutschen Waren boykottiert.

Trotzdem seit Beginn dieser Aktion kaum einige Tage verstrichen sind, haben wir doch schon eine Reihe beachtenswerter Tatsachen zu vermerken.

An eine Engrossfirma, die unseren Markt mit Tuchfabrikaten ausländischer Fabriken versorgt, haben sich drei Warschauer Firmen mit, der Forderung gewandt, ihnen Preisverzeichnisse und Proben hiesiger, russischer und englischer Waren zuzusenden, da sie für die kommende Frühjahrssaison keine deutschen Waren aufzunehmen beabsichtigen.

Eine dieser Firmen, die vor einigen Tagen einer deutschen Fabrik einen Auftrag erteilt hat, hat sich jetzt an die Vermittlungsagentur mit der Mitteilung gewandt, daß sie die Bestellungsaktura nur dann bestätigen würde, wenn der deutsche Fabrikant 1% der Rechnung für irgend einen polnisch-nationalen Zweck bewilligen würde.

Eine Warschauer Firma für Damenkonfektion hat von den ausländischen Firmen verlangt, 1½% der von dieser Firma bezahlten Rechnungen für die Armen in Warschau zu spenden.

Gleichzeitig teilt man uns mit, daß eine Schar von Herren einen „antideutschen Bund“ zu gründen beabsichtigt. Die Mitglieder des Bundes verpflichten sich, keine deutschen Bäder zu besuchen, sofern es nur möglich ist, sie durch heimische, czechische, slowenische und alle andern zu ersetzen; sie verpflichten sich, keine deutschen Waren zu kaufen und lieber auf verschiedene Dinge zu verzichten, als das zu kaufen, was aus Deutschland stammt. Sie verpflichten sich, die Geschäfte dahin zu beeinflussen, ihre Waren aus anderen Quellen, zu beziehen, solche Quellen zu suchen und sie der breiteren Allgemeinheit bekannt zu geben. Sie verpflichten sich, jene Geschäfte zu unterstützen, die die Notwendigkeit fühlen und die Verpflichtung anerkennen, auf diese Art das unmenschliche Enteignungsgezet zu beantworten und ihre Waren aus heimischen, czechischen, französischen, englischen und skandinavischen Fabriken beziehen. Sie verpflichten sich, jene Geschäfte zu meiden, die Berlin treu bleiben werden.

Aus Nr. 334 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 3. Dezember 1907:

Die Presse über das preussische Enteignungsprojekt. (Bericht des polnischen Pressbureaus in Paris.)

Aus der englischen Presse.

Die englische Presse veröffentlicht über das Enteignungsprojekt sehr ausführliche Telegramme, die den Zweck haben, dieses Projekt sachlich darzustellen und über die Stimmung der Parteien zu berichten. Um so besser

kann man aus ihnen ersehen, daß England ganz von selbst begreift, daß es sich um eine verfassungswidrige und skandalöse Sache handelt.

Die Times (28. 11.) beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit in ihren Telegrammen aus Berlin und Wien. In dem Telegramm aus Berlin lesen wir:

„Es ist eine bezeichnende Sache, daß in Deutschland die Kritik der Verfassungswidrigkeit des Enteignungsgesetzes, das die Regierung verlangt, um der Ansiedelungskommission zu helfen, den technischen Schwierigkeiten, die sich aus dem Anwachsen der Ausgaben ergeben, untergeordnet ist. Das preussische Abgeordnetenhaus wird wohl diese Vorwürfe zurückweisen und alles mit dem sogenannten nationalen Vorteil begründen, wenn auch die Flucht zu den äußersten Mitteln praktisch der Bankrotterklärung gleich kommt.“

Das Wiener Telegramm der Times lautet:

„Die Rede des Fürsten Bülows im preussischen Abgeordnetenhaus über das Enteignungsgesetz (Polish expropriation Bill) hat in Österreich sehr großes Aufsehen hervorgerufen. Dieses Aufsehen darf man nicht dem Projekt allein zuschreiben, dem Projekt, das hier als skandalös angesehen wird, auch nicht der Rede des Kanzlers, in der man nur den verschämten Versuch sieht, sich hinter dem Grabeschatten des eisernen Kanzlers Bismarck zu verbergen, sondern hauptsächlich der Rücksicht auf die Folgen, die anlässlich der preussischen Polenpolitik die österreichische Monarchie und den Dreibund bedrohen. Daß die Polen des österreichischen Reiches über das Projekt des ungesetzlichen Verdrängens der Polen von der Erde, die häufig seit Jahrhunderten vom Vater auf den Sohn übergegangen ist, entrüstet sein müssen, ist eine natürliche Sache, aber die Politiker in Österreich-Ungarn würden auf ihre Entrüstung keine Rücksicht nehmen, wenn nicht das wäre, daß die Polen den Leitern der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik große Schwierigkeiten bereiten könnten. Wenn auch der Dreibund und besonders die österreichisch-deutsche Allianz unter den Polen in Österreich niemals populär war, so duldeten sie dieselbe dennoch als einen Teil der Politik des Staates. Der Umstand, daß Graf Goluchowski 11 Jahre Leiter der auswärtigen Politik war, wurde als Bürgschaft dafür angesehen, daß die Allianz mit den Deutschen nicht dazu dienen würde, den Preußen Freiheiten bei der Bedrückung der Polen zu sichern. Diese Situation änderte sich, als Baron Lehrenthal aus Steuer kam. Während der kommenden Session werden die Polen zur aktiven Opposition übergehen, falls der Minister der auswärtigen Angelegenheiten keine befriedigenden Zusicherungen darüber geben wird, daß das Enteignungsprojekt zurückgezogen wird. Eine derartige Zusicherung wird er aber schwerlich geben. Es ist eine aus vorzüglicher Quelle bestätigte Sache, daß Baron Lehrenthal selbst durch das Vorgehen Fürst Bülow's unangenehm überrascht worden ist. Unlängst soll er einem hervorragenden Polen die Zusicherung gegeben haben, daß das Projekt nicht vorgelegt werden würde. Er konnte dies tun, da man wußte, daß der österreichische Gesandte in Berlin, Herr von Szögheny-Marich, vom Fürsten Bülow selbst benachrichtigt worden war, daß die Regierung nicht beabsichtige, Enteignungspolitik zu treiben. Aber die Zusicherungen des Fürsten Bülow haben häufig das traurige Schicksal, daß die Tatsachen ihnen widersprechen. In jedem Falle ist die Rede des Fürsten Bülow ein schlechter Dienst für Baron Lehrenthal, der sich in der unangenehmen Lage befinden kann, einer starken und ihm feindlich gesinnten Koalition der Slawen gegenüber zu stehen, die infolge ihrer Majorität frei schalten und walten kann.

Aus Nr. 335 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 4. Dezember 1907:

Die nationale Verteidigung.

Es gibt auf der ganzen Erde keine polnische Seele, die dem beispiellosen Banditismus der preussischen Kreuzritter gleichgültig gegenüberstehen würde. Kinder und Greise, Männer und Frauen stöhnen vor Haß. Selbst jene, die noch unlängst die Begriffe „Vaterland und Patriotismus“ als überlebte Begriffe verfluchten, — ja selbst die polnischen Sozialisten — vereinten sich in dem ungeheuren Schrei des Protestes mit der ganzen Nation.

Und man begann in hitziger Art neue Wege für die nationale Verteidigung zu suchen. In Krakau und Lemberg, in Warschau und Wilna wurde nur die eine Frage aufgeworfen: Wie kann man eine erfolgreiche Waffe finden, um den großpolnischen Landen zu helfen, um die Deutschen zu überzeugen, daß man nicht ungestraft ein Volk, das 20 Millionen zählt, mit Füßen tritt?

In der galizischen und in der Warschauer Presse sind zwei Projekte bekannt gegeben worden, und zwar soll man die deutsche Industrie boykottieren und den deutschen Landwirten die polnischen Arbeiter aus dem Königreich Polen und aus Galizien, ohne die sich die deutsche Landwirtschaft nicht begeben kann, versagen.

Über das eine und das andere Projekt ist schon häufig gesprochen worden. Von dem einen und dem anderen Mittel wird beinahe immer dann gesprochen, wenn in der Banditenschmiede der preussischen Regierung neue Gesetze zum Untergange der Polen geschmiedet werden. Aber nach einigen Monaten patriotischer Deklamationen und leerer Drohungen verhalten allmählich die Papierschüsse und das einzige Resultat der antideutschen Aktion bilden eine Unzahl beschriebener Bogen. Sehen wir doch einmal der Wahrheit direkt in die Augen: Was ist von der lärmenden Agitation gegen die deutschen Wälder übrig geblieben? Was ist von der effektvollen Losung „Kaufen wir nicht bei Deutschen“ übrig geblieben? Wir besuchen auch weiterhin die Wälder, wir tragen Millionen nach Berlin und ganze Zehntausende von Sachsengängern, die wir im Lande behalten oder nach Schweden und Dänemark dirigieren müßten, graben bei deutschen Herren noch immer Rüben und Kartoffeln.

Unsere ganze antideutsche Bewegung bestand nur in Worten, zeitigte aber keine Taten. Wir haben allerdings der Bank Ziemski in Posen reichlich Geld gegeben, aber abgesehen hiervon waren alle großen Projekte ein Feuerwerk, das aufblitzte, die Augen blendete und erlosch, ohne etwas anders als angefohlte Raketenhüllen und Rauch zu hinterlassen.

Wir haben stets in der Leidenschaft gehandelt, stets unter dem Eindruck vorübergehender Gemütsbewegungen, aber es war bei uns nicht das mächtige, von dem Augenblick, von neuen Schiffen, von einer neuen preussischen Gewalttat unabhängige Bewußtsein vorhanden, daß der wirtschaftliche und politische Kampf mit dem Deutschtum einen grundsätzlichen Charakter haben muß, der unabhängig von dem stärken oder schwächen Anspannen der haktistischen Politik, hartnäckig und rücksichtslos ist. So war es und so ist es noch heute bei den Tschechen, und nur ein solcher Kampf führt zum Siege. Bei uns hat die Kriegstrompete nur die Melodie der Vergeltung, sie spielt ein Leitmotiv, das man mit den Worten ausdrücken kann: „Den Preußen zum Trotz.“ In diesem Ton liegt die Elektrizität des Zornes, es ist aber in ihm kein ernster politischer Gedanke enthalten, der stets und ständig der Seele der Nation die Überzeugung einflößen könnte, daß jede Gabe, sei es der polnische Groschen, sei es der Schweiß des

Arbeiters, die dem Schatz des Deutschtums gespendet wird, eine nationale Sünde ist, eine Dummheit, ein Selbstmord, ohne Rücksicht darauf, ob sie in dem betreffenden Augenblick an der Spree „Enteignung“ rufen, oder dies nicht tun. Solange unsere Bohnkotte der deutschen Waren und der Rübenfelder des preussischen Junkertums nur eine augenblickliche Emotion, nur Rache und der Widerhall der verletzten Gefühle sein werden und nicht das ständige Programm der nationalen Arbeit, solange das Bewußtsein der politischen Notwendigkeiten nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist, solange wird unsere ganze antideutsche Aktion nur die Rolle einer summenden Fliege spielen, die den Preußen höchstens für eine Stunde die Laune verdirbt, ihnen aber keinen weiteren Schaden zufügt, uns aber auch keinen Nutzen bringt.

Ich befürchte, daß auch die gegenwärtige Bewegung einen konvulsivischen Charakter haben und mit Tiraden der Zeitungen enden wird, die alle paar Jahre der deutschen Industrie den Krieg erklären.

Ich bin weit davon entfernt, die Propaganda der Presse leicht zu nehmen; denn ohne ihre Mithilfe kann von einer moralischen Atmosphäre, die zum wirtschaftlichen Kampfe mit dem Deutschtum unbedingt erforderlich ist, keine Rede sein. Meiner Meinung nach ist es aber jetzt die höchste Zeit, unser Parteigängerweisen in eine mächtige Kampforganisation umzugestalten. Man muß sich genau über die Situation orientieren und alle Chancen des projektierten Bohnkotts berechnen. Man muß eine Art von Zentralinstitut ins Leben rufen, das genau feststellen muß, in welchem Umfange das Verdrängen der deutschen Waren aus dem Königreiche und aus Galizien schon jetzt ausführbar ist; es muß genau die Wege zeigen, auf denen später das, was heute noch nicht ausführbar ist, sich durchführen läßt. Es ist jetzt Zeit mit dem Schreiben aufzuhören und sich an die praktische Arbeit zu machen. Meiner Meinung nach müßte mit dieser Tätigkeit der kaufmännisch-industrielle Kongreß beginnen, an dem die ganze polnische Industrie und der ganze polnische Kaufmannsstand teilnehmen werden. Es ist dies meiner Ansicht nach die entsprechendste Form, sich über das Organisieren einer großen solidarischen Aktion zu verständigen. Wir müssen schließlich erfahren, ab das, was die polnische Seele erstrebt, sofort zur Tat werden kann und in welchen Grenzen! Wir müssen aus dem Munde kompetenter Leute hören, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind und welche Bedingungen notwendig sind, um einen möglichst weitgehenden und erfolgreichen Bohnkott zu verhängen. Schließlich muß der Kongreß eine ganz Polen gemeinsame Institution schaffen, die den Kampf mit der deutschen Industrie systematisch leiten muß, die die Kontrolle über die ganze Aktion ausübt und dem polnischen Handelsstand und der polnischen Industrie auf jede mögliche Art und Weise die Erfüllung der nationalen Pflicht erleichtert.

Auf die gleiche Art muß man darauf hinarbeiten, **die Bewegung unter den Sachseingängern zu organisieren, um sie der Nation zu erhalten.** Es unterliegt keinem Zweifel, daß es, wenn es uns auch nur wenige Jahre hindurch gelingen würde, die Auswanderung polnischer Landarbeiter aus dem Königreiche und aus Galizien nach Deutschland zu verhindern, dies eine schwere Niederlage, ja möglicherweise sogar der Ruin der deutschen Landwirtschaft sein würde. Aber der Ausführung eines derartigen Planes stehen bedeutende Schwierigkeiten im Wege. Man muß entweder auf der Stelle Bedingungen schaffen, die die Sachsen-
gänger im Lande festhalten, was mit Rücksicht auf die hohen Löhne in Deutschland für den Augenblick fast unausführbar ist, oder man muß für unsere Arbeitskräfte andere Arbeitsmärkte auffuchen und die Sturmflut

der Saisonarbeiter dorthin dirigieren. Man muß schließlich **die Interessen der polnischen Landwirtschaft im Posenischen berücksichtigen, die ohne Saisonarbeiter ebenfalls nicht bestehen könnte** und im Falle des Einhaltens oder der Ablenkung der Saisonarbeiterbewegung ebenso zu leiden haben würde, wie die deutsche. Dies sind sehr gefährliche Komplikationen, die eine sehr vorsichtige Überlegung seitens der polnischen Agitation erfordern. Diese ganze Aktion, soweit ihre Durchführung überhaupt möglich ist, würde eine sehr gründliche Aktion und lange, systematische Vorbereitungen erfordern. Jedes hitzige Wesen, jeder Kampf ins Blaue hinein, wird ohne Zweck sein.

Hier sind Vereine, Institutionen, und Bureaus notwendig, die sich ausschließlich der Angelegenheit der Sachsen-
gänger widmen und in einer solidarischen Aktion Galizien mit dem Königreich vereinigen. Diese Aufgabe ist so überaus schwierig, daß sie keinen nebensächlichen Charakter haben kann, daß man sie einer der bereits bestehenden sozialen Organisationen nicht angliedern kann. Diese könnten die Initiative ergreifen, aber zur Arbeit an der Reform des Sachsen-
gängerwesens selbst müßte man eine neue Institution schaffen, die ausschließlich zum Kampfe mit dem Deutschtum bestimmt sein müßte. Je mehr polnische Posten schließlich auf Erden vorhanden sein werden, Posten, die den einzigen Zweck und das einzige Programm haben werden, wirtschaftliche Kämpfe mit dem wilden Preußentum zu führen, desto eher wird sich das charakterisierte Postulat einer gesunden Politik erfüllen und unsere Verteidigung wird aufhören, die Konvulsion eines augenblicklichen Hasses zu sein, der Ausbruch des Rachewahnsinns, ein augenblickliches Sichfortreißen lassen, daß wie ein Strohfeuer aufflammt und ausgeht, sie wird sich umändern in das kräftige Bewußtsein des nationalen Interesses, in ein unerschütterliches Programm, das tief in Mark und Herz unserer Nation wurzelt.

Wir werfen den Gedanken hin und warten auf die Tat.
Wladislaus Rabski.

Aus Nr. 336 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 5. Dezember 1907:

Auf Intention der Mitbrüder.

Eine Schar Gläubiger, die sich in Gedanken mit ihren Brüdern im preussischen Anteil vereinigen wollte, beabsichtigte einen Gottesdienst zu veranstalten, um gemeinsam den Herrn der Heerscharen anzuflehen, die drohende Gefahr abzuwenden.

Der feierliche Gottesdienst fand heute in der St. Josefikirche statt und zog so große Massen gläubiger Menschen an, daß die Kirche dicht gefüllt war.

Um 11 Uhr las der Prälat Anton Szaniawski vor dem Hauptaltar die Messe; während derselben sang ein Künstlerchor ergreifende religiöse Lieder und zum Schluß eines der ältesten polnischen Lieder, das sich für den gegenwärtigen Augenblick trefflich eignete und zwar Johann Kochanowski's „Wer sich unter den Schutz seines Herrn begibt“.

Nach Beendigung des Gottesdienstes, jedoch noch vor dem Verlassen des Gotteshauses, sprachen die Gläubigen in feierlicher Stimmung ein stilles Gebet.

Aus Nr. 331 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 30. November 1907:

Der feierliche Protest.

Die große Manifestation gegen die Gewalttaten, die sich die Preußen gegenüber den Polen erlauben,

ist wirklich großartig verlaufen und hat tiefen Eindruck gemacht. Man konnte dies schon aus unsern Telegrammen ersehen, indessen bietet erst der genaue Bericht über den Verlauf des Tages ein klares Bild.

Ein solch' kräftiger und würdiger Protest zur Verteidigung der polnischen Rechte ist im Parlamente noch nicht dagewesen. Über eine Stunde hörte die Kammer der Abgeordneten gespannt einen Protest nach dem andern an.

Der Präsident gibt bekannt, daß der Abgeordnete Dr. Glombinski das Wort verlangt habe, um eine Frage an den Präsidenten zu richten.

Die polnische Fraktion und die polnische Volkspartei erheben sich und hören die ganze Rede Glombinskis stehend an.

Abgeordneter Glombinski: Vor zwei Tagen sind im benachbarten und Österreich befreundeten deutschen Reiche dem deutschen Reichstage bzw. dem preußischen Abgeordnetenhaus zwei antipolnische Projekte zugegangen, die man faktisch als antikulturelle und als solche bezeichnen muß, die die Grundlagen des Rechts und die internationalen Beziehungen untergraben können. Man will den Polen im deutschen Reiche ihr natürliches und durch die Verfassung garantiertes Recht nehmen, sich in Versammlungen ihrer Sprache zu bedienen und in den preußisch-polnischen Landen soll in Zukunft die preußische Ansiedlungskommission das Recht haben, darüber Entscheidung zu treffen, in welchen Gegenden die Polen im Besitze ihres Landes und ihres Besitzes bleiben dürfen, ohne Rücksicht darauf, daß sie sich dort seit Jahrhunderten in ihrem Vaterlande befinden.

Abgeordneter Kray: Was geht das den österreichischen Reichsrat an? (Verschiedene Zurufe: „Ruhe!“)

Abgeordneter Glombinski: Wir können uns nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß solche in der Geschichte der Nationen unerhörte und die ganze zivilisierte Welt empörende Gelüste die Mehrheit der Vertreter der deutschen Nation gewinnen sollten, dieser Nation, deren Kultur und Rechtsbewußtsein wir stets hoch eingeschätzt haben und deren Zivilisation und Fortschritte in der Geschichte eine so ehrenvolle Stellung eingenommen haben.

Wir sind davon überzeugt, daß ein derartiges bisher unerhörtes Vorgehen, das den Zweck hat, ein Volk auszurotten, dessen Schuld einzig und allein darin beruht, daß es ein lebender Teil der großen, auch außerhalb der Grenzen des preußischen Staates lebenden Nation ist, daß es seine natürlichen Rechte, seine Sprache, sein Land nicht aufgeben kann und nicht aufgeben darf —, daß also ein derartiges Vorgehen seinen Zweck verfehlen muß, und nur dazu beitragen kann, auch den lebenden Organismus der deutschen Nation und das Bündnis mit Österreich zu erschüttern.

Als Vertreter der polnischen Nation in diesem Lande, dessen monarchischen Standpunkt wir stets verteidigt haben, halten wir es für unsere heilige Pflicht, vor der ganzen aus Vertretern aller Nationen zusammengesetzten Kammer und vor der ganzen zivilisierten Welt feierlich gegen solche Anschläge der preußischen Regierung auf die angeborenen Rechte unserer Nation, auf die durch Traktate den in Deutschland wohnenden österreichischen Bürgern garantierten Rechte, auf die Grundlagen der christlichen Kultur zu protestieren. Wir wenden uns an die berufenen Faktoren unserer Monarchie und an die Vertreter aller Nationen mit der Aufforderung, gütigst genau zu überlegen, wohin eine derartige Politik die Zivilisation und das staatliche Leben der Jetztzeit führen kann.

Da es mir augenblicklich nicht möglich ist, mich mit dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit weiter zu beschäftigen, so beschränke ich mich darauf, im Namen

der polnischen Fraktion den Herrn Präsidenten zu fragen, ob er geneigt sein würde, diese unsere Gefühle und ernststen Befürchtungen an maßgebender Stelle zum Ausdruck zu bringen. (Stürmischer Beifall und Bravorufe.)

* * *

Als der Fraktionsvorsitzende zu sprechen begann, herrschte Stille im Saale. Die Rede Glabinski's rief durch die Gewalt der Überzeugung, durch die Ruhe und den würdigen Ton derselben einen tiefen Eindruck hervor. Nachdem Dr. Glabinski seine Rede beendet hatte, wurde stürmischer Beifall laut, und die Abgeordneten aller slawischen Parteien beeilten sich, ihn zu beglückwünschen.

Präsident Weißkirchner: Hohes Haus! Die Angelegenheit, die Dr. Glombinski in seiner Anfrage an den Präsidenten berührt hat, ist meiner Meinung nach eine solche, die nicht zum Wirkungsbereich des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates gehört und die Stelle, von der aus ich hier spreche, verbietet mir, meine persönliche Ansicht über die angeführten Absichten der preußischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. (Beifall und Bravorufe.) Ich bin indessen der Meinung, daß der österreichische Ministerpräsident verpflichtet ist, sich mit dieser Frage zu befassen (lebhafter Beifall) und ich bitte den Abgeordneten Dr. Glombinski, sich in Form einer Interpellation an den Ministerpräsidenten zu wenden. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Der Abgeordnete Gribar weist darauf hin, daß das dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetz den Zweck hat, die polnische Nation zu knebeln und gewaltsam von dem eigenen Grund und Boden zu vertreiben. Groß ist die Entrüstung, die anlässlich dieses Schrittes der Regierung die ganze slawische Welt ergriffen hat (lebhafter Beifall), aber nicht nur diese, sondern auch die Kreise aller Menschen, die ihre Muttersprache lieben und es als Recht auch der kleinsten Nation ansehen, diese zu pflegen. Und um wie viel mehr ist dies der Fall bei einer Nation, die, wie es bei den Polen ist, eine so hohe Kultur aufweisen kann. Diese Entrüstung ist so groß, daß sie einen elementaren Charakter annimmt und dies umso mehr, als auch manche Kreise der preußischen Bevölkerung das beabsichtigte Vorgehen als ein mit der Humanität und der Kultur unvereinbares ansehen.

Der Augenblick ist ein allzu wichtiger, die Tatsache ist eine allzu grelle, als daß es notwendig wäre, noch viel hierüber zu sprechen. Wir wollen heute nur den Polen unser innigstes Mitgefühl ausdrücken, wir wollen nur der Entrüstung Worte verleihen, die in der ganzen slawischen Welt herrscht und die gerade wir Südslaven, die wir ebenfalls einen schweren Kampf für unsere nationalen Rechte auszufechten haben, tief mitempfinden. (Beifall.)

Abgeordneter Sommer: Schluß! (Lebhafte Protestrufe und Lärm.)

Abgeordneter Gribar: Wir sind der Überzeugung, daß alle slawischen Abgeordneten in diesem Hause unsere Empfindungen voll und ganz teilen. (Lebhafter Beifall.) Ein Beweis hierfür ist euer Bejahren. Ich erwarte, daß diese einträchtige Manifestation der Slawen dieses Hauses an maßgebender Stelle einen kräftigen Widerhall finden wird. (Beifall.)

Um den Anforderungen der Bestimmungen zu genügen, wendet sich der Redner an den Präsidenten mit der Frage, ob er gewillt sei, diese Manifestationen amtlich zur Kenntnis des Ministerpräsidenten zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Markow: Es gibt in diesem Staate keine Nation, die so bedrückt wird, wie die kleinrussische, die fälschlich die „weißrussische“ genannt wird. Jahr-

hundert hindurch waren wir der Zankapfel zwischen der römisch-deutschen und der slawischen Kultur. Die gleiche Vivisektion, die die arme czechische Nation Jahrhunderte hindurch hat durchmachen müssen, das gleiche Schicksal, das die czechische und südslawische Kultur vernichtet hat, hat auch den kleinrussischen Stamm getroffen. Die Folge hiervon war der Ruin des kleinrussischen Stammes, der Ruin, den unsere polnischen Brüder heute erleben. Diese Vivisektion dauert noch heute an. Ein Stück nach dem andern wird aus dem slawischen Körper herausgerissen. Leider haben außer den Ungarn auch die Preußen diese traurige Vermittlerrolle übernommen. Ich achte die deutsche Kultur, ich achte die deutsche Nation, aber ich verachte von ganzer Seele und von ganzem Herzen die tyrannischen, barbarischen Vorschläge, die man gemacht hat, um die armen Bauern im Posenschen von ihrem Grund und Boden zu vertreiben. (Beifall.) Diese Vorschläge sind eine Verhöhnung der internationalen Ethik und des menschlichen Empfindens. Nicht nur als Mensch, sondern auch als Slave, der stets bereit ist, das Recht einer jeden bedrängten Nation zu verteidigen, trotz aller Rechnungen, die wir in unserm Vaterlande mit den polnischen Politikern auszugleichen haben, was wir aber nicht auf die Art, wie es die Preußen tun, erledigen werden, (Beifall.) schließe ich mich den Protesten an, die von den Vertretern der Polen und der Südslawen erhoben worden sind.

Der Redner wandte sich dann an den Präsidenten mit der Anfrage, ob er geneigt wäre, diese Ausführungen, die er im Namen seiner Freunde und der von diesen größtenteils vertretenen großen russischen Nation gemacht hätte, zur Kenntnis der maßgebenden Faktoren zu bringen.

Abgeordneter Hudec: Seit dreißig Jahren führt die preußische Junkerregierung einen erbitterten Kampf gegen die polnische Nation. Die Lösung Bismarcks, man müßte die Polen ausrotten, beherrscht noch immer die preußische Regierung und jetzt sehen wir, wie sich die preußische Junkerregierung wieder an die Arbeit gemacht hat. Es sollen wieder Hunderte von Millionen Mark bewilligt werden, um die polnische Nation aus dem Lande jagen zu können. Wir sehen, daß alle diese Übergriffe zu nichts geführt haben. Sie haben im Gegenteil die Lebenskraft der Nation, die stärker ist, als der böse Wille ihrer Feinde, gestärkt. (Beifall.)

Der Präsident fordert den Redner auf, sich auf eine Anfrage zu beschränken.

Abgeordneter Hudec führt aus, daß man gegenwärtig einen neuen Raub an der unglücklichen polnischen Nation begehe, daß man beabsichtige die unglücklichen polnischen Bauern auf dem Wege der Enteignung ihres Landes zu berauben. Andererseits habe man ein Vereinsgesetz eingebracht, daß die polnische Nation daran verhindere, sich zu versammeln und in der Muttersprache zu sprechen. —

Gegen derartige Angriffe muß man protestieren. (Beifall.) Die Sozialdemokratie hat in dieser Angelegenheit bereits das Wort ergriffen und auch sie hat sich gegen diesen Angriff erklärt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) —

Er fordere die unglückliche polnische Nation auf, sich im Kampfe gegen das preußische Regierungssystem den Sozialdemokraten anzuschließen, da die Sozialdemokratie in Deutschland fest davon überzeugt sei, daß nur dann ähnliche Projekte nicht mehr eingebracht werden könnten, wenn die Sozialdemokraten und die Abgeordneten des Volkes im preußischen Landtage die entsprechenden Sitze einnehmen würden. (Geschrei bei den Deutschradikalen, Lärm und Rufe: „Ruhe“ bei den Sozialisten.)

Der Präsident bittet um Ruhe und fordert den Redner auf, sich im Rahmen der Anfrage zu halten.

Abgeordneter Hudec: Wir Sozialdemokraten aller Nationen und aller Sprachen protestieren ganz energisch gegen die Bedrückung, gegen die Knebelung einer jeden Nation.

Der Präsident bittet den Redner nochmals, zur Anfrage überzugehen.

Abgeordneter Hudec protestiert im Namen aller Sozialisten im Hause ganz energisch gegen die Ausnahmegeetze, die in Deutschland gegen die polnische Nation vorbereitet werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten, Rufe: „Es lebe die Internationale.“)

Der Präsident bemerkt, daß sich noch zwölf Redner gemeldet haben und bittet deshalb, sich kurz zu fassen.

Abgeordneter Kłosacz führt aus, daß das, was gegenwärtig im Posenschen vorgehe, nicht nur Sache der Slawen, sondern aller jener sei, die für Zivilisation, Menschlichkeit und Kultur etwas empfänden. Er — Redner — achte alle, bei denen die Lösung bestehe: „Durch die Nationalität zur Humanität“, dagegen achte er jene nicht, die sich von der Lösung leiten ließen: „Durch die Nationalität zur Bestialität.“ Als echte Slawen seien die Mitglieder seines Klubs, wenn es sich um die Bedrückung irgend einer slawischen Nation handele, stets mit den andern slawischen Parteien solidarisch. (Beifall.) Man müsse berücksichtigen, daß das Deutsche Reich in einem Freundschaftsbündnisse mit Österreich stehe, also mit einem Staate, dessen Majorität die slawische Nation bilde. (Lebhafter Beifall.) Die Delegationen würden erst aus der Haltung Deutschlands ihre Schlüsse ziehen. Heute beschränke er sich nur darauf, den Polen, diesen wackern Kämpfern für Gerechtigkeit, Kultur und Zivilisation seine und seines Klubs Sympathien auszusprechen. (Stürmischer Beifall.)

Der Abgeordnete Breiter erklärte, daß er auf dem Standpunkt der unbedingten nationalen und sozialen Gerechtigkeit für alle stehe. Aus diesem Grunde müsse er aufs schärfste gegen den von der preußischen Regierung beabsichtigten Anschlag auf die Existenz und die Freiheit seiner Landsleute protestieren. Er schließe sich dem Protest der andern Redner an und erkläre sich damit einverstanden, bei der Abwehr der gegen das polnische Volk gerichteten Anschläge solidarisch mitzuwirken.

Dr. Kramarz protestiert im Namen der im Nationalklub und im slovenischen Klub vereinigten Parteien aufs schärfste gegen die Gewalttaten, die nicht nur an den unglücklichen Polen im Posenschen verübt würden, sondern auch an den czechischen Landsleuten, die dort ansässig seien und dies nur aus dem Grunde, weil sie ihrer Nationalität treu geblieben seien, weil sie ihrer eigenen Natur treu bleiben wollten. (Heftiger Lärm bei den Deutschen. Zurufe bei den Polen: „Geht nach Berlin“).

Die Polen und unsere Stammesgenossen werden verfolgt, weil sie sich vor keiner Drohung fürchten. Man will die unglücklichen Polen von ihrem Grund und Boden vertreiben, weil sie ihre Geburtsstätte heilig halten. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie freibleiben und die Welt durch ihren Widerstand und ihre Hartnäckigkeit in Erstaunen setzen werden. Unsere Erklärung ist kein gegen die deutsche Nation gerichteter feindlicher Akt. Sie ist nur ein Protest gegen die Brutalität. (Lebhafter Beifall.) Und als Beweis hierfür drücken wir schon jetzt jenen Deutschen unsern herzlichsten Dank aus, die den Mut haben werden, im Geiste der hohen deutschen Kultur gegen die Gewalttaten zu stimmen. Der Redner fragt

zum Schluß, ob der Präsident diesen Protest zur Kenntnis nehmen wolle. (Lärmender, lange andauernder Beifall. Der Redner wird beglückwünscht.)

Der Abgeordnete Stand erklärt im Namen der jüdischen nationalen Partei, daß die Juden als unterdrückte Nation grundsätzlich gegen alle Verfolgungen und Bedrückungen der Nationalität und der nationalen Minderheit auftreten würden. Als eine derartige Verfolgung sehe die Partei des Redners die in Preußen eingebrachten Projekte an, sie sehe darin das Bestreben, die polnische Nation zu vergewaltigen und sehe ferner hierin die Unterdrückung der höchsten Menschenrechte. (Beifall.)

Der Abgeordnete Conzi erklärte, daß die italienische Bevölkerung stets mit größter Sympathie das traurige Los der unglücklichen, heldenmütigen polnischen Nation in dem benachbarten mächtigen Staate verfolgt hätte. Redner drückt das tiefe Mitgefühl der italienischen Bevölkerung für die in Deutschland bedrückten Polen aus und erklärt im Namen des italienischen Klubs, daß er sich dem Proteste der Polenfraktion und der an den Präsidenten gerichteten Frage anschließe. (Stürmischer Beifall.)

Der Abgeordnete Stapinski erklärt, daß die ganze zivilisierte Welt, mit Ausnahme der Preußen jenseits der Grenze und in diesem Hause, das Verhalten der preussischen Regierung gegenüber den Polen ganz entschieden verdamme. Das antipolnische Projekt habe eine allgemein politische Bedeutung. Dieses Projekt drehe alle Begriffe über das Eigentum um und dies könnte zur Katastrophe führen, die auch die österreichische Monarchie in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Der Redner protestierte im Namen der Volkspartei gegen diese brutale Vergewaltigung der nationalen Rechte. Auch als österreichischer Bürger müsse er gegen dieses Projekt protestieren, da Österreich mit dem deutschen Reiche verbündet sei und der Fall möglich wäre, daß man von Österreich fordern würde, für seinen Verbündeten zu kämpfen. Gegen den beabsichtigten Raub müsse man auch im Namen der Menschlichkeit protestieren. Da die polnische, 20 Millionen zählende Nation trotz aller Bedrückungen nicht ausgerottet, ja nicht einmal geschwächt worden sei, wolle er auch nicht um Hilfe bitten. Er frage nur an, was die österreichische Regierung zu tun beabsichtige, um die österreichischen Bürger nicht auf diese Art verlegen zu lassen. (Stürmischer Beifall der Polen, Geschrei bei den Deutschen.)

Der Abgeordnete Kref erklärt, daß er sich dem Proteste der slowischen Redner anschließe.

Der Abgeordnete Wityk erklärt, daß auch die ukrainischen Sozialisten gegen die Ausrottung der Polen durch die preussischen Junker protestieren müßten. Man müsse gegen eine derartige Vergewaltigung der polnischen Nation Front machen und dies umsomehr, als die ukrainische Nation seit Jahrhunderten zu leiden habe.

Der Abgeordnete Stölz protestiert im Namen der Deutschen gegen die Einnischung in innere Angelegenheiten eines andern Staates. In einer an den Präsidenten gerichteten Anfrage tritt er gegen diese Proteste auf, die das Bündnis mit den Deutschen erschüttern und Österreich in große Gefahren stürzen könnten.

Der Präsident erklärte nochmals, daß die hier berührte Angelegenheit nicht zum Tätigkeitsgebiet des Hauses der Abgeordneten gehöre.

Die Sitzung wird hiermit geschlossen.

Aus Nr. 331 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 30. November 1907:

Erklärung der Fraktion.

Unabhängig von dem Protest im Abgeordnetenhaus hat die polnische Fraktion in Wien nachstehende Erklärung einstimmig beschlossen und veröffentlicht.

Die im deutschen Parlament und im preussischen Landtage eingebrachten Projekte der Regierung betreffend die zwangsweise Enteignung der Polen und das Verbot der polnischen Sprache in Versammlungen hat ohne Zweifel in der ganzen zivilisierten Welt den Eindruck einer unerhörten, im Namen der Allmacht des Staates ausgeführten Gewalttat auf die angeborenen Rechte des Individuums und des Eindringens in den Kreis der durch die Verfassung gesicherten Rechte über das Privateigentum gemacht.

Die Projekte mußten allgemein die Befürchtung erwecken, daß es auf diesem Wege, aus politischer Rücksicht, zur Annahme der Grundsätze der Enteignung kommen würde.

Wie viel größeren und schmerzlicheren Eindruck müssen jene Projekte in den Herzen aller Polen hervorrufen, wenn sie sehen, daß ungeachtet der Grundsätze des internationalen Rechts, ungeachtet der Verbindlichkeiten der Traktate, ungeachtet aller Grundsätze von Billigkeit und Recht die preussische Regierung sich bemüht, einem Teile unseres Volkes, welcher das Geschick unter ihre Verwaltung stellte, das Recht sich der Muttersprache zu bedienen und den Boden, die beiden natürlichen Fundamente des Lebens zu nehmen. Die unerhörten in der Geschichte der zivilisierten Völker unbekannten Mittel zur Bekämpfung des Volkes, welches der Regierung gegenüber nur verschuldet hat, daß es seinen Boden und seine Muttersprache verteidigt, sind ein neuer Beweis für den Stoß, mit welchem diese Regierung gegenwärtig das polnische Volk brechen will. Wir Repräsentanten des polnischen Volkes in Österreich erachten es für unsere heiligste Pflicht, vor allen aufgeklärten Völkern laut zu protestieren und sich der Leiden unserer Brüder und unseres Volkes anzunehmen.

Wir hegen Zuversicht, daß das edle, um die Entwicklung des Rechtsbegriffe so sehr verdiente deutsche Volk, die schreiende Vergewaltigung der angeborenen Rechte nicht gutheissen wird. Wir haben die Hoffnung, daß die Repräsentanten dieser Nation im Reichsparlament wie im preussischen Landtage, welche dem Rechtsgefühl und der Menschlichkeit huldigen, unsere Brüder gegenüber dieser unerhörten Heze der preussischen Regierung in Schutz nehmen werden. Jedoch schon die Tatsache der Einbringung der erwähnten Projekte zeigt die Stimmung der Sphären der preussischen Regierung gegenüber den Polen und zwingt uns zur Erhebung des Protestes gegen sie im Namen der Geschichte, der Zivilisation und der angeborenen Rechte.

Aus Nr. 340 des Naprzód (Kraakau)
vom 4. Dezember 1907:

Gegen die preussische Enteignung.

Die Kraakauer „Demokraten“ der alten und neuen Werbung hatten noch keine Zeit Vorkehrungen für einen Protest der Gesamtheit der Kraakauer Bürger gegen das Projekt der preussischen Regierung, welches die Polen im preussischen Anteil mit der Enteignung bedroht, zu treffen oder diesen Protest selbst zu erheben. Die sozialdemokratische Partei, welche doch „nationalitätslos“ ist, hat sich mit dem Protest nicht verspätet: sie hat ihn auch mit dem Erfolge erhoben, daß selbst ihre hart-

nächstigen Gegner jetzt nicht werden von ihrem Nationalitätsgefühl sprechen können, wo sie sich still verhielten, während die Arbeiter durch Wort und Tat dieses Gefühl gestern zum Ausdruck brachten.

Es versteht sich von selbst, daß die Krakauer Polizei hinter der Lemberger nicht zurückbleiben wollte. Man hat zwar keinen preussischen Konsul zu beschützen, hält sich aber stattdessen für berufen, die delikaten Ohren der Krakauer Bourgeoisie vor dem Liede des Arbeiters zu schützen. Ganze Massen von Polizisten verschiedenen Grades begleiteten den Zug, sich abquälend mit dem Geschrei: „Bitte nicht singen!“ Andere wieder fühlten sich Herren der Straße, indem sie in dem bekannten Polizeiton — die Straßen die passiert werden durften, bezeichneten, der Rest schließlich unter dem sich u. a. auch die Spizel Hermann und Meller befanden, traktierten die Leute mit Häuten und überschütteten sie mit Grobheiten.

* * *

Um 7 Uhr abends hatte sich ungeachtet der empfindlichen Kälte die Reitbahn an der Rajskastrasse mit Tausenden von Menschen angefüllt. Die Versammlung wurde von dem

Genossen Haeder

eröffnet:

In dem Augenblick, in welchem sich die preussische gepanzerte Faust auf den Anschlag gegen die polnische Nation vorbereitet, versammeln wir uns hier, um gegen diese Gewalt zu protestieren. Solche Versammlungen werden heute auf der ganzen polnischen Erde abgehalten. Nach solch einer Bloßstellung, wie sie sich aus dem Prozeß Molke-Harden ergibt, wollen uns die Preußen den Boden und die Sprache nehmen. Nicht das deutsche Volk bereitet uns diesen Kampf, denn der dritte Teil des deutschen Volkes ist in ihrem Lager sozialistisch, sondern die preussische Regierung, welche der Repräsentant der Besitzenden ist. (Schande!) Und sie kann sich das erlauben, denn in den preussischen Landtag haben die Sozialdemokraten trotz hunderttausender Stimmen keinen Zutritt. Man schreit da, daß wir kein Recht hätten, uns in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen, aber sie haben sich solange in die polnischen Angelegenheiten gemischt, bis sie Polen aufgeteilt hatten. Wir Sozialisten protestieren gegen diese Vergewaltigung unseres Bräders, denn wir wollen dem Volke eine neue Zukunft aufbauen. (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag des Eröffnenden wurde der Genosse Englisch zum Vorsitzenden gewählt, welcher dem

Genossen Dajhinski

das Wort erteilte:

Eine häßliche schwarze Wolke bedeckt gegenwärtig unsere polnische Erde. Das Symbol der Rechtsordnung im größten Teil der polnischen Erde wurde Galgen und Kriegsflab und im anderen Teile bereitet sich die kruzritterliche Regierung darauf vor, uns unseren Boden zu entreißen, ebenso auch unsere Sprache in Versammlungen zu verbieten. Gleichzeitig im preussischen Landtag und im deutschen Parlament hat die Regierung zwei nach unserer Brust zielende Gesetze eingebracht. Eins gibt der Regierung das Recht des Aufbaus jedes Stückchens polnischer Erde und das andere besagt, daß nur mit ausnahmsweiser Genehmigung der Behörde in Versammlungen wird polnisch gesprochen werden dürfen. Das erste Gesetz soll die Nation heimatlos, zu einem Wandervolk ohne Land machen, (Rufe: Schande!) das andere stumm.

Das letzte Jahrhundert war Zeuge einer großen Tragödie. Der größere Teil der polnischen besitzenden Klasse hat viermal um Freiheit und Unabhängigkeit zur Waffe gegriffen, aber während ein Teil in den Wald

ging, sein Blut zu vergießen, ging der andere Teil an die Stufen dreier Throne, bettelte um Gnade dreier uns fremder Herrscher. (Schande!) Während dieser hundert Jahre verfluchte uns Rom, weil wir uns erhoben haben gegen eine legale Behörde (Erregung) und in das polnische Volk drängten sich Beamte und freiwillige Spizel, welche unser Leben vergifteten. (Schande!) Die Sozialisten, welche im russischen Anteil um unsere Rechte kämpfen, verleumdet man, daß sie im englischen-preussischen und japanischen Interesse streiten, (Nichtswürdige) während sie ihr edles Blut für die Freiheit des Volkes vergießen. (Beifall.)

Im vergangenen Jahrhundert erwachte aber ein neuer Faktor im Volke, der polnische Arbeiter, welcher in den Kampf die Devise brachte, daß die Übermacht besiegt, vernichtet werden müsse. (Beifall.) Jene, welche an das Denkmal Katharinas gingen, oder dem Zaren huldigten, wie Dmowski in der Duma (stürmische Entrüstungsrufe) oder, wie Glabinski in Wien ihre Loyalität offenbarten (fort mit Glabinski), mußten der neuen Macht im Volke: dem polnischen Arbeiter weichen. (Beifall.)

In solch' einem Moment treffen die zwei kruzritterlichen Gesetze in unser Leben. Es wird lebendig die Tradition, lebendig die Zeit Friedrichs, unberechtigt der Große genannt, welcher die Menschen wie das Vieh behandelte — als wenn Bismarck auferstanden wäre. In ihre Fußstapfen treten die Preußen heute gegen Jung-Polen.

Aus dem Munde unserer Genossen erscholl die Stimme des Protestes, welche wir unterstützen müssen, um zu zeigen, daß wir eins, daß wir ein Volk sind. Umsonst würden wir uns nach dem Himmel umsehen, auf daß von dort die Sonne dem Feinde zum Zeichen „herunterfiele“; umsonst würden wir uns nach Rom wenden, welches für uns einen neuen Fluch hätte! Haben wir doch gesehen, wie Rom vorgegangen ist während der Zeit des Schulstreiks! Umsonst würden wir uns auf die internationalen, von den preussischen Königen unterschriebenen Traktate berufen: Erstere sind gewöhnt an den Bruch ihrer Eide; denn wie wären die Hohenzollern zu ihrer Macht gekommen, wenn nicht durch Straßenraub und Plünderung? Umsonst würden wir uns auf ihre Christlichkeit, auf ihr Herz berufen — wir würden in der Antwort nur ihren „Ausrotten“ schreienden Chauvinismus sehen! Rechnen wir auf niemanden, selbst auf die polnischen besitzenden Klassen nicht, sondern lediglich auf uns. Sind wir doch allein in Europa 19 Millionen und über dem Ozean noch drei Millionen. Auf diese bauen wir die Zukunft unseres freien Vaterlandes (stürmischer Beifall.)

Wenn die preussische Regierung aus uns Irländer zu machen gedenkt, die beim Schnaps ihre Enterbung vergeßen, so mag sie nicht zu übersehen, daß bei uns seit 25 Jahren früher verdeutschte polnische Landstriche wieder erwachen. In Preussisch-Schlesien und Österreich-Schlesien, wo der Adel sich früher verdeutscht hatte, pulsiert heute ein mächtiges polnisches Nationalgefühl (stürmischer Beifall.) Und dieser Nation in Schlesien ist nicht der Adel, nicht die Intelligenz, auch nicht die Bewohner der kleineren Städte, sondern der polnische Bauer und Arbeiter. Mit dem Verstehenlernen der Klasseninteressen ist das Volk erwacht, und in unseren Augen beginnt es die Arme nach uns auszustrecken, weil es unser, weil es zu uns gehört (Beifall.)

Wie in der Zeit des Erwachens der Völker Bülow oder sein Kaiser sich täuschen, daß sich dieses Volk enterben läßt. Auf dieser Täuschung beruht unsere Gewißheit, daß dieses Halsband platzt, sobald das Volk sich rührt (stürmischer Beifall.)

Vergeßt nicht, daß auch in Galizien Galgen und große Verbrechen begangen wurden, daß die Regierung gegen die Aufständischen energisch vorgegangen ist und daß auch uns nationale und Klassenkämpfe erwarten! Überlegen wir uns deshalb, ob wir in jedem Fremden einen Feind, in jedem Menschen einen Bruder sehen sollen.

Stets hat man uns nationalitätslos genannt, weil wir die Solidarität mit der Arbeit der Bevölkerung der ganzen Welt nicht aufgeben wollten (stürmischer Beifall). Aber der Chauvinismus hat Bankrott gemacht: Die polnischen Chauvinisten sind uns gegenüber in derselben Weise aufgetreten, wie die deutschen Chauvinisten gegen das polnische Volk. Denn hat denn die nationale Demokratie nicht verkündet, daß man gegen andere Völker auftreten müsse, daß die erste Pflicht der nationalen Egoismus sei? (Entrüstungsrufe.)

Wir können gegen die Preußen, gegen die Räuber und Spitzbuben Europas nicht mit einer Armee auftreten, aber wir können wie eine große Nation, welche sich ihre Zukunft baut, uns über die Grenze die Hand reichen und rufen: Ändern wir die Welt und schaffen wir eine Brüderlichkeit der Völker (stürmischer Beifall).

Wir werden nicht nach dem Beispiel derjenigen handeln, welche die sie schlagende Pfote küßten; wir werden uns nicht auf die Seite desjenigen Volksteils stellen, welcher plündert und enterbt, sondern auf die Seite des Volkes, welches die Brüderlichkeit verkündet und arbeitet.

Gewiß wendet sich heute die Aristokratie zu uns wie Roscielski, welcher schließlich die einzige Rettung in der Tafache sieht, daß die Sozialdemokraten in den preußischen Landtag kommen (Heiterkeit). Es wird die Zeit kommen, in welcher die Demokratie und Aristokratie (Heiterkeit) sich uns anschließen und möglicherweise gar mit uns demonstrieren werden (stürmischer Beifall).

Aber weshalb würde denn die Klasse der Besitzenden demonstrieren? Sie, welche die kämpfenden polnischen Sozialdemokraten Banditen genannt, welche gegen die Sozialisten in Lodz das polnische Volk und in Lubelsk die Sokol bewaffnet.

Wenn die Bourgeoisie jetzt noch nicht einzieht, auf welcher Seite die Verteidigung liegt, wenn sie uns in unserem Kampf, und in unserer Organisation schädigen will, werden wir leicht sagen können: „Ihr seid dieselben Hatzisten, wie Bülow. (Stürmischer Beifall.) Solange unsere Ausbeuter, das nicht verstehen werden, werden wir niemals an ihr Polentum glauben.

Die an dem Kampf nicht nur mit dem preußischen, sondern auch mit dem polnischen Hatzismus Gewöhnten haben darauf gehofft, als die Bourgeoisie, indem sie das kämpfende Volk schwächte, unsere Kraft reduzierte im Kampf mit dem inneren Feinde.

Nicht umsonst hat man den Sozialismus „Herausforderer des Volkes“ genannt, nicht umsonst haben wir auf unsere Fahne geschrieben: Freiheit und Brüderlichkeit! Freiheit der Selbstbestimmung für jede Nationalität! (Stürmischer Beifall.)

Der Redner verliest nachfolgende

Resolution.

Die am 2. Dezember in der Reitbahn versammelten Krakauer Arbeiter erklären:

Wir erheben flammenden Protest gegen die projektierten barbarischen Gesetze, welche von der preußischen Regierung im Parlament Deutschlands und im preußischen Landtage eingebracht wurden in der Absicht, dem polnischen Volke den Boden und die Muttersprache zu entreißen.

Diese Gesetze, eine wahnsinnige Frucht des Chauvinismus und des Hasses unserer Nation, wollen letztere heimatlos und stumm machen, das gesamte

gesellschaftliche Leben des polnischen Volkes vernichten und das Volk hinabstoßen in die Reihe der Unfreien.

Im Namen der Verteidigung unseres Daseins, im Namen des Kampfes um unsere heiligsten Interessen, im Namen unserer Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit bekämpfen wir diese Gesetzes-Projekte als den rohesten Ausdruck nationalen Hasses als Verbrechen gegen das Volk, als Attentat der preußischen besitzenden Klasse auf unsere Existenz.

Gegen diese Vernichtungsdevise gegen die Bekämpfer der Völker erheben wir den Wahlspruch der Brüderlichkeit aller Völker und das Recht jeder Nation auf Unabhängigkeit.

Es lebe die Internationale Solidarität!

Es lebe die Freiheit und Unabhängigkeit Polens!

Die Versammlung nahm die Resolution mit brausendem Beifall an.

Genosse Haecker

weist darauf hin, wie sich unsere nationale Arbeit von der Tätigkeit derjenigen unterscheide, welche nur patriotische Phrasen auf den Lippen haben. Wir wollen unser Volk heben, glücklich machen, ihm Wohlstand und die Möglichkeit der Entwicklung schaffen. Wir wollen dem Krakauer Arbeiter die Milch für seine Kinder nicht dadurch verteuern, daß wir die Einfuhr aus dem Königreich verbieten, wir wollen die Teuerung bekämpfen, welche unser Volk zur elenden Ernährung zwingt. In derselben Sitzung des Parlaments, in welcher die polnische Fraktion gegen das preußische Attentat protestierte, hatte einige Minuten vorher dieselbe Fraktion für die Teuerung gestimmt (Rufe: Schande.) Zwei Abgeordnete der Stadt Krakau, die Herren Staniszewski und Siforski, haben gegen den sozialistischen Antrag auf Bekämpfung der Teuerung gestimmt (Schande). Und in jenen westlichen Kreisen, in dem Bergrevier, wo der Genosse Daszynski gegenwärtig kandidiert (brausender langanhaltender Beifall), wo der Schutzwall gegen Tschechisierung und Germanisierung die Organisation der polnischen Arbeiter bildet, bekämpfen diese genannten Patrioten mit galizischer Maché die Kandidatur des Genossen Daszynski (Schande, Schande!) Soll das „nationale Arbeit“ sein? Nein, das ist der größte Schaden, den man der nationalen Sache bereiten kann. Wir haben jedoch die tiefe Überzeugung, daß bei der Wahl am 16. Dezember unsere Sache den Sieg davontragen wird.

Genosse Hawrylko (russisch).

Im Auftrage der ukrainischen fortschrittlichen Jugend erhebe ich Protest gegen die schändlichen preußischen Gesetze. (Beifall.)

Wir, eine Nation, welche soviel Unrecht erlitten hat, fühlen den Schmerz der Volksbedrückung. Ich weiß, daß auf der Arbeit des polnischen Volkes die Last der Unfreiheit liegt. Achtet nicht darauf, daß unsere Abgeordneten im Parlament nicht protestiert haben; das sind nicht Abgeordnete des Volkes, sie sind wie die Nationalpolen, welche die Fesseln für eure Hände schmieden. Unsere rechten Repräsentanten, die russischen Sozialisten, haben protestiert (Beifall). Denkt daran, daß wir nicht nur mit dem Wort, sondern auch, wenn es zur Tat kommen wird, — mit euch sein werden (stürmischer Beifall).

Es sprachen noch die Genossen Fensterblau und Malisch, worauf der Vorsitzende die Resolution zur Abstimmung brachte. Sie wurde einstimmig unter stürmischen Händeklatschen angenommen.

Die Versammelten verließen mit dem Liede „Czerwony Sztandar“ auf den Lippen die Reitbahn.

Demonstration.

In geschlossenen Reihen marschierte man unter Gesang „Czerwony Sztandar“ und „Gdy narod do boju“ über die Rajska- und Karmelickastraße; an der Ecke

Szewskastraße versperrten zwei Reihen von Polizisten den Weg und bemühten sich, die Ankommenden nach der Seite in die Plantagen zu schieben. Es entstand dabei großer Lärm und große Verwirrung. Die überwiegende Mehrheit durchbrach jedoch den Kordon und marschierte über die Szewskastraße und den Ring vor das Mickiewiczdenkmal, wo in Kürze sich auch der übrige Teil des Trupps, welcher über die Plantagen und den Szczerzanskiplatz gegangen war, einfand.

In welcher Weise die Polizei „amtierte“ zeigen zwei bekannte Vorfälle: An der Ecke der Szewskastraße und Ring hat ein Polizist, welcher seine Nummer verdeckte, sich so energisch auf einen ruhig passierenden alten Mann geworfen, daß dieser hinfiel und sich den Kopf verletzte. Der andere Vorfall traf den 60jährigen Kürschner Jan Szewer, welcher durch einen Polizisten umgeworfen wurde und sich dabei den Arm brach.

Vor dem Mickiewiczdenkmal versammelte sich eine Masse von Genossen und Genossinnen, an welche der Genosse Haecker von den Stufen des Denkmals herab folgende Ansprache hielt:

Wir haben heute gegen den preußischen Sakatismus protestiert, aber die Vorgänge, bei denen wir Zeugen sind, zeigen uns offenbar, daß wir auch auf unserem Grund und Boden die Gewalt bekämpfen müssen. Das, was jetzt geschieht im „Herzen Polens“ in den Tagen der Wyspianski'schen Beerdigung, stellt uns die Wahrheit vor Augen, daß wir jede Gewalt stets und überall bekämpfen müssen. (Beifall.) Der Zweck unserer Demonstration ist erreicht! Es lebe das freie volkstümliche Polen! Es lebe der internationale Sozialismus. (Brausender Beifall und Wivatruße.)

Hiermit wurde die Demonstration unter Abzingen des Liedes „Czerwony Sztandar“ beendet.

Einige Worte wollen wir noch dem Vorgehen der Polizei widmen. Aus der ganzen Stadt waren die Polizisten zusammen gezogen, in keiner Straße stand ein Posten. Alle wurden nach der Reithahn beordert. Mit Hilfe dieser Macht wollte man in Krakau die Demonstration gegen den preußischen Sakatismus verhindern.

Wie sich die Kommissare, Agenten, Polizisten in der Verteidigung Bülow's verhielten, haben wir weiter oben beschrieben. Sie beendigten würdig den Tag der Beerdigung des Stanislaw Wyspianski.

Wir erhielten eine Krone mit nachfolgendem Brief: Geehrte Genossen! Ich erfuhr vor einem Augenblick, daß bei der Verhinderung der Arbeiter-Demonstration gegen die preußische Gewalt am 2. Dezember einem alten Manne ein Bein gebrochen wurde. Ich bitte euch, ihm für Behandlung des Beines eine Krone zu schicken. Dieses Vorkommnis hat uns wieder offenbar bewiesen, daß die Polizei eines Geistes in der Welt ist und daß es in dieser Hinsicht keinen Kordon zwischen Warschau und Krakau gibt.

Genosse aus Warschau.

Aus Nr. 340 des Naprzód in Krakau
vom 4. Dezember 1907:

Zemberger Neuheiten.

Nach der gegen die Enteignung veranstalteten Protestversammlung fanden große Straßendemonstrationen statt. Die Versammlungsteilnehmer marschierten vom Rathaus aus über die Halickastraße, die Akademische und Fredrystraße nach der Mochackistraße, wo sich das preußische Konsulat befindet. Die Straße war durch eine mächtige Polizeiabteilung gesperrt, welche das Weitergehen verhinderte. Es ertönten Rufe „Schande“ und Pfiffe an die preußische Adresse. Um

Blutvergießen zu verhindern, kehrte die Masse um und begab sich nach dem Maryacki-Platz, vor das Hotel Zorza, in welchem augenblicklich der preußische Konsul wohnt. Es wurden dort mehrere Scheiben eingeschlagen. Die Menge versuchte nach dem Innern zu gelangen, wurde aber vom Dienstpersonal zurückgehalten. Sie hat sich erst beruhigt, als der Administrator des Hotels, Herr Terlecki, vom Balkon aus eine Ansprache hielt und ehrenwörtlich versicherte, daß der Konsul, ohne zu sagen wer er sei, sich nur 24 Stunden im Hotel aufgehalten hat und daß die Hotelleitung für die Folge dem Konsul die Gastfreundschaft verweigern werde. Nach Abzingen eines Liedes vor dem Mickiewicz-Denkmal ging die Menge auseinander.

Aus Nr. 337 des Naprzód (Krakau)
vom 1. Dezember 1907:

Der Krakauer Stadtrat

versammelte sich am Freitag, den 29. November zu einer außergewöhnlichen feierlichen Sitzung. Der Rat war zahlreich vertreten. Die Galerie war von Publikum angefüllt. Nach einer vertraulichen Beratung eröffnete der Präsident Dr. Leo die Sitzung. Sämtliche Mitglieder haben sich von ihren Plätzen erhoben und stehend die Rede des Präsidenten angehört.

Protest gegen den Anschlag der preußischen Regierung. Präsident Dr. Leo:

Wir haben uns hier versammelt unter dem Eindruck eines zweifachen tiefen Schmerzes und Trauer. Ein häßlicher Schlag soll unsere Brüder im preußischen Anteil treffen und hier haben wir nach dem Willen der Vorsehung für immer Stanislaus Wyspianski verloren. Unser Volk hat auf seinem hundertjährigen Kreuzwege der Reihe nach die verschiedensten Geschicke passiert und doch hat es sich nicht gebeugt, es zeigte eine höhere Lebenskraft gegenüber allen Anschlägen, Sieben und Verfolgungen. Deshalb erheben wir nicht mit dem Gefühl der Furcht gegenüber dem mächtigen Feinde, aber mit dem Gefühl des Entsetzens und der Bestürzung über den unerhörten Anschlag auf die heiligsten Volks- und Gottesrechte, mit dem Gefühl der Scham und des Widerwillens über den wilden und barbarischen Gewalts- und Übermachtsakt, welcher eines christlichen und zivilisierten Staates unwürdig ist, die Stimme der Klage und des Protestes. Wir appellieren an das Gewissen, die Volkstümlichkeit des Volkes, welches sich die Nation der großen Poeten und Philosophen nennt.

Mag diese Stimme vom Fuße des Wawel für unsere Brüder an der Warthe und Gopla Stütze und Verfüzung in ihrer schweren Lage sein. Möge sie gleichzeitig ein sprechendes Zeugnis dafür sein, daß der teuerste Schatz jedes Polen, wo er auch lebt, die Liebe der Muttersprache und des vaterländischen Bodens ist und mit Gottes Hilfe stets bleiben werden.

In diesem Augenblick erhielt ich von sämtlichen Mitgliedern des Rates nachstehende Resolution: Der Rat der Stadt Krakau schließt sich dem feierlichen, von der gesamten Repräsentation des polnischen Volkes im österreichischen Abgeordnetenhaus erhobenen Proteste gegen die barbarischen, das Volkstum verspottenden im preußischen Landtag und im Reichsparlament eingebrachten Gesetzesprojekte an, welche die Entreisung der unserem Volke teuersten Güter: Boden und Muttersprache, im öffentlichen Leben bezwecken.

Der Rat der Stadt Krakau solidarisiert sich in diesem schweren Augenblick mit dem polnischen Volk im preußischen Anteil in seiner Arbeit und dem Kampf zur Erhaltung des nationalen Daseins. (Lebhafter Beifall im Saal und auf der Galerie.)

Der Präsident stellt einstimmige Annahme der Resolution fest.